



71. Sitzung

Donnerstag, 20. Januar 2011

Vorsitzende: Präsident Dr. Lutz Mohaupt, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog, Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel und Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk

Inhalt:

Mitteilung des Präsidenten
Fortsetzung der **Tagesordnung** [4427](#)

Aktuelle Stunde [4427](#)

Fraktion der SPD:

**Schlaglöcher und kein Ende
– Senat hat Straßen über Jahre
kaputt gespart**

Martina Koeppen SPD	4427 , 4431
Jörn Frommann CDU	4427
Claudius Lieven GAL	4428
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	4429
Jörg Hamann CDU	4430
Dr. Herlind Gundelach, Senatorin	4431

Fraktion der GAL:

**Causa Nonnenmacher: Fristlose
Kündigung ohne Abfindung
jetzt!**

Jens Kerstan GAL	4432 , 4436
Thies Goldberg CDU	4433 , 4436
Dr. Peter Tschentscher SPD	4434
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	4435

Bericht des Haushaltsausschusses
über die Drucksachen 19/4580:

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2008 (kameral) (Senatsantrag) und 19/5300: Jahresbericht 2010 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2008 (Vorlage des Rechnungshofs) und 19/5970: Ergänzung zum Jahresbericht 2010 des Rechnungshofs hier: Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses der Freien und Hansestadt Hamburg auf den 31. Dezember 2008 (Vorlage des Rechnungshofs) und 19/6159: Stellungnahme des Senats zum Jahresbericht 2010 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2008 sowie zum Ergänzungsbericht 2010 des Rechnungshofs "Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses der Freien und Hansestadt Hamburg auf den 31. Dezember 2008" (Senatsmitteilung) und 19/5301: Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Rechnungshofs im Haushaltsjahr 2008 (Vorlage des Rechnungshofs) und 19/6169: Ergebnisbericht 2010 des Rechnungshofs (Vorlage des Rechnungshofs) – Drs 19/8080 –	4437	Farid Müller GAL 4446 Christiane Schneider DIE LINKE 4447	
Dr. Peter Tschentscher SPD Barbara Ahrons CDU Andreas Waldowsky GAL Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	4438, 4443 4439 4441 4442	Kenntnisnahme	4448
Beschlüsse	4444	Senatsmitteilung:	
Große Anfrage der Fraktion der CDU:		Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 1. Juni 2010 "Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen" (Drucksache 19/6356) – Drs 19/8135 –	4448
E-Government in Hamburg – Drs 19/7999 –	4444	Karen Koop CDU Gabi Dobusch SPD Claudius Lieven GAL Kersten Artus DIE LINKE Dietrich Wersich, Zweiter Bürgermeister	4448 4450 4451 4453 4454
Hjalmar Stemmann CDU Dr. Martin Schäfer SPD	4444 4445	Kenntnisnahme	4455
Bericht des Sozialausschusses über die Drucksache 19/4276:		Qualität der Pflege sichern – Pflegeheime in Hamburg wieder mit Heimärztinnen und Heimärzten ausstatten (Antrag der Fraktion der SPD) – Drs 19/8253 –	4455
Beschluss	4460	Uwe Grund SPD Egbert von Frankenberg CDU Christiane Blömeke GAL Kersten Artus DIE LINKE	4455 4456 4457, 4459 4458
Senatsmitteilung:		Stellungnahme des Senats zu den Ersuchen der Bürgerschaft vom 23. April 2009 "Geschlechtsspezifische Arbeit mit Jungen stärken" (Drucksache 19/2762) und "Geschlechtsspezifische Arbeit mit Jungen in Hamburg stärken" (Drucksache 19/2879) – Drs 19/8314 –	4460
Christiane Blömeke GAL Dr. Friederike Föcking CDU Gunnar Eisold SPD	4460 4461 4463		

Kersten Artus DIE LINKE	4463	Beschluss	4471
Kenntnisnahme	4464	Senatsantrag:	
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Gesetz zur Regelung von Aufgaben nach der Gewerbeordnung und weiterer Rechtsänderungen	
Klogschieter früh fördern! Gebührenerhöhungen zurücknehmen – erster Schritt zu gebührenfreier Bildung für alle – jetzt!		hier: Artikelgesetz zur Betrauung von Stellen mit Aufgaben des Gewerbeanzeigeverfahrens und zur Änderung des Hamburgischen Gesetzes über die Durchführung der Aufgaben des Einheitlichen Ansprechpartners (HmbEAG)	
– Drs 19/8347 (Neufassung) –	4464	– Drs 19/8244 –	4471
Mehmet Yildiz DIE LINKE	4464, 4469		
Stephan Müller CDU	4466		
Carola Veit SPD	4467		
Rolf Harlinghausen CDU	4468		
Christiane Blömeke GAL	4468	Beschlüsse	4471
Beschlüsse	4470	Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/8312:	
Bericht des Eingabenausschusses:		Haushaltsplan 2009/2010 – Haushaltsjahr 2010, Einzelplan 3.2 „Behörde für Wissenschaft und Forschung“, Nachträgliche Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) (Senatsantrag)	
Eingaben		– Drs 19/8402 –	4472
– Drs 19/8331 –	4470		
Bericht des Eingabenausschusses:			
Eingaben			
– Drs 19/8332 –	4470		
Beschlüsse	4471	Beschlüsse	4472
Sammelübersicht	4471		
Beschlüsse	4471	Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/8134:	
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:		Haushaltsplan 2010 – Einzelplan 3.1 Behörde für Schule und Berufsbildung	
Warum gibt es keine Verbesserungen für die Arbeit des ASD in den sieben Bezirksämtern?		hier: Nachträgliche Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben nach § 37 Absatz 4 Landeshaushaltsordnung (LHO) – Mehrbedarf für Maßnahmen der Ausbildungsförderung (Senatsantrag)	
– Drs 19/7663 –	4471	– Drs 19/8403 –	4472
Beschluss, Kenntnisnahme ohne Besprechung	4471	Beschlüsse	4472
Senatsantrag:		Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/8031:	
Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2009 (kameral)			
– Drs 19/8209 –	4471		

Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Zusatzversorgungsgesetzes (Senatsantrag) – Drs 19/8404 –	4472	Aufenthaltsrechtliche Perspektiven für gut integrierte Kinder und Jugendliche (Antrag der Fraktion der SPD) und 19/7657: Aufenthaltsrechtliche Perspektiven für Kinder unabhängig von den Eltern (Antrag der Fraktion DIE LINKE) – Drs 19/8348 –	4476
Beschlüsse	4472		
Bericht des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses über die Drucksachen 19/5518:		Beschlüsse	4476
Frühkindliche Bildung für Kinder ohne Aufenthaltsstatus ermöglichen (Antrag der Fraktion DIE LINKE) und 19/5805: Frühkindliche Bildung für Kinder ohne Aufenthaltsstatus ermöglichen – aber keine Besserstellung gegenüber Eltern und Kindern mit legalem Aufenthalt oder mit deutscher Staatsangehörigkeit (Antrag der Fraktion der SPD) – Drs 19/8251 –	4472	Bericht des Innenausschusses über die Drucksachen 19/7547 (Neufassung): Erweiterung der Folgeunterbringung im Anschluss an die Zentrale Erstaufnahme für Asylsuchende (ZEA) (Antrag der Fraktion der GAL) und 19/7658: Sofortige Einstellung der Unterbringung von Flüchtlingen in der ZEA Nostorf/Horst und Rückverlegung aller Flüchtlinge nach Hamburg (Antrag der Fraktion DIE LINKE) – Drs 19/8349 –	4476
Mehmet Yildiz DIE LINKE Christiane Blömeke GAL Thomas Böwer SPD Dr. Friederike Föcking CDU Antje Möller GAL	4473 4473 4474 4474 4475	Beschlüsse	4476
Beschlüsse	4475	Bericht des Innenausschusses über die Drucksache 19/7649:	
Bericht des Umweltausschusses über die Drucksachen 19/7282:		Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über Personalausweise (Senatsantrag) – Drs 19/8353 –	4476
Verfassungsklage gegen Missachtung des Bundesrates bei der AKW-Laufzeitverlängerung (Antrag der Fraktion DIE LINKE) und 19/7287: Beteiligung des Bundesrates bei Entscheidung über Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken (Antrag der Fraktion der SPD) – Drs 19/8270 –	4475	Beschlüsse Antrag der Fraktion der CDU: Sportentwicklungsplan/Sportanlagen nutzungsgebühren – Drs 19/8333 –	4476 4476
Beschlüsse	4475	Beschluss	4476
Bericht des Innenausschusses über die Drucksachen 19/7566:		Antrag der Fraktion der GAL:	
		Bildungsinvestitionen finanzieren – Ost-Soli zum Bildungsso-li umbauen – Drs 19/8337 –	4476
		Beschluss	4476

Antrag der Fraktion der GAL:

Kooperationsverbot in der Bildungspolitik aufheben

– Drs 19/8338 –

4477

Beschluss

4477

Antrag der Fraktion der GAL:

Gremienbesetzung

– Drs 19/8340 –

4477

Beschluss

4477

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Keine Einführung von Sportanlagennutzungsgebühren!

– Drs 19/8346 –

4477

Beschluss

4477

Beginn: 15.00 Uhr

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Heute beginne ich zunächst mit Geburtstagsglückwünschen. Sie gehen an unseren Kollegen, Herrn Dr. Peter Tschentscher. Lieber Herr Tschentscher, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen herzlich zu Ihrem Geburtstag und wünsche Ihnen alles Gute für das neue Lebensjahr.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir setzen jetzt die

Aktuelle Stunde

von gestern fort.

Ich rufe daher das dritte Thema auf, das in der gestrigen Sitzung wegen Zeitablaufs nicht mehr behandelt werden konnte, angemeldet von der SPD-Fraktion:

Schlaglöcher und kein Ende – Senat hat Straßen über Jahre kaputt gespart

Wird das Wort gewünscht? Das ist der Fall. – Frau Koeppen hat das Wort.

Martina Koeppen SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir dürfen in diesem Winter nicht kleckern, sondern müssen klotzen. Dieses Zitat von der CDU stammt nicht aus diesem Jahr, sondern aus dem letzten. Hektische Sofortprogramme wurden 2010 aufgelegt und ein ehemaliger Bürgermeister beschwerte sich öffentlich darüber, dass die Bürgerinnen und Bürger vom Senat nur noch Basisaufgaben wie die Straßensanierung verlangten.

(*Olaf Ohlsen CDU: Unglaublich!*)

Doch anstatt dieser entscheidenden Basisaufgabe eines Senats endlich nachzukommen, wird von der CDU die Verlängerung der U4 beantragt. Regierungsverantwortung heißt für sie doch nur, millienschwere Leuchtturmprojekte ins Leben zu rufen. Regierungsverantwortung heißt für uns, Basisaufgaben zu erledigen, und dazu gehört die Instandsetzung der Hamburger Straßen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU:
Ja, ja! – *Egbert von Frankenberg CDU: Das sind ja ganz neue Töne bei der SPD!*)

Zugegeben, ein Bürgermeister kann sich nicht um alles kümmern, die Haushaltsmittel werden immer knapper und die Elbphilharmonie immer teurer. Trotzdem bleibt eine Zahl im Raum stehen: 629 beschädigte Straßen wurden nach dem letzten Winter von den Bezirken gemeldet. Ein weiteres Jahr ist vergangen und nichts ist geschehen. Dieser Senat ist dafür verantwortlich, dass Hamburger

Straßen immer noch wie Schweizer Käse aussehen und von Asphaltkaries befallen sind.

(Glocke)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Darf ich bitten, den Geräuschpegel etwas zu dämpfen und die Gespräche etwas leiser zu führen, wenn überhaupt. Bitte schön, fahren Sie fort.

Martina Koeppen (fortfahrend): Eigentlich wäre dieser Senat dafür verantwortlich, dass die Hamburger Straßen allen Anforderungen der Sicherheit und Ordnung genügen.

(*Jörn Frommann CDU: Richtig!*)

Aber dieser Verpflichtung ist er bis heute nicht nachgekommen. Dieses verantwortungslose Vorgehen ist auch ein klares und deutliches Signal an die Hamburger Wirtschaft, denn nur eine leistungsfähige Infrastruktur stellt eine zentrale Voraussetzung für einen starken Wirtschaftsstandort Hamburg dar.

(Beifall bei der SPD)

Von diesem Senat wurde weder ein Verkehrsentwicklungsplan erstellt noch sind klar erkennbare Entscheidungskriterien oder gar Erhaltungsstrategien für den Erhalt der Hamburger Straßen festgelegt worden, geschweige denn, dass der Senat überhaupt einen Überblick über das tatsächliche Ausmaß hat. Stattdessen wird das Personal in den Tiefbauabteilungen der Bezirke immer weiter reduziert und als Sofortmaßnahme werden Hinweisschilder auf Straßenschäden aufgestellt. Am Zustand der Hamburger Straßen wird den Bürgerinnen und Bürgern deutlich gemacht, dass verantwortungsvolle Verkehrspolitik in den letzten neun Jahren nicht stattgefunden hat und der Senat mit dem Erhalt und der Pflege der Infrastruktur völlig überfordert war. Wahrscheinlich wird uns kurz vor dem Wahltermin am 20. Februar noch ein Sonderprogramm oder eine Schlaglochoffensive beschert.

(*Jörn Frommann CDU: Früher waren die Straßen ein einziges Loch!*)

Aber das, was Sie in den letzten neun Jahren in Grund und Boden gewirtschaftet haben, werden Sie in einer Woche auch nicht mehr sanieren können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Frommann.

Jörn Frommann CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Koeppen, mehr konnte wohl nicht kommen. Das Thema meldet man an und dann erwartet man natürlich entweder,

(Jörn Frommann)

wie gestern auch, eine Wahlkampfschlacht, oder es gibt eine Aneinanderreihung von nichtssagen-den Worten,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Und das wird jetzt anders?)

und so etwas war es eben. Ich habe das Gefühl, Sie haben nie überprüft, wie eigentlich die tatsächliche Situation war und ist und vor allen Dingen, wie sie sich entwickelt hat.

Sie sagen, der Senat hätte die Straßen kaputtge-sparrt. Da frage ich mich, welchen Senat Sie eigent-lich meinen? Wahrscheinlich den, der damals regierte unter Ihren rot-grünen oder vielleicht auch nur roten Zeiten.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD))

Schauen wir uns doch die Fakten an. Sie haben natürlich recht, wir debattieren hier nicht zum er-sten Mal über die Themen Schlaglöcher, Konse- quenzen und den Wirtschaftsstandort, aber wir ha- ben mit unterschiedlichen Argumenten einiges vor- angebracht.

(Zuruf von Ingo Egloff SPD)

Wir haben bereits im April – Herr Egloff, da waren Sie auch anwesend – einen Antrag der CDU und der GAL beschlossen: "Jetzt unsere Straßen san- nieren – und nachhaltig erhalten!"

(Ingo Egloff SPD: Und was passiert?)

Was waren damals die Gründe dafür? Es war das Ausmaß der witterungsbedingten Schäden. Ein an- derer Grund jedoch war bis heute, dass über Jahr- zehnte hinweg auf diesen Hamburger Straßen schlechte Leistungen durch die Senate erbracht wurden. Und wer war an der Regierung? Es waren die Sozialdemokraten.

(Zurufe von der SPD – Ingo Egloff SPD: 44 Jahre Schlaglöcher!)

Aber schauen wir uns einmal an, da die Lacher auf Ihrer Seite sehr groß sind, vor allen Dingen bei Herrn Münster, wie ist es denn tatsächlich in der Haushaltsentwicklung ist. Wir nehmen einmal die Zahlen von 1998 bis heute und schauen uns an, was passiert ist bei den Unterhaltungs- und In- standsetzungstiteln. Wir haben eine Steigerung seit den CDU-Senaten von fast 1000 Prozent bei den Ausgaben in diesem Bereich. Während Sie noch 300 000 Euro pro Jahr investiert haben, sind es nun 2,5 Millionen Euro.

(Zurufe von der SPD)

Was haben wir an Gesamtinvestitionen in diesem Bereich? Während SPD-Senate 20 Millionen Euro in dem Bereich investiert haben, sind wir bereits in diesem Jahr bei fast 60 Millionen Euro, und wir ha- ben geplant, in die Haushalte 2011/2012 genau dieselben Summen einzustellen.

(Ingo Egloff SPD: Aber es ist nicht besser geworden! – Zuruf von Arno Münster SPD – Glocke)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt (unterbrechend): Herr Münster, bitte, ein Zwischenruf ist kurz.

Jörn Frommann (fortfahrend): Herrn Münster ge- statte ich das fast noch.

Wir haben in dieser Phase bereits 40 Millionen Euro pro Jahr mehr an Geldern, die wir in die Sanierung investieren, und da sprechen Sie von schlechter Finanzierung in diesem Be- reich. Das kann ich nicht ganz nachvollziehen.

In dem Zusammenhang muss man auch einmal betrachten, wie es im Gesamten abläuft. Sie kön- nen Geld en masse zur Verfügung stellen und im- mer wieder versuchen, die Löcher auf den Straßen zu stopfen und auf irgendeine Art und Weise die Schäden einzudämmen. Das Problem ist aber, dass die Straßen grundlegend saniert werden müssen. Diese grundlegende Sanierung wird bei derart großen Schäden kaum in der kurzen Zeit möglich sein. Es ist eine Abarbeitung der vorhan- denen Schäden über Monate hinweg und wird uns noch ein bis zwei Jahre beschäftigen. Entscheid- end ist, dass die Gelder zur Verfügung stehen. Es ist auch entscheidend, dass die Firmen beauftragt werden und die Qualität der Straßen nachhaltig für die Zukunft gesichert wird. Dafür stehen wir und das schaffen wir.

(Beifall bei der CDU)

Während Sie hier politische Sprüche klopfen, Frau Koeppen, sind wir dagegen in der Handlungspha- se.

(Beifall bei Kai Voet van Vormizeele CDU – Heiterkeit bei der SPD und der LINKEN)

Sie ignorieren es einfach, weil Sie es nicht anders können. Gehen Sie auf die Straßen und schauen Sie es sich an; die Zahlen sprechen für sich. Soll- ten Sie die Verantwortung übernehmen und das Programm weiter verfolgen, wird es auch weiter- laufen. Wir selbst werden es mit Sicherheit ab dem 21. Februar weiter verfolgen. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Lieven.

Claudius Lieven GAL:* Herr Präsident, meine Da- men und Herren! Ich hätte erwartet, dass der SPD etwas Besseres einfällt, als ein Debattenthema wiederholt als Angriffsthema in die vorletzte Bür- gerschaftssitzung zu bringen. Es ist ein kurzer Wahlkampf und dann kommt auch noch so eine ol- le Kamelle. Mich erinnert das ein bisschen an die

(Claudius Lieven)

CDU 2001, die damals immer Eugen Wagner als Stausenator diffamieren wollte.

(Beifall bei *Jörg Hamann CDU – Hans-Detlef Roock CDU*: Das war nicht die CDU, das waren die Medien!)

Das stimmte genauso wenig wie die Behauptung jetzt, dass die Straßen in Hamburg überall kaputt seien; das sind genau solche ollen Kamellen.

Vielleicht hat die SPD auf weiteren harten Frost gesetzt, der ist aber im Moment ausgeblieben. Wenn man sich die reale Situation anschaut, ist doch deutlich, dass es letztes Jahr nach dem schweren, harten Winter viel mehr Schäden auf den Straßen gab als in den Jahren zuvor. Es hat sich wahrscheinlich auch ein Reparaturstau dabei ausgewirkt. Es gab dann aber einen Krisengipfel und ein Aktionsprogramm; 10 Millionen Euro wurden ziemlich kurzfristig zur Verfügung gestellt. Meinem Eindruck nach ist das recht schnell und konsequent abgearbeitet worden. Wenn ich an die Ost-West-Straße, Ludwig-Erhard-Straße, Budapester Straße oder Harburger Chaussee denke, die im April ziemliche Schlaglochpisten waren, so waren sie im Juni schon repariert; das ging ziemlich zügig. Aber das heißt natürlich nicht, dass in allen Bereichen alle Straßen, auch die kleineren Bezirksstraßen, in so einer Geschwindigkeit wieder herzustellen wären. Es ist einfach ein Problem, dies in der Zügigkeit zu schaffen.

Aber wenn man sich fragt, wie es dazu kommen kann, dass die Straßen derart heftig kaputt gehen, dann muss man realisieren, dass wir insgesamt ein Problem bei der Instandhaltung öffentlicher Infrastrukturen haben. Wir haben zum Beispiel bei Schulen, bei Universitätsgebäuden

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Genau!)

– die Bahn ist jetzt in anderem Zusammenhang auch durch die Presse gegangen – bis hin zu Kanalisationssystemen eine deutliche Unterfinanzierung bei der Instandhaltung öffentlicher Infrastruktur.

(Beifall bei *Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE*)

Das ist ein Problem, das Hamburg nicht allein betrifft, es betrifft alle Länder und es betrifft die schwache kommunale Finanzkraft. Wenn man sich einmal die letzten 20 Jahre vor Augen führt, hat es auch damit zu tun, dass man die Infrastrukturen in den fünf neuen Bundesländern aufbauen musste und in den alten Bundesländern natürlich etwas mehr den gleichen Bestand beließ und nicht so intensiv investiert hat, wie man es hätte tun müssen.

(*Jörn Frommann CDU*: Richtig!)

Damit kommt man jetzt aber langsam zum Ende, aber es ist ein Thema, das man eigentlich im Bundesrat stärker nach vorn bringen und dort vertreten muss, dass die kommunale Finanzkraft gestärkt

wird. Berlin kann nicht immer nur bestellen und die Länder bezahlen das dann am Ende, denn das gibt unser Haushalt nicht her.

Wir haben auch kleine strukturelle Probleme wie zum Beispiel, dass die Reparatur im Betriebshaushalt veranschlagt ist und die Grundinstandsetzung im Investitionshaushalt. Ein schöner Investitionshaushalt macht sich immer besser als solche Ausgaben im Betriebshaushalt. Deswegen wartet man, bis die Straßen richtig kaputt sind, und dann macht man eine Grundinstandsetzung. Das hat auch über einige Jahre stattgefunden und hat sicherlich den Straßen nicht gut getan.

Aber im letzten Jahr sind 15 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt worden, einmal 10 Millionen Euro und dann noch einmal 5 Millionen Euro. Dafür wurde der Haushaltsansatz für Kreisverkehre und auch für Shared Space herabgesetzt beziehungsweise gestreckt, also aus dem Investivbereich in den Instandsetzungsbereich. Dies ist genau richtig gewesen und deswegen haben wir das jetzt auch im Haushaltsplan-Entwurf 2011/2012 auf Verstetigung gesetzt. Das heißt, in den kommenden Jahren werden strukturell 56 bis 57 Millionen Euro jährlich zur Verfügung stehen für die Instandsetzung von Straßen. Das ist ein Level, auf dem man tatsächlich erwarten kann, dass das Straßensystem für Hamburg auf dem Stand gehalten wird. Dies ist auch haushalterisch nachhaltig und sinnvoll, es ist eine Sicherung des Anlagevermögens für Hamburg. Unter so einem Gesichtspunkt finanzierte auch damals die von den Grünen geführte Behörde die Instandhaltung der Straßen. Deswegen finde ich das, was die SPD hier angemeldet hat, eine ziemliche Schaumschlägerei. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der GAL und bei *Hans-Detlef Roock CDU*)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Lieven, das, was Sie uns jetzt erzählt haben, passt mit dem Bild der ollen Kamellen nicht zusammen. Es ist richtig, was Sie gesagt haben. Wir haben im Bereich der Straßen gerade in Hamburg – aber das ist in anderen Kommunen nicht anders – eine strukturelle Unterfinanzierung. In unseren letzten Debatten ist immer auf den Winter geschimpft worden, der zwar auch einiges dazu beiträgt,

(*Ingo Egloff SPD*: Der sitzt aber nicht im Senat!)

aber die Ursache für diese Entwicklung liegt darin, dass nicht genügend Rückstellungen erfolgt sind für Reparaturen und für den Erhalt des bestehen-

(Dr. Joachim Bischoff)

den Straßensystems. Der Rechnungshof hatte in seinem Bericht schon 2007 darauf hingewiesen, dass der Wert – es handelt sich immerhin um einen beträchtlichen Vermögensbestandteil der Hansestadt Hamburg – damals auf 38 Prozent zurückgegangen ist. Wenn ich jetzt die letzten Jahre einmal hochrechne, dann liegen wir faktisch bei einem Vermögensverlust von über zwei Dritteln. Das kann insofern kein Punkt der Auseinandersetzung sein, Herr Frommann, da es über Jahrzehnte angehäuft wurde, aber Sie haben es auch gemacht.

(Jörn Frommann CDU: Gucken Sie sich doch mal die Zahlen an!)

Sie haben auch zu wenige Rückstellungen in diese Vermögensbestände des Straßensystems gegeben. Es gibt einen entscheidenden Punkt, Herr Lieven, ich zitiere das gern noch einmal aus dem Rechnungshofbericht:

"Bei einem weiteren Verfall des Straßennetzes ergibt sich auch, dass zunehmend Verkehrseinschränkungen zu erwarten sind, die insbesondere den Wirtschaftsverkehr behindern."

(Glocke)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hamann?

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: Bitte.

Zwischenfrage von Jörg Hamann CDU:* Herr Kollege Dr. Bischoff, heißt das, DIE LINKE fordert mehr Geld für den Straßenverkehr und würde auch Rückstellungen für die Instandhaltung des Straßenverkehrs befürworten und billigen?

Dr. Joachim Bischoff (fortfahrend): Das sehen Sie ganz richtig. Wenn wir etwas zu sagen hätten, dann würden wir gern Ihre Misswirtschaft beenden und nicht nur in diesem Bereich, sondern auch in allen anderen Bereichen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Sie sind doch völlig unfähig – und Sie, Herr Hamann, gleich an erster Stelle –, mit dem Vermögen dieser Hansestadt umzugehen. Das werden wir heute auch noch an anderer Stelle sehen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Diesen Trost, den Herr Frommann jetzt noch ausgesprochen hat, dass Sie dies so weitermachen würden, Sie seien jetzt in die Praxisphase eingetreten, ist doch eine Verhöhnung. Sie werden doch hinausgejagt,

(Zurufe von der CDU)

sie werden doch mit gutem Grund von den Regierungsbänken vertrieben.

(Beifall bei der LINKEN und bei Ksenija Becker SPD)

Es wundert mich gerade bei Ihnen als bürgerlicher Partei, dass Sie so jubeln über den miserablen Umgang mit dem Vermögen der Freien und Hansestadt Hamburg. Als bürgerliche Partei würde ich mich schämen.

(Beifall bei der LINKEN – Jörn Frommann CDU: Was ist denn das für ein Tüdelkram!)

Mit Ihnen kann man diese Frage gar nicht mehr ernsthaft erörtern, aber ich würde gern die Grünen und Herrn Lieven fragen, was denn die Hausmarke ist.

(Glocke)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Darf ich vorschlagen, dass wir alle gemeinsam die Emotionen wieder etwas herunterfahren und damit auch die Lautstärke. Herr Dr. Bischoff möge bitte fortfahren.

(Zurufe von der CDU: Nein, nein!)

Dr. Joachim Bischoff (fortfahrend): Was wäre denn die Hausmarke, die wir brauchen, wenn wir den weiteren Vermögensverlust beim Straßensystem verhindern wollen? Dann sind wir schon nah dran an dem, was der ADAC sagt, dass nämlich 60 bis 80 Millionen Euro aufgewendet werden müssten, um weiteren Vermögensverlust zu verhindern. Nur wissen wir alle, auch Herr Hamann, dass wir diese 60 Millionen Euro nicht bekommen, denn die werden Sie nicht noch einmal durch eine Gebührenerhöhung bei den Kinderhorten erwirtschaften wollen. Also ist die Frage für die nächste Legislaturperiode, wo man eine weitere Aufstockung herbekommt, wenn man das nicht will. Es ist richtig, was Herr Lieven gesagt, wir haben einige Aufstockungen vorgenommen.

(Jörn Frommann CDU: Einige?)

Dies wird aber künftig relativ schwierig werden. Da gibt es nur eines, das sagte Frau Koeppen zu Recht: Sie müssten sich einmal auf den Hosenboden setzen und Ihr Straßenverkehrsmanagement betrachten, denn wenn man so eine schlechte Situation hat, muss man mit der Mangelsituation umgehen. Das wird jede Regierung machen müssen. Wir haben Ihnen schon vor zwei Jahren gesagt, dass Sie gar nicht in der Lage sind, so ein einfaches Instrument zu bedienen. Also machen Sie sich vom Acker.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Frau Senatorin Dr. Gundelach.

Senatorin Dr. Herlind Gundelach: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der CDU-geführte Senat hat in den vergangenen Jahren massiv in die Sanierung und Grundinstandsetzung von Straßen investiert. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir auch weitergehen, Kollege Frommann hat das gerade zu Recht gesagt.

(Beifall bei der CDU)

Die zur Verfügung stehenden Mittel und auch die für künftige Haushalte veranschlagten Mittel für Straßen und Wege sind so hoch wie seit Jahren nicht mehr. Für dringliche Maßnahmen stehen allein in diesem Jahr für Bezirks- und Hauptverkehrsstraßen insgesamt 13,7 Millionen Euro zur Verfügung und für die nachhaltige Sanierung der Straßen 22,4 Millionen Euro.

(Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: Immer noch zu wenig!)

Es ist leider wahr, dass es zu wenig ist, aber trotzdem müssen Sie auch das Geld verbauen können; die Mittel allein reichen nicht aus. Dazu brauchen Sie auch das entsprechende Personal, das heißt, das eine korrespondiert mit dem anderen. Insgesamt wird sich langfristig die Mittelbereitstellung bedarfsgerecht am Zustand des Straßennetzes orientieren müssen, da stimme ich Ihnen voll und ganz zu, wenn wir die Substanz erhalten respektive sie wieder auf Vordermann bringen wollen. Durch die dauerhafte und angemessene Ausstattung mit Mitteln für die bauliche und betriebliche Unterhaltung und die grundlegende Erneuerung der schadhafte Straßenabschnitte sichern wir eine verkehrssichere und nachhaltige Straßeninfrastruktur. Schäden wird es aber nichtsdestotrotz immer geben und deswegen wird es auch immer Baustellen geben. Aber wir achten darauf, dass der Verkehrsfluss nicht durch zu viele Baustellen beeinträchtigt wird. Es muss jedem bewusst sein, dass Baustellen unabhängig von einer funktionierenden Koordinierung durch die KOST immer auch Beeinträchtigungen des Verkehrs bedeuten. Hier muss an die Akzeptanz der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer appelliert werden, dass sich steigende Baustellenzahlen, eine grundlegende Sanierung des Straßennetzes und gleichzeitig freie Fahrt auf allen Straßen nur schwer miteinander vereinbaren lassen.

Nicht nur angesichts der in allen öffentlichen Haushalten angespannten Haushaltslage ist es demnach unrealistisch, dass ein komplexes System wie ein Stadtstraßennetz zu 100 Prozent saniert und dauerhaft schadensfrei gehalten werden könnte. Dies wäre im Übrigen auch technisch nicht realisierbar, denn Schlaglöcher kommen regelmäßig wieder. Die automatische Schlussfolgerung jedoch,

dadurch würde eine Straße nicht verkehrssicher sein, ist auch wiederum falsch. Je nach Größe der Schlaglöcher respektive der Schäden ist dies unterschiedlich zu handhaben. Die Schadensfreiheit der Straßen kann deswegen nicht mit ihrer Gebrauchsfähigkeit gleichgesetzt werden.

Ganz besonders wichtig ist aber die personelle Ausstattung in der Straßenbauverwaltung. Sie ist in Bezug auf die heutigen und die künftigen Anforderungen unzureichend. Gleichzeitig ist aber auch der administrative Aufwand, zum Beispiel durch eine stark gestiegene Anzahl von Anfragen und bezirklichen Fragestellungen, derartig angewachsen, dass sich das vorhandene Personal bei immer weniger Zeit für die wirklich wichtigen fachlichen Aufgaben zunehmend hiermit beschäftigen muss.

Insbesondere die hohen Mittelreste für Investitionen im Straßenbau verdeutlichen, dass die Kapazitäten sowohl bei den Baudienststellen als auch bei den übergeordneten Behörden entweder aufgestockt oder aber von Aufgaben befreit werden müssen. Die Mittelausstattung sowie die Größe des Personalskörpers müssen deswegen miteinander im Einklang stehen. Dazu sind die Weichen in der Zwischenzeit auch richtig gestellt. Im Übrigen habe ich auch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt gebeten, ein Konzept zu entwickeln, wie sie angesichts der zur Verfügung stehenden Mittel dazu beitragen kann, dass man mit neuen Methoden, auch unter Einsatz von Recycling-Asphalt, der deutlich kostengünstiger ist, in Zukunft zu mehr Grundinstandsetzung kommt. Sie ist langfristig realistisch und das ist auch vom Prinzip her das richtige nachhaltige Konzept. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Frau Koeppen.

(Jörn Frommann CDU: Jetzt kommen die Inhalte!)

Martina Koeppen SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Frommann, die Schlaglöcher sind Tatsache. Fahren Sie doch einfach einmal über die Hamburger Straßen oder fragen Sie die Bürgerinnen und Bürger, wie sie die Straßen wahrnehmen. Sie können dies doch nicht einfach wegdiskutieren und sagen, in ein oder zwei Jahren hätten wir das alles erledigt. Sie hatten neun Jahre Zeit, hier etwas zu tun. Im Gegenteil, Sie haben das Wirtschaftsgut Straße noch weiter heruntergewirtschaftet.

(Beifall bei der SPD)

Im Bericht des Rechnungshofs 2010 sind diese Missstände genau aufgeführt. Unsere Konsequenz daraus war, dass wir in die Bürgerschaft einen Antrag eingebracht haben, ein Straßenerhaltungsma-

(Martina Koeppen)

nagement einzuführen, also das, was der Rechnungshof gefordert hat. Aber was haben Sie gemacht? Sie haben den Antrag abgelehnt und jetzt sagen Sie, man müsse einmal schauen, wie man sich irgendwie fortschrittlich rühren könne. Auf diese Weise werden Sie überhaupt nichts bewegen können. Das ganze Ausmaß der Schäden ist Ihnen überhaupt nicht bekannt. Wir hantieren hier mit Zahlen, die der ADAC erstellt hat.

Ich komme zu den Mitteln.

(Jörn Frommann CDU: Sagen Sie mal was zu den Geldern!)

Nach den Anfragen mussten Sie zugeben, dass die Bezirke bereits im letzten Jahr auf die Haushaltsmittel 2011 Vorgriff genommen haben, und dass beim Personal teilweise über sechs bis sieben Stellen in den Bezirken nicht besetzt sind. Da müssen Sie zuerst ansetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Meine Damen und Herren! Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen damit zum vierten Thema der Aktuellen Stunde, angemeldet von der GAL-Fraktion:

Causa Nonnenmacher: Fristlose Kündigung ohne Abfindung jetzt!

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Herr Kerstan hat das Wort.

Jens Kerstan GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss HSH Nordbank wird seinen Untersuchungsauftrag nicht in vollem Umfang abschließen können, nicht, weil er dazu nicht in der Lage oder nicht willens war, sondern durch die Verkürzung der Legislaturperiode ist es aus zeitlichen Gründen nicht mehr möglich, umfassend, lückenlos und abschließend diese skandalösen Vorgänge bei der HSH Nordbank aufzuklären.

(Zuruf von Uwe Grund SPD)

Das ist bedauerlich genug, aber in dieser Legislaturperiode ist noch eine Aufgabe zu Ende zu bringen, wenn die Politik nicht gänzlich ihre Glaubwürdigkeit gegenüber der Bevölkerung verlieren will. Der skandalumwitterte Vorstandsvorsitzende der HSH Nordbank, Herr Professor Dr. Nonnenmacher, muss endlich entlassen werden, fristlos und ohne einen Cent Abfindung.

(Beifall bei der GAL, der SPD und der LINKEN)

Es darf einfach nicht sein, dass der Chef einer Bank in öffentlichem Besitz Hunderte Millionen Euro verspekuliert und ohne Konsequen-

zen weiter im Amt ist. Es darf einfach nicht sein, dass seine Bank anschließend die notwendige Aufklärungsarbeit eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses massiv behindert und versucht, Aufklärung zu verhindern. Es darf einfach nicht sein, dass ein Chef einer Bank in öffentlichem Besitz für Millionen Euro eine dubiose Sicherheitsfirma anheuert, die in der Folgezeit an Vorgängen beteiligt ist, bei denen Mitarbeitern zu Unrecht gekündigt wird, wo vermeintliche Beweise untergeschoben oder sogar gefälscht werden. Es darf einfach nicht sein, dass der Vorstandsvorsitzende einer solchen Bank, der als Vorstandsvorsitzender die Verantwortung trägt, dann auch noch mit einer Millionen-Abfindung, mit einem goldenen Handschlag, verabschiedet wird.

(Beifall bei der GAL, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Deshalb muss es bei Herrn Nonnenmacher eine fristlose Kündigung geben und keine Abfindung, und zwar jetzt und nicht erst im April oder am St. Nimmerleinstag. Eigentlich hätte dieser Fall schon längst erledigt sein müssen.

(Beifall bei Michael Gwosdz GAL – Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: Eben, seit einem Jahr!)

Im Oktober letzten Jahres hat die GAL nach einer schweren Koalitionskrise und einem Koalitionsausschuss politisch durchgesetzt, dass Herr Nonnenmacher entlassen werden sollte. Aber sobald die GAL aus der Regierungsverantwortung entlassen war

(Zurufe von der CDU)

oder auch herausgegangen ist, sobald sie nicht mehr im Senat vertreten war, hat der Druck auf diese Bank schlagartig nachgelassen, nicht nur bei diesem Restsenat, sondern auch in Schleswig-Holstein. Das Märchen, das damals kursierte, der Fraktionsvorsitzende der Grünen hätte einen schon bereits im Fall befindlichen Vorstandsvorsitzenden nur öffentlichkeitswirksam noch einmal nachgeholfen, ist als das entlarvt worden, was es war, nämlich ein Märchen.

(Egbert von Frankenberg CDU: Sie erzählen Märchen!)

Herr Nonnenmacher ist immer noch im Amt und dieser Senat will ihm eine Millionen-Abfindung geben im April und das ist ein Skandal.

(Beifall bei der GAL, der SPD und der LINKEN)

Aber gut war, dass die GAL, bevor die Regierungskoalition geplatzt war, noch eines durchgesetzt hatte, nämlich ein Gutachten, das alle Untersuchungen des Aufsichtsrats der Bank noch einmal überprüfen sollte. Dieses Gutachten wurde vor einem Jahr in Auftrag gegeben und es war der Quell

(Jens Kerstan)

eines Streits zwischen mir und Senator Frigge a.D., warum dieses Gutachten so lange brauchte und warum es immer noch nicht vorlag. Und heute, wo das Gutachten anscheinend zumindest dem Senat vorliegt, weiß man, warum es so lange gedauert hat, denn dieses Gutachten kommt zu einem anderen Schluss als alle anderen Gutachten. Dieses Gutachten befindet Herrn Nonnenmacher einer groben Pflichtverletzung schuldig, die zu einem Abschreibungsbedarf von 400 Millionen Euro in der Bank geführt hat und damit zulasten der Steuerzahler, meine Damen und Herren. Jeder, der die vorherigen Untersuchungen gelesen hat, konnte davon nicht überrascht sein. Es war zu keiner Zeit plausibel, dass alle möglichen Vorstände der Bank für diesen Verlust verantwortlich sein sollten, nur nicht der Finanzvorstand, der für die Bilanz und damit für Bilanzkosmetik zuständig gewesen ist.

Der Senat muss endlich handeln. Es reicht nicht aus, den Aufsichtsratsvorsitzenden über das Gutachten in Kenntnis zu setzen. Herr Kopper hat jede Frist und jede Gelegenheit, die es zuhauf gab, verstreichen lassen, Herrn Nonnenmacher ohne Abfindung zu kündigen. Meine Damen und Herren im Senat, jetzt müssen Sie handeln. Sie müssen Druck aufbauen und dafür sorgen, dass Herr Nonnenmacher ohne Abfindung entlassen wird. Wenn Sie das wollen, können sie es auch, und wenn Sie es nicht wollen, dann müssen Sie dem Steuerzahler erklären, warum Sie Herrn Nonnenmacher ohne Not eine Millionenabfindung zahlen wollen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL, der SPD und der LINKEN)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Goldberg.

Thies Goldberg CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Jens Kerstan, der Schlüsselbegriff zu Ihrem Redebeitrag ist Glaubwürdigkeit. Stellen wir doch einmal die Frage nach der Glaubwürdigkeit.

Sie wissen, dass die Würdigung von Pflichtverletzungen eines Vorstandes dem Aufsichtsrat obliegt.

(Thomas Böwer SPD: Nee!)

– Wer glaubt, das wäre anders, kennt das Aktienrecht nicht.

Man muss Rechtsverhältnisse politisch nicht immer goutieren – dann kann man sie ändern –, aber wenn man sie nicht ändern kann, dann sollte man sie zumindest als Fakten zur Kenntnis nehmen. Ich glaube nicht, dass Sie Herrn Kopper unterstellen, er habe das Bedürfnis, als Aufsichtsrat höchstpersönlich wegen Pflichtverletzung in Anspruch genommen zu werden.

Als das Zweitgutachten vorlag, haben wir es am 23. November in einer Senatsvorbesprechung, an der auch Herr Kerstan teilgenommen hat, diskutiert und beschlossen, dass Aufsichtsrat und Staatsanwalt dieses Gutachten bekommen sollen und beide haben es auch erhalten.

(Zuruf von Jens Kerstan GAL – Michael Neumann SPD: Wieso hat Herr Kerstan das nicht bekommen?)

– Ich habe doch gerade gesagt, dass wir das Ergebnis dieses Gutachtens in der Senatsvorbesprechung diskutiert haben.

(Michael Neumann SPD: Aber Herr Kerstan nicht!)

– Das ist interessant. Sie sagen, Herr Kerstan kenne das Gutachten nicht. Eben noch hat er aus dem Gutachten zitiert, Herrn Nonnenmacher würde eine grobe Pflichtverletzung vorgeworfen. Das hat er gesagt und damit zum Ausdruck gebracht, dass er das Gutachten kennt, was aber nicht stimmen kann,

(Michael Neumann SPD: Aber Sie kennen es!)

denn wenn er das Gutachten kennen würde, würde er wissen, dass in ihm genau das Gegenteil steht: Eine grobe Pflichtverletzung liegt nicht vor. Genau das steht in diesem Zweitgutachten.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Lesen Sie es doch hier einmal vor!)

– Ich weiß das aus der Vorbesprechung, wo übrigens auch Herr Kerstan dabei war, mein lieber Herr Neumann.

Das Gutachten ist ganz klar. Es gibt keine eindeutige Distanzierung von dem Freshfields-Gutachten.

(Thomas Böwer SPD: Wer sagt das?)

– Das sagt das Gutachten.

(Thomas Böwer SPD: Nee!)

– Herr Böwer, das finde ich interessant. Sie sagen also auch, dass Sie das Gutachten kennen. Warum sagen Sie dann nicht, was in dem Gutachten steht? Da steht genau das drin, was ich gerade gesagt habe.

(Michael Neumann SPD: Lesen Sie es doch einfach mal vor!)

Was ich bei Herrn Böwer besonders spannend finde: Er interessiert sich dafür, Herrn Nonnenmacher die Abfindung zu streichen,

(Michael Neumann SPD: Ich will das Gutachten auch gerne kennenlernen!)

aber er interessiert sich nicht dafür, gegenüber den früheren Vorstandsvorsitzenden, die diese ganzen Geschäfte zu verantworten haben, Schadensersatz

(Thies Goldberg)

satzansprüche zu stellen oder ihre Ansprüche auf Altersvorsorge infrage zu stellen.

(Glocke)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt (unterbrechend): Meine Damen und Herren! So geht das wirklich nicht, das geht zu weit. Darf ich Sie bitten, dem Redner zuzuhören.

Thies Goldberg (fortfahrend): Das will er nicht und das kann ich auch verstehen, denn die beiden Herren sind SPD-Mitglieder. Das ist Herr Nonnenmacher nicht und damit genießt er auch nicht die böwersche Beißhemmung.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Man kann Herrn Böwer alles vorwerfen, aber das nicht!)

Auf jeden Fall, lieber Jens Kerstan, ist es die eindeutige Positionierung des Aufsichtsrats, dass dieses Zweitgutachten

(*Jens Kerstan GAL*: Das wir nie gesehen haben!)

eine fristlose Entlassung von Herrn Nonnenmacher aus Rechtsgründen nicht hergegeben hat.

(*Jens Kerstan GAL*: Das haben aber wir in Auftrag gegeben als Stadt!)

– Das mag ja sein, dass die Stadt das in Auftrag gegeben hat, aber noch einmal: Entlassen kann nur der Aufsichtsrat. Und wenn der Aufsichtsrat, nachdem er rechtlich hat prüfen lassen, ob es eine Möglichkeit gibt, die Forderung von Herrn Kerstan durchzusetzen, sagt, dass er keine Handhabe habe, dann hat er keine Möglichkeit dazu. Das weiß Herr Kerstan ganz genau. Das dann zu fordern ist schlechtweg albern, es ist sachlich und fachlich falsch.

(*Michael Neumann SPD*: Vielleicht geht's ja in vier Wochen doch!)

Das ist nichts weiter als populistisch. Damit steht Ihre Glaubwürdigkeit, lieber Herr Kerstan, infrage.

Sie wissen ganz genau, dass Herr Nonnenmacher einen Aufhebungsvertrag geschlossen hat, in dem festgeschrieben ist – das hat auch Herr Kopper ausdrücklich gesagt –, dass er seine restlichen Gehaltsansprüche zurückgeben muss, wenn sich im Nachhinein herausstellt, dass es eine grobe Pflichtverletzung seinerseits gegeben hat. Die Frage, ob er eine Abfindung bekommt oder nicht, entscheidet im Zweifelsfall ohnehin ein Gericht, aber nicht Sie. Und dass Herr Kopper die Bank nicht führungslos lassen will, sondern die Entlassung des bisherigen Vorstandsvorsitzenden dann vornimmt, wenn er einen neuen hat, ist nicht pflichtwidrig, sondern pflichtgemäß.

Sie fahren Ihre höchstpersönliche Vendetta gegen Herrn Nonnenmacher.

(*Michael Neumann SPD*: In welchem Verhältnis stehen Sie denn zur Bank, Herr Goldberg?)

Das wirkt fast ein bisschen wie Zorn aus verschmähter Liebe.

Abschließend: Der Senat gibt hier nicht und nimmt nicht, sondern er nimmt Rechtsverhältnisse zur Kenntnis, was die Opposition leider nicht tut. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Dr. Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon ein bisschen schwierig, diese schwarz-grünen Familiengeschichten aus dem Senat nachzuvollziehen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist zwar auch interessant, aber eigentlich geht es heute um die Personalie Nonnenmacher, die Entlassung des Vorstandsvorsitzenden und vor allem um die Frage, ob eine Bonuszahlung nötig ist.

Herr Goldberg, ich gebe Ihnen recht, es ist schon ungewöhnlich, die GAL-Fraktion so HSH-kritisch zu hören. Das war die letzten ein, zwei Jahre nicht der Fall.

(*Jens Kerstan GAL*: Wer hat denn die Entlassung durchgesetzt?)

Die GAL war von Anfang an, Herr Kerstan, an der Personalie Nonnenmacher beteiligt. Sie waren in der Regierungsverantwortung und müssen deshalb gemeinsam mit der CDU die politische Verantwortung für diese Personalie tragen.

(Beifall bei der SPD)

Schon im November 2008, bei der Berufung von Herrn Nonnenmacher zum Vorstandsvorsitzenden, hätte man klären können und müssen, ob er an den riskanten Geschäften der HSH beteiligt war. Das haben Sie aber nicht getan und Sie haben auch nicht verhindert, dass dem neuen Vorstandsvorsitzenden in einer abwegigen Regelung 2,9 Millionen Euro zugesichert worden sind für den Fall, dass er selbst kündigt.

(*Ingo Egloff SPD*: So einen Vertrag möchte ich auch mal haben!)

Sie kannten unsere Parlamentsbeschlüsse und haben auch dann nichts dagegen unternommen, als diese Sonderzahlung später von einer sogenannten Auflösungs- in eine Halteprämie umgewandelt wurde. Das war ein klarer Verstoß gegen unseren gemeinsamen Bürgerschaftsbeschluss. Sie haben

(Dr. Peter Tschentscher)

auch geschwiegen, Herr Kerstan, als bekannt wurde, dass Herr Nonnenmacher an den Omega-Transaktionen beteiligt war und dass er persönlich eine 45-Millionen-Dollar-Überweisung an Goldman Sachs veranlasst hat. Auch die geplante Ausschüttung von dreistelligen Millionenbeträgen an stille Einleger hat nicht die GAL-Fraktion verhindert, sondern die EU-Kommission in Brüssel.

(Jörn Frommann CDU: Verschmähte Liebe!)

Gemeinsam haben CDU und GAL später einem Garantievertrag zugestimmt, der die Überschreitung der 500 000 Euro-Gehaltsgrenze durch Altersversorgung, Nebenleistungen und weitere Bonusansprüche ermöglichte. So habe ich sie in Erinnerung, die Geschichte der schwarz-grünen Bonuszahlungen an Manager der HSH Nordbank.

In diese Zeit fällt auch das sogenannte Freshfields-Gutachten. Dazu kursiert der schlechte Witz, dass das Gutachten 10 Millionen Euro gekostet habe: 1 Million Euro für das Gutachten und 9 Millionen Euro dafür, dass der Vorstandsvorsitzende entlastet wird, und so liest sich dieses Gutachten auch. Diese Gegengutachtereie wird nun vielleicht zu den richtigen Schlüssen kommen.

Aus unserer Sicht ist die Ablösung Nonnenmachers seit eineinhalb Jahren überfällig und die Forderung nach einer Kündigung ohne Abfindung mehr als berechtigt. Wir schließen uns dem gern an, Herr Kerstan, aber zu verantworten haben Sie das, gemeinsam mit Ihren alten Freunden von der CDU.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Herr Dr. Bischoff hat das Wort.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Nonnenmacher gehört nicht nur entlassen, er gehört in ein Strafverfahren und müsste – wie vier andere Vorstandsmitglieder auch, Herr Goldberg – regresspflichtig gemacht werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Was bei diesen ganzen schwarz-grünen Familiengeschichten – das ist eigentlich verniedlicht – unterzugehen droht, ist, dass gegen vier Vorstandsmitglieder der Bank – zwei davon sind entlassen, zwei sind bereits vorher ausgeschieden – ein Schadensregressverfahren in der Größenordnung von 60 Millionen Euro läuft, und das ist sicher noch nicht das Ende der Fahnenstange. Bevor ein Aufsichtsrat mit diesem Instrument gegen seine Vorstände vorgeht, muss schon einiges vorgefallen sein. Das scheint bei den Landesbanken und der CDU zum Normalfall zu werden, ist aber trotzdem eine außergewöhnliche Situation.

Herr Nonnenmacher ist von diesem Verfahren bislang nicht nur ausgenommen, sondern in dem bestellten oder nicht bestellten Gutachten wurde ausdrücklich festgehalten, dass der Finanzvorstand Professor Dr. Nonnenmacher kein ausgewiesener Kapitalmarktexperte sei und außerdem so unter Zeitdruck gestanden habe, dass er die grob falsche Vorlage für den Vorstand als solche nicht habe erkennen müssen. Das ist die Argumentation. Von Anfang an war klar – das wissen Sie auch, denn Sie kennen offensichtlich das Gegengutachten –, dass diese Form der Weißwäscherei keinen Bestand haben würde. Die Frage ist nur, an welcher Stelle das gerade gerückt werden wird. Gott sei Dank läuft das staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren und ich denke, wir werden da noch einiges zu hören bekommen.

Es wäre aber auch wichtig, dass aus der Bank heraus und vonseiten der Eigentümer gehandelt wird, und das ist nicht passiert. Herr Kerstan, Herr Tschentscher hat zu Recht gesagt, dass Sie diesen Maßstab, dass man einem Finanzvorstand attestiert, er sei kein ausgewiesener Kapitalmarktexperte und habe zudem unter Zeitdruck gestanden, einmal bei der Kassiererin Emmely oder dem Bulletinfall zugrunde legen müssten. Es war ein grobes Missverhältnis, den Mann damit freizusprechen, und Sie als GAL haben Ihre schützende Hand über diesen Mist gehalten.

(Beifall bei der LINKEN – Jens Kerstan GAL: Unsinn!)

– Das ist kein Unsinn, das war so.

Es gab jede Menge Probleme – die Deckelung auf 500 000 Euro, die nicht eingehalten wurde, die sogenannten Abfindungen, die Halteprämie von 2,9 Millionen Euro –, aber was jetzt passiert, toppt das Ganze noch. Hier wird versucht, jemanden systematisch zu schützen, und ich hoffe sehr, dass aufgeklärt wird, warum das so ist und welche Verantwortlichkeiten da sind.

(Thilo Kleibauer CDU: Sie haben Ihr Buch ja schon geschrieben!)

– Das können Sie gern lesen.

(Jörn Frommann CDU: Da steht nichts Neues drin, haben wir gehört!)

Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass dieser Fall Nonnenmacher auf Dauer eine Belastung für die Politik und die Glaubwürdigkeit von Politik darstellt. Insofern ist es gut, Herr Kerstan, dass wir jetzt gemeinsam an einem Strang ziehen,

(Thies Goldberg CDU: Dass er sich auf Ihren Populismus einlässt, das finden Sie gut!)

aber dadurch fällt das, was Sie in der Vorgeschichte zu verantworten haben, nicht unter den Tisch. Man hätte das schon vorher beenden können.

(Dr. Joachim Bischoff)

Sie haben eingangs betont, dass der Untersuchungsausschuss vorzeitig abgebrochen worden sei. Da erlaube ich mir an dieser Stelle schon zu sagen, dass er auch deswegen nicht weitergekommen ist, weil die Bank entgegen allen Versicherungen systematisch Akten zurückgehalten hat.

(Jens Kerstan GAL: Das habe ich doch gesagt!)

Ich war einer der wenigen, der Akten im Datenraum einsehen durfte und erlaube mir daher ein Urteil darüber. Ich habe von all den relevanten Vorgängen des Vorstandes nur 10 Prozent gesehen, die restlichen 90 Prozent sind uns über ein Jahr lang vorenthalten worden.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Herr Kerstan hat das Wort.

Jens Kerstan GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Schade, dass SPD und LINKE die Gelegenheit nicht nutzen, gemeinsam den Druck auf den Senat zu erhöhen,

(Zurufe von der CDU)

damit Herr Nonnenmacher jetzt auch wirklich ohne Abfindung geht, und stattdessen nur darüber reden, wer was wann und wie hätte machen müssen. Der entscheidende Punkt ist doch, ob Herr Nonnenmacher 2 bis 4 Millionen Euro hinterher geworfen bekommt oder nicht. Das liegt in der Hand dieses Senats

(Frank Schira CDU: Falsche Anmeldung!)

und da müssen wir gemeinsam Druck machen. Diese Gelegenheit haben Sie für Ihre Wahlkampfmanöver verschenkt – schade.

(Beifall bei der GAL – Thies Goldberg CDU: Nun seid mal nicht beleidigt!)

Wenn der Aufsichtsrat beschlossen hat, Herrn Nonnenmacher im April zu entlassen, dann doch nur aus einem einzigen Grund: weil die GAL im Oktober letzten Jahres bis an den Rand eines Koalitionsbruchs gegangen ist, um das durchsetzen zu können. Das können Sie nicht wegredden, meine Damen und Herren.

Der entscheidende Punkt ist doch – Herr Goldberg hat das sehr deutlich gemacht –: Die Anteilseigner haben ein Gutachten in Auftrag gegeben, um eine umstrittene Untersuchung des Aufsichtsrats überprüfen zu lassen. In der Tat ist in der Senatsvorbesprechung am 23. November über dieses Gutachten berichtet worden, Herr Goldberg, aber wir als Auftraggeber haben es nie in die Hand bekommen, ich habe nie auch nur eine einzige Seite des Gutachtens in der Hand gehalten. Der Ablauf dieser Sitzung ist interessant. Wir als Auftraggeber haben dieses Gutachten nicht bekommen, aber derjenige,

der untersucht wurde, nämlich der Aufsichtsrat, schon. Daraufhin hat er dieses Gutachten seinerseits überprüfen lassen und mitgeteilt, da sei nichts dran. Es ist bezeichnend, dass die CDU sich damit zufrieden gegeben und gesagt hat, das sei dann wohl so. Wir hatten deshalb einen entschiedenen Konflikt mit Herrn Frigge und Sie wissen selber, Herr Goldberg, dass es in diesen Sitzungen alles andere als friedlich zugegangen ist. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

(Ingo Egloff SPD: Erzählen Sie noch ein bisschen mehr aus der Koalition!)

Ich kenne dieses Gutachten bis heute nicht und kann mich, wie alle anderen auch, nur auf die Presseberichterstattung beziehen. Das ist ein Teil des Problems. Selbst der Parlamentarische Untersuchungsausschuss hat sich vorrangig mit Unterlagen beschäftigt, deren Herausgabe die Bank verweigert hat, und musste sich auf Unterlagen beziehen, die Journalisten unter der Hand zugespielt wurden. Das, meine lieben Freundinnen und Freunde von der CDU, kann sich ein Parlament nicht bieten lassen. Es ist traurig, dass Sie die Autorität des Parlamentes derart untergraben lassen.

(Beifall bei der GAL, der SPD und der LINKEN)

Und wenn in diesem Gutachten etwas anderes steht als wir es behaupten, dann legen Sie es doch dem Parlament vor. Sie können es morgen dem Haushaltsausschuss oder dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, den Fraktionsvorsitzenden oder den haushaltspolitischen Sprechern geben. Das tun Sie aber nicht und ich vermute, Sie haben einen guten Grund dafür.

(Jörn Frommann CDU: Das ist ja Wahlkampf pur hier!)

Wenn das nicht so ist, dann legen Sie es morgen auf den Tisch und dann bewerten wir es.

Dass Herr Nonnenmacher eine Abfindung bekommen soll, ist ein Skandal; verstecken Sie sich da nicht hinter dem Aktiengesetz. Wenn das so kommen sollte, dann würde das die Glaubwürdigkeit der Politik untergraben und das Vertrauen der Menschen in dieser Stadt in die Demokratie und den Rechtsstaat. Es ist unsere und auch Ihre Aufgabe, das zu verhindern. Lassen Sie uns das endlich tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Goldberg. Ich mache darauf aufmerksam, dass in der aktuellen Stunde noch drei Minuten zur Verfügung stehen.

Thies Goldberg CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Jens Kerstan, ich teile

(Thies Goldberg)

zwar die sonstigen Analyseergebnisse von SPD und LINKEN nicht, aber eines finde ich augenfällig, dass Sie als GAL auf beleidigte Leberwurst machen und, kaum nicht mehr an der Regierung, auf die Position von SPD und LINKE umschwenken.

(Michael Neumann SPD: Weil es richtig ist!)

Es ist schon sehr unsportlich, das so empfindlich zu nehmen.

(Beifall bei der CDU – Wolfgang Rose SPD: Was ist denn nun mit dem Gutachten, kriegen wir das Gutachten?)

– Das Gutachten ist ein nicht öffentliches Gutachten. In der nächsten Legislaturperiode werden Sie es sicherlich in vertraulicher Sitzung zu Gesicht bekommen.

(Jens Kerstan GAL: Das war ein Auftrag des Senats!)

Noch einmal: In diesem Gutachten stehen Dinge, die, wie viele andere Unterlagen der Bank auch, dem Bankgeheimnis unterliegen; das wissen Sie doch. Zu behaupten, der Senat würde hier etwas nicht veröffentlichen, was er veröffentlichen müsste, ist ein Irrtum. Sie wissen, dass das nicht stimmt.

(Jens Kerstan GAL: Er kann das jederzeit!)

– Er kann es nicht veröffentlichen, weil das Bankgeheimnis damit verletzt würde.

Sie hätten dieses Gutachten einsehen können, Herr Kerstan, aber Sie haben gar nicht danach gefragt, Sie haben es gar nicht gewollt.

(Jens Kerstan GAL: Wir haben die Koalition verlassen!)

– Genau, Sie haben die Koalition verlassen. Aber Sie haben trotzdem, um mit ein paar Märchen aufzuräumen, die Einsichtnahme in dieses Gutachten unter Wahrung der Vertraulichkeit zu keinem Zeitpunkt gewünscht oder gefordert.

Es ist für den Senat nicht möglich, eine solche Entscheidung am Aktienrecht vorbei zu treffen oder durch die Bürgerschaft treffen zu lassen; das wissen Sie auch. Ihre Forderung ist Populismus und damit beschädigen Sie die Glaubwürdigkeit des Parlaments. Sie wollen glaubhaft machen, Senat oder Parlament könnten dergleichen im Handstreich entscheiden. Das ist Gott sei Dank nicht der Fall.

Es ist außerdem ein Märchen zu behaupten, die GAL habe veranlasst, dass Herr Nonnenmacher entlassen wird, sondern das war eine gemeinsame Entscheidung des Hamburger Senats – dem die GAL damals allerdings noch angehörte – und der Landesregierung Schleswig-Holsteins. Es war nicht die GAL die das gemacht hat und es war auch nicht die GAL, die gesagt hat, sie würde

sonst die Koalition verlassen. Das ist ein Märchen, allerdings ein schönes Märchen für die GAL.

(Beifall bei der CDU – Michael Gwosdz GAL: Wahrnehmungsstörungen!)

– Wahrnehmungsstörungen ist ein sehr schönes Stichwort dafür. Wir überlassen Sie auch gern dem Lecken Ihrer Wunden, denn die Wahrnehmungsstörung liegt an dieser Stelle bei Ihnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Meine Damen und Herren! Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 41 auf, Drucksache 19/8080, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2008 (kameral), Jahresbericht 2010 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2008 und Ergänzung zum Jahresbericht 2010 des Rechnungshofs, hier: Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses der Freien und Hansestadt Hamburg auf den 31. Dezember 2008 sowie Stellungnahme des Senats zum Jahresbericht 2010 sowie zum Ergänzungsbericht 2010 des Rechnungshofs und Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Rechnungshofs im Haushaltsjahr 2008 sowie Ergebnisbericht 2010 des Rechnungshofs.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksachen 19/4580:

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2008 (kameral) (Senatsantrag) und

19/5300: Jahresbericht 2010 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2008 (Vorlage des Rechnungshofs) und 19/5970: Ergänzung zum Jahresbericht 2010 des Rechnungshofs

hier: Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses der Freien und Hansestadt Hamburg auf den 31. Dezember 2008 (Vorlage des Rechnungshofs) und

19/6159: Stellungnahme des Senats zum Jahresbericht 2010 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2008 sowie zum Ergänzungsbericht 2010 des Rechnungshofs "Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses der Freien und Hansestadt Hamburg auf den 31. Dezember 2008" (Senatsmitteilung) und

19/5301: Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Rechnungshofs im Haushaltsjahr 2008 (Vorlage des Rechnungshofs)

(Präsident Dr. Lutz Mohaupt)

und

19/6169: Ergebnisbericht 2010 des Rechnungshofs (Vorlage des Rechnungshofs)
– Drs 19/8080 –]

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Herr Dr. Tschentscher hat das Wort.

Dr. Peter Tschentscher SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst und auch im Namen von Frau Schaal, unserer Vorsitzenden im Rechnungsprüfungsausschuss, herzlichen Dank an Herrn Meyer-Abich und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rechnungshofs für den Jahresbericht 2010.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der GAL)

Ein solcher Bericht ist für die Opposition immer ein willkommener Anlass, dem Senat Vorwürfe zu machen. Der Rechnungshof will aber nicht den Senat ärgern, sondern er hat den Verfassungsauftrag, die Wirtschaftsführung und die Haushaltsordnung der Stadt zu überwachen. Dabei hat er das Ziel, Schwachstellen in Abläufen aufzudecken und Verwaltungshandeln zu verbessern. Im Jahresbericht 2010 findet sich da so allerhand:

"Nicht ausgewiesene Überschreitung [des Haushalts in Millionenhöhe]
 Gesperrte Mittel in Höhe von 12,3 Mio. Euro ausgezahlt
 Kosten nicht transparent dargestellt
 Bürgerschaft [...] unzureichend informiert
 Wirtschaftlichkeitsgrundsatz nicht beachtet
 Vergabevorschriften nicht beachtet
 Fehlendes Controlling
 Einsparpotenzial [...] nicht ausgeschöpft".

Das sind keine Zitate aus Reden der Opposition, sondern aus dem Bericht des Rechnungshofs im Jahr 2010 und das wirft in dieser Deutlichkeit kein gutes Licht auf die Art und Weise, wie derzeit in Hamburg regiert wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich will einige Beispiele nennen. Über 12 Millionen Euro wurden für Ausbildungsprogramme und Jugendberufshilfe ausgegeben ohne jedes Controlling, das nötig und auch möglich gewesen wäre. Mit rund 30 Millionen Euro jährlich sind Krankenhausinvestitionen gefördert worden, ohne dass die Behörde die Verwendung der Mittel auch nur stichprobenartig überprüft hätte. Beim IBA DOCK in Wilhelmsburg hätten durch eine andere Bebauung rund 3 Millionen Euro gespart werden können. Es gibt eine lange Liste solcher Beispiele. Der gesamte Rechnungshofbericht zeigt, dass man viele Millionen Euro im Haushalt einfach nur dadurch einsparen kann, dass man besser regiert.

Es gibt einen weiteren, ebenfalls sehr instruktiven Bericht des Rechnungshofs, und zwar zur Bautätigkeit der Stadt, den Sonderbericht "Kostenstabi-

les Bauen". Dieser Bericht beschreibt unter anderem die Bedeutung von Planungsmängeln. Ausgelöst wurde er durch den ZOB Bergedorf, für den sich die Kosten von 21 auf 42 Millionen Euro verdoppelt hatten. In seiner beratenden Äußerung stellt der Rechnungshof 129 Planungsmängel bei Bauvorhaben der letzten zehn Jahre fest. Ich will deutlich sagen, dass es auch früher Probleme gab,

(Barbara Ahrons CDU: Reichlich!)

aber 76 dieser Planungsmängel, Frau Ahrons, das sind 60 Prozent aller Fälle, haben sich allein in den vergangenen zwei Jahren abgespielt. Mit anderen Worten: Das Regierungshandeln war noch nie so schlecht wie heute.

(Beifall bei der SPD)

Schlecht geplantes Bauen ist eine teure Angelegenheit. Über 260 Millionen Euro der Kostensteigerungen führt der Rechnungshof auf Planungsmängel zurück.

(Jörn Frommann CDU: Da gibt es auch keine anderen Gründe für! Wie eingleisig fahren Sie eigentlich?)

Dabei, Herr Frommann, ist die Elbphilharmonie noch nicht einmal mitgerechnet; die hätte diesen Betrag noch einmal verdoppelt. Deshalb ist die Elbphilharmonie neben allem anderen auch der größte Bauskandal, den die Stadt je erlebt hat.

Dann ist da noch ein Thema, das etwas mit Klarheit und Wahrheit und einer vollständigen Information der Bürgerschaft zu tun hat.

(Jörn Frommann CDU: Horner Geest!)

Das Parlament braucht vollständige Informationen, um Kosten und Nutzen einer Entscheidung richtig abwägen zu können; das sagt zumindest der Rechnungshof. Zur Arbeitsweise der Behörden kann ich Ihnen diesbezüglich den Bericht des Haushaltsausschusses vom 9. November 2010 empfehlen. In ihm geht es um die Kostensteigerungen bei der U4, für die man bekanntlich eine komplette Stadtbahn hätte bauen können.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Der Senat wollte die Bahn aber lieber durch den Untergrund bohren, wo man auf so manches stoßen kann, Findlinge zum Beispiel, und dann geht erst einmal nichts voran. Ein Stillstand der Schildvortriebsmaschine kostet 40 000 bis 50 000 Euro pro Tag. So etwas kommt vor, wenn man eine U-Bahn baut, und deshalb muss mit solchen Kosten gerechnet werden. Das hat die Hochbahn auch getan, aber die Baubehörde hat es abgelehnt, die beantragten 15 Millionen Euro für Unvorhergesehenes in die Baukosten einzubeziehen und diese Summe der Bürgerschaft von Anfang an mit vorzulegen. Der Senat wird wissen warum, denn er hatte

(Dr. Peter Tschentscher)

schon damals Probleme, die unwirtschaftliche U4 in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE*)

Und so kommt es in Hamburg Jahr für Jahr zu Mehrkosten und Nachforderungen in Millionenhöhe. Schlechte Planung, Fehler bei der Projektsteuerung, keine wahrheitsgemäße Information über die Kosten, das sind die Gründe, warum in Hamburg kaum noch Leute glauben, dass dieser Senat sparsam mit Steuergeldern umgeht.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Ahrons.

Barbara Ahrons CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Tschentscher, zunächst einmal meinen herzlichen Glückwunsch. Ansonsten ist das wieder einmal typisch Mann: Lass mal die Frau die aufwendige Arbeit im Ausschuss machen, aber reden tue ich.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der GAL – *Ingo Egloff SPD*: Dafür kriegen Sie einen Orden von der ASF!)

– Ist doch typisch.

Mit der heutigen Debatte findet die Beratung über den Jahresbericht des Rechnungshofs seinen Abschluss. Rechnungsprüfungsausschuss, Haushaltsausschuss und zum ersten Mal auch einige betroffene Fachausschüsse haben in teils langen Sitzungen alle Einwände des Rechnungshofs behandelt. Es wurden die zuständigen Senatsvertreter gehört und zum Teil auch Nachbesserungen gefordert. Ein Beispiel dafür ist das Hamburger Planetarium, das nun mit einjähriger Verspätung und nur auf Mahnung endlich ein Unternehmenskonzept vorgelegt hat.

Die Rechnungsprüfer weisen in ihrem Jahresbericht auf Nachhaltigkeitsdefizite in Hamburg hin. Meine Damen und Herren von der SPD, diese Defizite bestehen seit Jahrzehnten. Auch neun Jahre CDU-Regierung

(*Dr. Peter Tschentscher SPD*: Zehn!)

konnten trotz erhöhten jährlichen Investitionsvolumens den Sanierungs- und Investitionsstau in Hamburg nicht aufheben. Und daran hängt auch der Straßenbau, über den wir gerade gesprochen haben. Allerdings ist das durchschnittliche Investitionsvolumen unter der CDU mit 1,2 Milliarden Euro um 20 Prozent höher als zu SPD-Zeiten; aber das reicht Ihnen immer noch nicht.

Ein weiteres Thema im Bericht des Rechnungshofs ist das gesetzliche Gebot der kostendeckenden Gebühren. Außer in den Bereichen Bildung, Soziales und Kultur dürfte es eigentlich nirgends Gebüh-

ren geben, die den Aufwand nicht decken. Durch zu niedrige Gebühren gehen der Stadt jährlich bis zu 26 Millionen Euro an Einnahmen verloren. Bezahlte werden müssen diese Leistungen natürlich trotzdem, in dem Fall dann nicht durch den Leistungsempfänger, sondern durch die Allgemeinheit, den Steuerzahler.

Aber auch innerhalb der Hamburger Verwaltung gab es in letzter Zeit erhebliche Defizite. Die bisherige Buchführung war zum Teil fehlerhaft. Vor allem notwendige manuelle Nachbearbeitungen wegen nicht zuverlässig funktionierender Schnittstellen haben zu erheblichen Beeinträchtigungen und Fehlern geführt. Durch das neue Haushaltswesen inklusive der kaufmännischen Buchführung hat die CDU in den letzten Jahren einen großen Schritt zu mehr Effizienz und Transparenz getan und ich hoffe, dass die Oppositionsparteien auch weiterhin zum NHH stehen.

Nachgebessert werden muss beim Anspruchsdenken einiger Teile der öffentlichen Verwaltung. Die gesamten angemieteten Flächen der Hansestadt sind aktuell auf 1,4 Millionen Quadratmeter gestiegen. Aber, Herr Neumann, das ist nun keine Verdoppelung, wie Sie kürzlich in einem Interview behauptet haben.

(*Jörn Frommann CDU*: Rechnen Sechs!)

Ein Großteil davon geht auf das Konto von Polizei, Feuerwehr und Museen. Wollen Sie das vielleicht wieder rückgängig machen? Zugegeben, das Volumen der angemieteten Büroflächen ist etwas gestiegen, von 630 000 Quadratmetern im Jahr 2000 auf aktuell etwa 680 000 Quadratmeter. Aber vielleicht sollten Sie auch einmal Ihren Bezirksamtsleiter Hamburg-Mitte in Sachen Anspruchsdenken bei Büroflächen ins Gebet nehmen,

(*Hans-Detlef Roock CDU*: Auf Mitte haben wir den Fokus!)

und ich glaube, nicht nur bei Anspruchsdenken in diesem Bereich.

Wie in jedem Jahr bin ich dem Kollegium des Rechnungshofs unter der Leitung seines Präsidenten Dr. Meyer-Abich sehr dankbar für die geleistete Arbeit. Mit ihr wird dafür gesorgt, dass wir im Parlament unsere Kontrollfunktion überhaupt ausüben können. Dabei geht es natürlich nicht nur darum, Steuerverschwendung aufzuspüren und zu verhindern, sondern auch gemeinsam mit den Verwaltungseinheiten Wege zu finden, die Steuergelder effektiver und nutzbringender zu verwenden. Das geht leider nicht immer beziehungsweise einmal besser, einmal schlechter, aber das kennen wir alle.

Aus dem Bericht direkt möchte ich nur kurz vier konkrete Fälle anführen, bei denen dringend gehandelt werden muss. Ein Fall, der mir besonders aufgefallen ist – Herr Dr. Tschentscher hat ihn

(Barbara Ahrons)

auch angesprochen –, ist das im Rahmen der Bildungs-offensive Elbinseln geplante Bildungszentrum Tor zur Welt mit einer Kostenobergrenze von 28,3 Millionen Euro. Schon bei der Bewertung der Wettbewerbsarbeiten wurde entgegen geltenden Grundsätzen nicht an den Kriterien der Auslobung festgehalten. Es wurden insbesondere sogenannte Exzellenzkriterien hinzugefügt. Der Rechnungshof hat wieder einmal beanstandet, dass mit dem Verzicht auf eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung gegen das Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit verstoßen wurde. Wünsche des Senats hinsichtlich erhöhter Standards können die Beachtung der haushalts- und Klimaschutzrechtlich vorgeschriebenen Prüfungen durch die Verwaltung nicht ersetzen und das Parlament muss darauf vertrauen dürfen, dass auch bei politisch gewollten Standards geltendes Recht eingehalten wird.

Ein zweiter Fall ist der Finanzierungsbedarf für die Durchführung der Internationalen Bauausstellung auf der Elbinsel im Jahr 2013. Hier sind rund 100 Millionen Euro angesetzt worden. Bei der bisher erfolgten Bewilligung der Gelder wurden weder Projekte der IBA hinreichend konkretisiert noch Projektkosten zugeordnet. Das Risiko, der Verwaltung Blankoschecks auszustellen, darf das Parlament auf keinen Fall eingehen. Nach den Feststellungen des Rechnungshofs ist das IBA Dock unwirtschaftlich. Und auch in diesem Fall ersetzt der Hinweis der Behörde auf die besondere Bedeutung des Projekts und seine Vorbildrolle nicht die notwendige vorherige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung.

Der dritte Fall ist die Besteuerung von Betrieben gewerblicher Art der Stadt. In Hamburg errechnen alle diese Einrichtungen ihren Gewinn aus dem Überschuss ihrer Einnahmen gegenüber den Ausgaben, obwohl sie nach Paragraph 141 Abgabenordnung bei Umsätzen ab 500 000 Euro jährlich verpflichtet wären, Bücher zu führen und einen Jahresabschluss zu erstellen. Der Gewinn wird somit überhaupt nicht korrekt ermittelt. Die Buchführungspflicht betrifft neben Betrieben gewerblicher Art, die einen Gewinn erwirtschaften, auch solche, die kostendeckend arbeiten oder auf Dauer Verluste erwirtschaften. Damit wird Wettbewerbsneutralität gegenüber privaten Gewerbebetrieben gewährleistet und Verzerrungen in bestimmten gewerblichen Bereichen entgegengewirkt. Ich fordere den Senat auf, hier Abhilfe zu schaffen; generell darf kein städtischer Betrieb gewerblicher Art von der Buchführungspflicht oder der Pflicht zu einem Jahresabschluss befreit werden.

Viertens und letztens geht es um Dataport. Im Zusammenhang mit der Gründung von Dataport hat Hamburg sein gesamtes Telekommunikations- und Datennetz mit circa 120 000 Telefonanschlüssen als Sondermittel zur Verfügung gestellt. Obwohl mit dem Betrieb weder Gewinne noch Verluste gemacht werden sollten, hat Dataport einen erhebli-

chen Überschuss auf Kosten Hamburgs erzielt. Aufgrund von Mängeln im Rechnungswesen konnte der genaue Betrag noch nicht ermittelt werden. Zwischen 2005 und 2008 könnte Hamburg ein wirtschaftlicher Nachteil von bis zu 12 Millionen Euro entstanden sein. Diese Praxis muss beendet werden. Soweit ich weiß, arbeiten Finanzbehörde und Dataport jetzt an einer Lösung dieses Problems.

Vor allen Dingen bedauere ich die immer wieder vorkommenden Verstöße gegen das Budgetrecht der Bürgerschaft. Jedes Jahr wieder, solange ich im Rechnungsprüfungsausschuss sitze, möchte ich die Verwaltung eindringlich auffordern, künftig das Budgetrecht des Parlaments durchgängig zu beachten.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der GAL und Beifall bei *Britta Ernst SPD*)

Allerdings hat uns der Ergebnisbericht auch dieses Jahr gezeigt, dass die Verwaltung nicht immer so ganz beratungsresistent ist.

Neben aller Kritik des Rechnungshofs am Senat beim Thema nachhaltige Haushaltsführung möchte ich abschließend vier Dinge festhalten: Es ist erst unter einem CDU-Senat gelungen, für Hamburg als erstes deutsches Bundesland einen kaufmännischen Geschäftsbericht vorzulegen, der einen wichtigen Schritt in Richtung moderne Haushaltspolitik darstellt. Es ist erst unter einem CDU-Senat gelungen, die Einführung eines gesetzlichen Schuldenverbots ab 2013 zu beschließen. Es ist erst unter einem CDU-Senat gelungen, eine gesetzliche jährliche Rückzahlungspflicht von 100 Millionen Euro Schulden ab 2015 zu beschließen.

(*Michael Neumann SPD*: Ich bin mal auf die Vorschläge aus der Opposition gespannt!)

Und es ist erst unter einem CDU-Senat gelungen, nach 30 Jahren Schuldenaufnahme 2007 und 2008 keine neuen Kredite aufzunehmen. Die SPD hatte das zum letzten Mal 1977 geschafft und von daher ist ihr Plakat "Solide Finanzen" schon ein bisschen grenzwertig.

(Beifall bei der CDU – *Arno Münster SPD*: Da war der Hamburger Haushalt noch in Ordnung!)

Frau Präsidentin, liebe Kollegen! Gestatten Sie mir zum Abschluss ein paar persönliche Worte.

(Beifall bei *Michael Neumann SPD*)

Dies war meine letzte Legislaturperiode, ich werde nach 18 Jahren Zugehörigkeit zu diesem Parlament nicht wieder kandidieren, ich brauche einmal einen anderen Lebensmittelpunkt als die Politik. Mit sehr viel Freude – einmal mehr, einmal weniger – habe ich die politische Arbeit gemacht, immer im Sinne der mittelständischen Betriebe unserer Stadt. Einige erfreuliche Erfolge habe ich er-

(Barbara Ahrons)

zielt, unter anderem die Entstehung des BID, des Business Improvement District. Manches habe ich natürlich nicht erreicht, und da kann ich eigentlich nur flüstern: Absenkung, noch lieber, Abschaffung der Gewerbesteuer – das war wohl nichts.

(Beifall bei der CDU)

Doch alles in allem gab es viele Erfolge für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Mit Dankbarkeit und Stolz habe ich diesem Hause über fünf Legislaturperioden angehört. Ich fühlte mich sogar einmal geadelt, als Herr Kerstan vor ein paar Jahren in einer Rede ausrief: Frau Ahrons, nun sagen Sie doch auch etwas dazu, Sie sind doch hier die Heilige Johanna des Mittelstands.

Meine Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen alles Gute weiterhin, viel Erfolg und gutes Gelingen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Waldowsky.

Andreas Waldowsky GAL:* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte in der Bürgerschaft über den Jahresbericht des Rechnungshofs

(Jörn Frommann CDU: Den Redebeitrag wollten wir eigentlich übergehen!)

ist traditionell zunächst einmal der Moment, Dank zu sagen; das werde ich natürlich auch seitens der GAL tun. Ich bedanke mich sehr herzlich beim Kollegium des Rechnungshofs für die geleistete Arbeit und den vorgelegten Bericht. Es hat sich wieder gezeigt, dass sehr solide gearbeitet wurde. Die Kritik, die der Rechnungshof in seinem Bericht formuliert hat, hatte Hand und Fuß. Wir hatten nur in sehr wenigen Fällen Zweifel, ob wir dem folgen können.

Es ist auch der Moment, sich bei den Kolleginnen und Kollegen im Rechnungsprüfungsausschuss für die sehr sachorientierte und zielgerichtete Arbeit zu bedanken. Herr Dr. Tschentscher hat sich nämlich geirrt, die Debatte im Rechnungsprüfungsausschuss ist nicht die große Stunde der Opposition, sie ist die große Stunde des Parlaments. Wir alle haben ein großes Interesse daran, Verfehlungen und Fehlentwicklungen aufzuzeigen. Wir haben sehr konstruktiv daran gearbeitet, denn es geht um unsere parlamentarischen Kontrollrechte und um unser Budgetrecht. Insofern hat die Opposition nicht das alleinige Recht auf die Ergebnisse, die wir erarbeitet haben, sondern wir werden das in Zukunft gemeinsam umsetzen müssen.

Die Arbeit im Rechnungsprüfungsausschuss ist sehr angenehm, aber man muss auch eine sehr hohe Frustrationsschwelle haben, denn täglich grüßt das Marmeladebrot. Ich hätte heute auch die Rede halten können, die ich vor zwei Jahren zu die-

sem Thema gehalten habe, denn im Prinzip diskutieren wir immer wieder über dieselben bekannten Probleme. Ich möchte fünf dieser Probleme kurz herausgreifen, die vielleicht die Krux von Haushalten und Verwalten ganz allgemein sind.

Zunächst einmal diskutieren wir immer wieder darüber, dass die Substanz erhalten werden muss. Das bezog sich in den letzten Jahren auf die Universität, die Schulen und die Krankenhäuser, dieses Mal ging es zum Beispiel um das Thema Straßen. Die mangelnde Instandhaltung der Straßen führt dazu, dass sie schließlich so heruntergewirtschaftet sind, dass sehr viel teurere Instandhaltungsmaßnahmen erforderlich sind und die Baukosten um 25 Prozent steigen. Im Bereich Kultur wurde der Fall des Thalia Theaters zu Recht heftig kritisiert. Auch dort ist in den letzten Jahren ein Instandsetzungstau von 4 bis 6 Millionen Euro entstanden. Diese Kosten werden in Zukunft noch erheblich steigen, wenn die Maßnahmen dann umgesetzt werden müssen.

Zweitens streiten wir immer wieder über ganz banale Probleme ordnungsgemäßer Geschäftsführung. Zum Beispiel wird der Zahlungsverkehr der Freien und Hansestadt Hamburg nicht effizient abgewickelt, es gibt dafür kein vernünftiges IT-Programm und es werden dabei erhebliche Ressourcen verschwendet.

Das dritte Problem haben auch die beiden Kollegen von der CDU und der SPD schon angesprochen, die Wirtschaftlichkeitsprüfung und die Einhaltung von Kostenobergrenzen. Es war ein spannender Moment, als wir über das Bildungszentrum Tor zur Welt diskutierten und uns von den Mitarbeitern erklärt wurde, wir seien fantasielose Pfennigfuchser, wenn wir von den Architekten die Einhaltung von Kostenobergrenzen erwarteten; wir seien doch relativ einfach gestrickt, wenn wir der großen Kreativität von Architekten solche banalen finanziellen Grenzen gegenüberstellten. Da wurde es teilweise auch laut im Raum, es gab aber auch fassungsloses Schweigen, als uns tatsächlich erklärt wurde, dass es nicht unser Ernst sein könne, dass Kostenobergrenzen existieren und auch eingehalten werden sollten. Dieses Tor zur Welt ist um 40 Prozent teurer geworden und wir müssen als Parlament immer wieder darauf bestehen, dass alles seinen Preis hat und der vorher festgelegt wird. Dann sind wir halt fantasielose Pfennigfuchser.

Ein weiteres Thema ist das Planetarium, im vorigen Jahr der große Aufreger im Rechnungsprüfungsausschuss. Es ging um Wirtschaftspläne, die das Planetarium nicht vorlegen konnte. Wir hatten gesagt, da muss nachgearbeitet und das Thema muss neu vorgelegt werden. Aber wir mussten wieder einmal feststellen, dass es teilweise einfach an Respekt vor diesem Parlament fehlt. Die Vertreter, die uns die Pläne vorstellen und zeigen sollten, dass sie nachgearbeitet haben, hatten praktisch

(Andreas Waldowsky)

nichts gemacht. Sie kamen mit leeren Händen und was wir ein Jahr zuvor kritisiert hatten, war ihnen ziemlich egal gewesen. Das ist eine Frechheit, die wir uns in dieser Form natürlich nicht bieten lassen dürfen. Wir müssen darauf bestehen, dass diese Kontrollrechte des Parlaments ernst genommen werden.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL, der CDU und der SPD)

Ein letzter Punkt, der uns immer wieder begegnet und der uns auch in Zukunft beschäftigen wird, betrifft die vermeintlichen Effizienzgewinne und Einsparpotenziale durch die Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten. Mal geht es um die länderübergreifende Zusammenlegung, mal um die Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten innerhalb der hamburgischen Verwaltung. Vorher werden große Rechnungen aufgemacht, was dadurch alles eingespart werden kann, aber hinterher wird das überhaupt nicht mehr überprüft und es wird teilweise sogar noch teurer, als es vorher war. In der Debatte um die HPA wurde zum Beispiel deutlich, dass auch hier nicht die Effizienzgewinne erzielt wurden, die man sich im Vorhinein davon versprochen hatte. Auch das ist ein Punkt, den wir in Zukunft sehr stark im Auge behalten müssen.

Insgesamt ist die Arbeit in dem Ausschuss eine Sisypusarbeit. Ich freue mich darauf und fordere den Rechnungshof auf, seine Sisypusarbeit weiterzumachen. Wir als Parlament sollten diese Sisypusarbeit ebenfalls weitermachen und uns nicht dadurch frustrieren lassen, dass wir immer wieder dieselben Themen bewegen und dass so wenig vorankommt. Ich halte es da mit Albert Camus, der in seinem Sisyphos-Mythos geschrieben hat, dass er sich Sisyphos als glücklichen Menschen vorstellt. Insofern sollten wir das ganz positiv sehen. – Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL, der CDU und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit dem Bild von Sisyphos habe ich schon Schwierigkeiten,

(*Rolf Harlinghausen* CDU: Womit haben Sie keine Schwierigkeiten?)

denn es geht nicht einfach darum, den Felsen wieder ein Stück hochzustemmen und ihn dann herunterrauschen zu lassen. Wenn wir uns die Finanzen Hamburgs ansehen, Frau Ahrons, ist die Situation schon ziemlich bedrohlich. Ich gebe Ihnen recht, dass wir das deswegen erstmals in der ganzen Bedrohlichkeit zur Kenntnis nehmen konnten, weil wir jetzt in Teilen eine entwickelte Rechnungsführung einsetzen. Ich kann auch nur – das ist an

anderer Stelle zu diskutieren – an diejenigen, die die nächste Legislaturperiode gestalten werden, appellieren, dieses Projekt zu Ende zu bringen; wir befinden uns erst in der Mitte des Weges.

Es hat mich bei Ihnen, Frau Ahrons, doch ein bisschen gewundert, dass Sie das – und Sie haben wirklich viel mehr Erfahrung, das habe ich im Ausschuss kennen und schätzen gelernt – zum Schluss so geduldig hinnehmen. Das kann ich nicht ganz nachvollziehen. In vielen Punkten – Herr Waldowsky hat das gesagt – ist die Missachtung des Parlaments kaum mehr zu steigern. Wenn ich an den Oberbaudirektor Walter denke – Sie haben das angesprochen –, da habe ich einen Moment gedacht, ich bin hier völlig fehl am Platze.

(Beifall bei *Egbert von Frankenberg* und *Karen Koop*, beide CDU)

Was kann man denn anders machen, als zu sagen, lieber Kollege, so geht das nicht, Sie müssen sich schon an bestimmte Etatrichtlinien halten. Und dann bekommt man eine Antwort nach dem Motto, man sei doch wohl der letzte Kleingeist im Saal, hier gehe es um künstlerische Stadtgestaltung und da interessiere ihn unsere Pfennigfuchserie überhaupt nicht. Sie können nun sagen, dafür ist der Kollege bekannt, das muss ich jetzt nicht weiter bewerten, aber in der Stellungnahme des Senats zu dem Bericht heißt es, der Senat wird künftig dafür Sorge tragen, dass Beteiligungs- und Informationsrechte der Bürgerschaft stärker beachtet werden. Ich kann nur hoffen, dass Transparenz, Effizienz und Beachtung der Beteiligungsrechte des Parlaments künftig wieder einen hohen Stellenwert bekommen, denn sonst macht der Job wirklich keinen Spaß, wenn man jedes Mal dieselbe Leier hört, dass bestimmte Verwaltungsmitarbeiter gar nicht bereit sind, sich auf das Argument einzulassen.

Diese Haltung – Herr Tschentscher hat noch ein paar andere Beispiele aufgeführt – führt dazu, dass wir dank der neuen Rechnungsführung in der Gesamtbilanz feststellen mussten, dass der Konzernjahresfehlbetrag in diesem Jahr 1,7 Milliarden Euro beträgt. Im Ergebnis wird in der Konzernbilanz 2009 ein nicht durch das Eigenkapital gedeckter Betrag ausgewiesen. Das heißt für jeden, der sich damit ein bisschen auskennt, dass die Freie und Hansestadt Hamburg ein negatives Eigenkapital aufweist, mit anderen Worten, dass sie pleite ist. Sie kann zwar nicht pleite gehen, aber sie ist faktisch pleite. Und gerade in den beiden letzten Jahren sind Fehlbeträge in der Größenordnung von 2 Milliarden Euro erwirtschaftet worden; man kann sich allenfalls darüber streiten, ob das alles genau berechnet wurde. Das hat einen gigantischen Schuldenberg zur Folge, einen Schuldenberg, der bis 2014 rein für die Kernverwaltung auf 28 Milliarden Euro aufsummiert wird. Dazu kom-

(Dr. Joachim Bischoff)

men dann noch das Geld, das bei der Wohnungsbaukreditanstalt liegt, und die diversen Schattenhaushalte; das ist ein richtig derangierter Betrieb.

Jetzt sagen wir, so könnt ihr nicht weiterwirtschaften, wir müssen umsteuern; man kann da auch einiges umsteuern. Aber wie kommen wir aus dieser Lage wieder heraus? Auch der Rechnungshof stellt in seinem Ergebnisbericht immer heraus, wo sich die Fehlentwicklungen bündeln und wo es Änderungen geben muss.

Es sind drei Punkte, Frau Ahrons, die der Rechnungshof uns mitgegeben hat. Es ist ständig mehr Geld ausgegeben worden als eingenommen. Die Haushaltsjahre 2007/2008 waren Boomjahre. Sie zeichnen sich durch erhebliche Verbesserung des Steueraufkommens aus, trotzdem ist das nicht für eine Konsolidierung genutzt worden. Wenn ich das sagen würde, würden Sie sagen, das ist wieder typisch die LINKE, aber das ist original die Mahnung des Rechnungshofs. Der Rechnungshof hat auf strukturelle Probleme des Haushalts hingewiesen und eine umfassende Aufgabenkritik, eingebunden in eine langfristige Reformstrategie, angemahnt. Das sind die Punkte, die wir für die nächste Legislaturperiode brauchen. Wir brauchen unbedingt – sonst sind wir nachher auch gar nicht mehr handlungsfähig – eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. Das ist meines Erachtens unstrittig.

Sie werden es mir nachsehen, dass ich dazu ein paar andere Überlegungen habe als Sie. Bei der Gewerbesteuer falle ich natürlich tot um, wenn Sie die abschaffen wollen.

(Wolfgang Beuß CDU: Na, dann mal los!)

Ich glaube, dass wir in der Tat Ausgabenprobleme haben. Aufgabenkritik, wie der Rechnungshof das nennt, muss sein, man kann umsteuern. Ich will jetzt gar nicht weiter aufzählen, was die Kollegen gemacht haben. Für meine Fraktion ist aber wichtig, dass wir auch ein Einnahmeproblem haben. Der Steuervollzug ist nicht in Ordnung; da kann einiges verbessert werden. Ich will Sie jetzt nicht mit den Zahlen nerven, aber Gleichheit vor dem Gesetz ist ein ganz wichtiger Grundsatz der Demokratie und den müssen wir auch im Steuerrecht umsetzen, sonst steht es wirklich schlecht um die Glaubwürdigkeit.

Beim letzten Punkt liegen wir natürlich völlig auseinander. Wir verfolgen bestimmte Ideen zur Verbesserung der Einnahmesituation.

(Barbara Ahrons CDU: Vermögensteuer!)

– Natürlich, mit der Vermögensteuer, ist doch völlig klar, Frau Ahrons.

Insofern sind das drei Ebenen: Erstens Umsteuern in Richtung sparsamer Haushaltsführung, nicht "nice to have", sondern nur das Notwendige machen, zweitens die Verbesserung der Einnahme-

praxis, man könnte in diesem Zusammenhang auch noch einiges über Gebühren sagen, und drittens müssen wir in dieser Republik grundsätzlich zu einer anderen Besteuerung kommen. Ich hoffe, dass wir aus dem jetzigen Bericht heraus den Abgeordneten der nächsten Legislaturperiode einiges mit auf den Weg geben können, damit sie an den Themen, bei denen wir mit einigen Kollegen Ärger hatten, weiterarbeiten können. – Ich danke.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD:* Ich muss doch noch einen Satz loswerden. Ich finde es schön und gut, wenn wir sagen, das sei eine wichtige Arbeit, die der Rechnungshof macht, dass sich das Verwaltungshandeln verbessern und dass das Parlament sein Budgetrecht wahrnehmen müsse. Aber wenn man das ernst meint, dann muss man, wenn der Rechnungshof konkret wird, die Dinge auch entsprechend umsetzen, und da fehlt es. Das ist jedenfalls meine Wahrnehmung im Haushaltsausschuss.

Da wird die HafenCity Universität geplant und der Rechnungshof sagt uns Punkt für Punkt, so geht das nicht. An der Stelle hätte ich erwartet, dass alle Fraktionen dann sagen, jetzt nehmen wir das auch einmal ernst in dem, was wir praktisch tun. Da gab es ein ganz böses Erwachen, denn plötzlich wurde der Rechnungshof in einer unangemessenen Art und Weise angegriffen. Und die HafenCity Universität ist genauso teuer gebaut worden, wie sie nicht hätte sein müssen.

(Wolfgang Beuß CDU: Sie ist noch gar nicht gebaut!)

– Aber sie ist gegründet worden und Sie von der CDU-Fraktion haben nicht gesagt, wie wichtig es sei, hier auf eine solide Haushalts- und Wirtschaftsführung zu achten. Das gehört auch dazu, wenn man über solche Arbeit redet und das ernst nimmt.

Deswegen habe ich auch noch einmal den Sonderbericht "Kostenstabiles Bauen" zitiert, wonach in der Tat über all die Jahre immer wieder Punkte gefunden wurden, die nicht in Ordnung waren. Aber die Entwicklungen – sehen Sie sich den Sonderbericht bitte noch einmal an – in den letzten beiden Jahren waren dramatisch. Deswegen habe ich vorgerechnet, dass 60 Prozent dieser Planungsmängel in den letzten beiden Jahren aufgetreten sind. Das ist deutlich schlechter geworden und darauf kommt es an. Das ist die Intention der Arbeit des Rechnungshofs, die Punkte zu kritisieren, damit sich die Dinge besser entwickeln. Das ist in den letzten zwei bis drei Jahren grundsätzlich

(Dr. Peter Tschentscher)

anders gewesen und das deckt sich auch mit der Wahrnehmung in Haushaltsausschuss. Wenn man die Behörden fragt, ob sie denn die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung gemacht hätten, dann ist plötzlich Sendepause oder es werden Alternativen dargestellt, die gar nicht zur Diskussion stehen. Deswegen muss man es auch umsetzen in Drucksachen und Behördenvorlagen, die dem gerecht werden, was der Rechnungshof sagt.

Letztlich ist das auch ein wichtiges Thema für die Zukunft, denn dort steckt ein enormes Potenzial an realisierbaren Minderausgaben, ohne dass wir in Hamburg schlechter zurecht kommen. Das sind Kostensteigerungen von 260 Millionen und darüber hinaus, die nicht nötig gewesen wären. Das ist gut eingespartes Geld, wenn das in Zukunft nicht mehr passiert.

Letztlich, Frau Ahrons, sanieren wir den Haushalt nicht, indem wir Regelungen in die Landeshaushaltsordnung schreiben, in der plötzlich zu lesen ist, dass ab 2013 die Stadt 0 Euro Schulden macht. Damit lösen wir die Haushaltsprobleme nicht, weder auf der Einnahme- noch auf der Ausgabenseite. Man muss auch danach handeln. Wie sieht denn die Finanzplanung dieses Senats für 2013 und 2014 aus? In der Finanzplanung dieses Senats, Ihrer CDU-Fraktion, Frau Ahrons, ist pro Jahr eine Nettoneuverschuldung in Höhe von 700 Millionen Euro vorgesehen. Das will ich Ihnen jetzt gar nicht vorwerfen, das hat etwas mit der wirtschaftlichen Entwicklung zu tun. Aber dann kann man mit der Landeshaushaltsordnung eben nicht so verfahren wie Sie es jetzt tun, indem Sie sagen, das bleibt alles so drin und keiner merkt es. Das passt nicht mit dem zusammen, was Sie aufschreiben, was Sie im Übrigen auch noch einmal ganz oben in Ihr Wahlprogramm schreiben, dass Sie nämlich ab 2013 keine Schulden machen würden. Wir kennen doch alle noch diese Finanzplanung von Schwarz-Grün, die ist nicht alt, lesen Sie das bitte nach. So lösen wir das nicht.

Wir haben ein wichtiges Ziel. Im Jahr 2020 gilt die Schuldenbremse des Grundgesetzes ohnehin, ob es uns gefällt oder nicht, und deswegen müssen wir sofort anfangen, das praktische Handeln der Behörden so zu ändern, wie es uns der Rechnungshof seit Jahren erklärt. Das ist unser Ziel und sind keine Wahlprogramme, in denen irgendwelche Schuldenbremsen in den Vordergrund gestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wir kommen zunächst zu den Empfehlungen des Haushaltsausschusses aus Teil A IV. seines Berichts.

Die unter den Ziffern 1 und 4 erbetenen Kenntnisnahmen sind erfolgt.

Wer, wie in den Ziffern 2. a) und 2. b) des Ausschussberichtes empfohlen, den dort aufgeführten Beanstandungen und Darlegungen des Rechnungshofs beitreten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Die in Ziffer 2. c) empfohlene Kenntnisnahme ist erfolgt.

Wer, wie unter Ziffer 3. a) empfohlen, die in der Haushaltsrechnung 2008 ausgewiesenen Überschreitungen genehmigen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit angenommen.

Hierzu bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Haus? – Den sehe ich nicht.

Damit haben wir die Abstimmung erledigt und ich möchte nun die Gelegenheit nutzen, dem Rechnungshof mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die von Ihnen geleistete Arbeit ausdrücklich unseren Dank auszusprechen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir kommen zum Punkt 11 der Tagesordnung, Drucksache 19/7999, der Großen Anfrage der CDU-Fraktion: E-Government in Hamburg.

[Große Anfrage der Fraktion der CDU: E-Government in Hamburg – Drs 19/7999 –]

Wird das Wort gewünscht? – Herr Stemmann, bitte.

Hjalmar Stemmann CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! E-Government ist ein Thema, das immer sehr theoretisch und IT-lastig klingt und mit dem man als Otto Normalverbraucher irgendwie meint, nicht so richtig etwas anfangen zu können. Das aber stimmt nicht, denn tatsächlich ist E-Government eine spannende Angelegenheit, die uns alle – Bürger, Unternehmen, Politik und Verwaltung – begeistern könnte.

(Christiane Schneider *DIE LINKE*: Ihre Kollegen sind aber nicht begeistert!)

Im Prinzip geht es um Bürokratieabbau, ein Begriff, den viele für wesentlich sympathischer und vor allem dringend notwendig erachten.

(Hjalmar Stemann)

Der CDU-geführte Senat hat aus dem E-Government in Hamburg eine richtige Erfolgsgeschichte für die Hansestadt gemacht. Moderne Verwaltung und Dienstleistung am Bürger und für die Wirtschaft sind die Prämissen, an denen die CDU ihre E-Government-Strategie ausrichtet und anhand derer die Ziele, Projekte und Aufgaben bestimmt werden. Es geht darum, das Verwaltungshandeln modern, kundenfreundlich, transparent und effizient zu machen.

Dabei geht es um ganz einfache Vorgänge, zum Beispiel: Muss ich jedes Mal, wenn ich ein Auto anmelde, in die Zulassungsstelle und mich da in verschiedenen Schlangen anstellen oder kann ich das auch im Internet erledigen? Ein anderes Beispiel: Muss ich als Unternehmer mein Gewerbe irgendwo vor Ort anmelden oder kann ich das auch online erledigen? Muss ich für die Einsichtnahme in Bebauungspläne auf ein Amt rennen oder werden mir diese kostengünstig und einfach im Internet zur Verfügung gestellt? Und nicht zuletzt auch: Muss ich mir irgendwo in einem Behörden-Finder eine Rufnummer herausuchen oder gibt es eine zentrale Rufnummer, mit der ich alle Behörden auf einen Schlag erreiche?

Für diese Fragen hat die CDU in den vergangenen Jahren Lösungen entwickelt. Hamburg ist bei diesem Thema bundesweit Spitzenreiter. Hamburgs Projekte werden in anderen Bundesländern kopiert und gewinnen am laufenden Band Preise. Da kann ich nur sagen: Herzlichen Glückwunsch, Hamburg. Herzlichen Glückwunsch an den Initiator CDU

(Jan Quast SPD: Nun klatscht doch mal!)

und vielen Dank an die Mitarbeiter, die an dieser Mammutaufgabe mitarbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Für die Zukunft hat sich der Senat drei Ziele gesetzt: durch IT-Unterstützung die Verfahrensabläufe weiter effizient und wirtschaftlich zu gestalten, dies so kostengünstig wie möglich und mit ganz klarem Blick auf die Bedürfnisse der Kunden. Dies deckt sich mit den Wünschen der Wirtschaft. Die Behörde für Wirtschaft und Arbeit hat zusammen mit der Handelskammer im September 2010 eine Umfrage durchgeführt, um die Anliegen der Wirtschaft im Hinblick auf eine Verbesserung des E-Government-Angebots der Stadt zu ermitteln. Gefragt wurde dabei: Wie intensiv nutzen Unternehmen welche Online-Angebote, wie bewerten sie deren Nutzerfreundlichkeit und welche Angebote wünschen sich die Unternehmen? Die Antworten haben Erfreuliches ergeben.

Erstens: Mehr als die Hälfte der Befragten nutzt das städtische E-Government-Angebot regelmäßig. Der Online-Kontakt ist insgesamt die zweithäufigste Kontaktform zwischen Hamburger Unternehmen und der Verwaltung. Aber elektronische Verwaltungsverfahren sind bislang wenig

durchgesetzt. Besser angenommen werden die Online-Informationsangebote der Stadt für Unternehmen, die für die Nutzungszahlen wesentlich verantwortlich sind.

Zweitens: Knapp die Hälfte der Befragten sieht im E-Government einen effektiven Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung. Aber über 20 Prozent der Unternehmen können leider nicht richtig beurteilen, ob sie davon auch profitieren und viele kennen die Angebote noch nicht.

Drittens: Eine deutliche Mehrheit der Befragten wünscht sich transparente und noch mehr E-Government-Angebote. Die Mehrheit der Unternehmen verspricht sich davon niedrigere Bürokratiekosten. Diese Antworten zeigen, dass die Unternehmen sich nutzerfreundliche Angebote wünschen, die zudem stärker bekannt gemacht werden müssen.

Meine Damen und Herren! Hamburg ist auf diesem Sektor gut aufgestellt und beispielgebend für die gesamte Bundesrepublik. Wenn wir es schaffen dranzubleiben, die Strategie für eine moderne Verwaltung weiterzuverfolgen, Angebote mit und für den Kunden zu entwickeln und diese darüber hinaus landes- und bundesweit zu bewerben, dann werden wir unseren Spitzenplatz auch zukünftig halten. Hamburg kann und sollte beim Zukunftsthema E-Government eine Führungsrolle auch unter den europäischen Metropolen anstreben. Für die Akzeptanz brauchen wir aber sicherlich einen eingängigeren Begriff. Das ist unser Wunsch und unser Ziel. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Schäfer.

Dr. Martin Schäfer SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Stemann, wenn das das ganze Ziel ist, das Sie verfolgen, dann verstehe ich nicht, warum Sie solchen Aufwand betreiben und weshalb wir diese geschwätzige und langweilige Große Anfrage debattieren müssen. Beim Lesen schien mir, dass in diesem Text vonseiten des Senats dargestellt wurde, wie gut er bei eigentlich völlig selbstverständlichen Dingen ist, bei Dingen nämlich, die vom technischen Fortschritt, insbesondere im Bereich IT, ausgehen und dass er dann auf die Idee kommt, dass man das auch in der Verwaltung anwenden könnte. Dem schließen wir uns voll und ganz an. Man sollte diesen technischen Fortschritt in der Tat umsetzen und in der Verwaltung zum Wohle von Wirtschaft, Bürgern und allen, die mit Verwaltung zu tun haben, anwenden. Warum man das auf zehn Seiten aufschreiben muss, ist mir ein Rätsel.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

(Dr. Martin Schäfer)

Wenn man sich trotzdem die Antworten genauer anschaut, insbesondere die weitschweifige, mehrere Seiten lange Antwort auf die erste Frage, die Sie gestellt haben, und in der Sie fragen, welche inhaltlichen und zeitlichen Ziele sich die Freie und Hansestadt im Bereich E-Government setzt, dann muss man feststellen, dass ganz viele Behörden aufgeführt sind, beginnend mit dem Personalamt über fast alle Behörden und endend mit den Bezirksämtern. Dann fragt man sich, warum genau eine Behörde nicht dabei ist: die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, diejenige Behörde, die gerade ein 112 Millionen Euro schweres Vorhaben namens JUS-IT eingebracht hat, das im Bereich der Jugendämter etwas erreichen soll, was an sich richtig und gut ist. Für 112 Millionen Euro sollen 1850 Arbeitsplätze eingerichtet oder umgerüstet werden, das macht 50 000 Euro pro Arbeitsplatz.

Ich habe heute Morgen einen Kollegen gefragt, der mit solchen Dingen bei uns zu tun hat, was er anfangen würde, wenn ihm pro Arbeitsplatz, den er einzurichten und zu organisieren hat, 50 000 Euro zur Verfügung stünden. Der wurde erst einmal kurz gelb vor Neid, hat dann kurz nachgedacht und meinte, dass er so viel Geld nicht ausgeben können würde.

In der Zwischenzeit gab es noch eine Expertenanhörung dazu. Dort meinte jemand – das konnte man gestern in "Der Welt" auch noch nachlesen –, dass 112 Millionen Euro nicht reichen würden, es sei mit dem zwei- bis dreifachen zu rechnen.

(Kersten Artus DIE LINKE: Ja!)

Was jetzt stimmt, sei dahingestellt. Warum man aber in einer Großen Anfrage, die Sie stellen, genau in der Zeit die einzige interessante Sache verschweigt, das bleibt mir ein Rätsel und das möchte ich aufgeklärt wissen. Kommen Sie noch einmal hierher und sagen Sie, warum genau das verschwiegen wird.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Müller.

Farid Müller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Von der etwas techniklastigen Antwort des Senats bewegt sich meine Rede ein bisschen mehr Richtung Mensch. Wir sind uns alle einig, dass IT-Government, dieses verenglichte Deutschwort, die Unterstützung des Regierungshandelns durch Technik, durchs Internet, grundsätzlich eine gute Sache ist. Mein Eindruck ist aber, dass bei der Realisierung der verschiedensten Projekte immer mehr die Techniker die weiteren strategischen Planungen vorantreiben und es oft wenig Nachdenken darüber gibt, wie eigentlich die Kundinnen und Kunden, also die Hamburgerin-

nen und Hamburger, mit dieser doch teils inzwischen sehr komplizierten Technik zurechtkommen.

Wir sehen zunehmend eine große Skepsis und auch Sorge bei vielen Menschen, ob das auch sicher ist, und auch eine Hemmschwelle, sich auf komplizierte Verfahren Richtung Internet und Online-Service bei der Stadt einzulassen. Das trifft insbesondere natürlich ältere Menschen in dieser Stadt, aber auch bildungsarme Schichten und alle, die es eher schwer haben, sich mit dem Internet auseinanderzusetzen. Auch beim neuen digitalen Personalausweis ist es keine Frage der Bildung und des Einkommens. Auch dort gibt es sehr viel Skepsis, ob man diesen eigentlich beantragen sollte, abgesehen von den Kosten, die inzwischen auch enorm sind.

Wir müssen bei IT-Government die Perspektive Mensch mehr im Mittelpunkt sehen und abseits der internen Organisation der Verwaltung auch überlegen – weil wir diverse Projekte auf den Weg bringen, im Kfz-Bereich, bei der Steuererklärung et cetera –, wie wir nicht nur den gut informierten, den in puncto Internet schon sehr erfahrenen Teil der Gesellschaft bedienen, sondern wie diejenigen Menschen bei dieser ganzen Technisierung der Verwaltung mitgenommen werden können, die damit ein Problem oder zunehmend auch Sorge haben, was mit ihren Daten passiert und wie sicher das eigentlich alles ist. Das ist der eine Punkt, den wir als Abgeordnete nicht aus dem Blick verlieren sollten.

Der andere Bereich, zu dem ich gern etwas sagen würde, ist in den Senatsantworten nur kurz angerissen. Es ist das Thema "Green IT", also schon wieder so ein englisches Wort, das übersetzt ökologischer Einsatz von IT-Technik heißt. Das ist auch bei der CeBIT immer wieder ein Riesenthema, wo die Hallen immer größer werden. Das hat nicht nur damit zu tun, dass viele ökologisch denken, sondern auch etwas mit Kosten. Wie Sie wissen, brauchen Rechenzentren inzwischen massiv Energie, um die Server zu kühlen. Diverse Rechenzentren würden sich gern in Hamburg ansiedeln, allerdings sind die Flächen sehr teuer, weil sie so große Flächen brauchen. Ein Anbieter hatte sich einmal bei mir gemeldet, der sich, weil es in Hamburg angeblich keine Flächen gab, an die Stadt Norderstedt wenden musste, wo die Flächen etwas günstiger waren als in Hamburg. Es scheiterte aber trotzdem, weil man zwar die Flächen hatte, aber nicht die Stromkabel, die die Mengen von Strom hätten transportieren können, um dieses Rechenzentrum zu bekühlen. Man mag sich das gar nicht vorstellen: Das Rechenzentrum hätte mehr Strom gebraucht als die gesamte Stadt Norderstedt.

Green IT ist ein großes Thema, insbesondere aus ökologischer Sicht und aus Kosteneffizienz-Gründen. Das ist in der Senatsantwort angerissen,

(Farid Müller)

kommt aber viel zu kurz. Wir sollten uns mit Data-port noch einmal sehr genau anschauen, was da zurzeit eigentlich gemacht wird. Es ist in unserem Interesse, als Umwelthauptstadt Europas auch Flagge zu zeigen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Von Begeisterung kann ich nicht so richtig etwas erkennen; der Raum ist doch ganz schön leer.

(Antje Möller GAL: Stille Freude!)

Trotzdem wünschten wir uns, der Senat würde ein einziges Mal auch nur halb so ausführlich auf kritische Fragen antworten wie auf diese Große Anfrage, die sich wie ein Auftragswerk liest. Weit interessanter als das, was der Senat ausführt, ist das, was er nicht ausführt und was er deshalb auch erst gar nicht gefragt wird.

Grundsätzlich hält die LINKE ein barrierefreies E-Government für einen sinnvollen Weg zur bürgerorientierten Dienstleistungsverwaltung. Sinn und Zweck ist es, Behördenabläufe effizienter und wirtschaftlicher zu gestalten und eine zeitgemäße Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern auf der einen und Politik und Verwaltung auf der anderen Seite zu ermöglichen. Ein weiterer für uns wichtiger Punkt ist, dass sie die Teilnahme breiter Bevölkerungskreise an politischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen öffentlicher Angelegenheiten fördert. Grundsätzlich spricht deshalb nichts dagegen, die E-Government-Infrastruktur auszubauen und vor allem auch auf eine kundenfreundliche Weise auszubauen. Hier kommt es dann allerdings maßgeblich darauf an, dass niemand ausgeschlossen wird.

Tatsächlich können nicht alle an dieser neuen Kommunikation teilnehmen. Ende 2009 verfügten bundesweit circa 73 Prozent der Haushalte über einen Internetzugang; in der Metropole Hamburg dürfte der Ausstattungsgrad sicher höher liegen. Trotzdem sind viele Menschen noch ausgeschlossen, vor allem Ärmere und Ältere. Als einen Schritt, dieses Problem, das immer mehr auch ein Demokratieproblem wird, zu lösen, halten wir ein breites Netz öffentlich zugänglicher, kostenloser Internetanschlüsse für notwendig. Interessiert hätte im Zusammenhang mit E-Government ebenfalls – und das gehört zu den Dingen, die leider gar nicht gefragt werden –, inwieweit die Angebote für Menschen mit Einschränkungen barrierefrei sind. Inwiefern genügen die Angebote den Anforderungen der Einwanderungsgesellschaft und der Notwendigkeit der interkulturellen Öffnung der Verwaltung, wieweit tragen sie diesen Rechnung? Werden die

Verständnis- und Verständigungsbarrieren abgebaut? Gibt es mehrsprachige Angebote wie zum Beispiel bei den Online-Eingaben?

Ein ganz zentraler Punkt, nach dem bemerkenswerterweise ebenfalls nicht gefragt wird, ist der Datenschutz – was der Senat dankbar aufgreift, indem er auch nichts dazu sagt. Das halten wir für sehr bedenklich, weil jede Art von Missbrauch durch fortgeschrittene Technik eventuell sehr massiv Persönlichkeitsrechte verletzt. Im 21. Tätigkeitsbericht hatte der Hamburgische Datenschutzbeauftragte unter anderem angemahnt, dass die Technik dem Recht folgen müsse und nicht umgekehrt. Die konkret dort benannten Probleme wurden zwar bearbeitet und im Wesentlichen auch behoben, doch ist die Umsetzung dieses Grundsatzes "Die Technik folgt dem Recht" kein abschließbarer Prozess.

Im 22. Tätigkeitsbericht, also dem letzten, weist der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit darauf hin, dass das inzwischen gestartete Projekt "Hamburger Informationsmanagement" noch nicht abschließend datenschutzrechtlich abgestimmt sei. Der Datenschutzbeauftragte regte eine grundsätzliche Regelung durch ein E-Government-Gesetz an; aber auch hier verkneifen sich die Fragesteller jede Frage und der Senat jede Aussage. Auf die konkreten datenschutzrechtlichen Probleme möchte ich an dieser Stelle im Einzelnen nicht weiter eingehen. Diese werden wir in der nächsten Legislaturperiode im Unterausschuss Datenschutz ausführlich und kritisch erörtern.

Über einen Punkt gehen die Große Anfrage und die Antwort großzügig hinweg. Die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder hatten im Oktober 2009 gefordert, dass auch Landesdatenschutzbeauftragte in den IT-Planungsrat einbezogen werden, der auf der Grundlage eines Staatsvertrags als neues Steuerungsgremium der Bund-Länder-Zusammenarbeit im April 2010 seine Arbeit aufgenommen hat. Diese informationstechnische Kooperation von Bundes- und Landesbehörden betrifft zunehmend die Verarbeitung personenbezogener Daten, die durch technische und organisatorische Maßnahmen vor Missbrauch zu schützen sind. Der Planungsrat muss die Persönlichkeitsrechte, insbesondere das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, strengstens beachten. Für Entscheidungen in grundrechtssensiblen Fragestellungen muss auch der IT-Planungsrat die Zuständigkeit der Parlamente in Bund und Ländern berücksichtigen. Die im Staatsvertrag vorgesehene vorrangige Verwendung bestehender Marktstandards darf, so sagen es die Datenschützer, nicht dazu führen, dass Verfahren ohne angemessenen Datenschutz beschlossen werden. Deshalb fordern sie die Einbeziehung nicht nur des Datenschutzbeauftragten des Bundes, sondern auch der Länder. Der Unterausschuss Datenschutz der Bürgerschaft

(Christiane Schneider)

hat sich diese Forderung zu eigen gemacht, leider ohne Ergebnis. Es ist mehr als ärgerlich und in gewisser Weise auch ziemlich bezeichnend, dass CDU-Fragesteller und CDU-Senat die sensible Problematik des Datenschutzes einfach übergehen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Martin Schäfer SPD*)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus Drucksache 19/7999 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zu Punkt 28, Drucksache 19/8135, Senatsmitteilung: Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 1. Juni 2010 "Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen".

[Senatsmitteilung:

Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 1. Juni 2010 "Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen" (Drucksache 19/6356)

– Drs 19/8135 –]

Frau Koop, Sie bekommen das Wort.

Karen Koop CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Welch ein gefülltes Auditorium, aber wir haben ja auch ein Frauenthema.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Das war es beim letzten auch schon!)

– Ja, wir kennen das eigentlich schon.

Der neue Opferschutzbericht, den wir vorgelegt bekommen haben, trägt zwar den Titel "Gewalt gegen Frauen", aber er beschäftigt sich im Grunde genommen mit dem Phänomen Gewalt in seiner ganzen Bandbreite, wie wir es in unserer Gesellschaft antreffen, und das ist auch richtig so. Gewalt ist ein aufregendes Thema, aufregend auf der einen Seite, weil es uns immer wieder aufregt, dass den Möglichkeiten, andere Menschen zu beherrschen und sie zu drangsalieren, immer noch genügend Raum in unserer Gesellschaft gegeben wird. Es begleitet uns nicht nur durch diese Legislaturperiode, sondern ist ein immerwährendes Thema, das wir sicherlich auch in den nächsten Legislaturperioden noch nicht loswerden.

Die Bekämpfung der Gewalt hat für uns einen hohen Stellenwert. Das zeigt sich auch darin, dass wir diese Bereiche immer sehr ernsthaft diskutieren. Unsere Regierung hat eine Fülle an Maßnahmen auf den Weg gebracht und wir haben, wenn wir hier gestritten haben, weniger um die Wichtigkeit des Themas gestritten als um den Weg oder die Gewichtung, die wir einzelnen Bereichen ge-

ben. Wir haben aber als Parlament nicht nur betroffen zu reagieren, sondern die Verpflichtung, ein Grundrecht umzusetzen. Dieses Grundrecht ist in unserer Verfassung in Artikel 2 festgelegt und garantiert die Unverletzlichkeit der Person. Dies ist jenseits aller Betroffenheitslarmoyanz, die manchmal an den Tag gelegt wird, ein Grundrecht. Und wer gegen dieses Grundrecht verstößt, der macht sich strafbar. Er begeht Verfassungsbruch und – das ist etwas, was nicht deutlich genug herausgestellt werden kann – es ist ein Verbrechen, jemand anderem Gewalt anzutun.

(Beifall bei der CDU, der GAL und der LINKEN)

Kein kulturelles Umfeld, kein Elternrecht und schon gar nicht das fehlgeleitete Selbstverständnis mancher Partner kann dieses Recht abschwächen oder gar relativieren. Wer ein anderes Rechtsverständnis hat und es höher einschätzt, wer auf anderen Rechtsvorschriften beharrt und seien sie auch religiös vorgeschrieben, der begeht Verfassungsbruch und damit ein Verbrechen. Gewaltausübung ist kein Kavaliersdelikt, keine Begleiterscheinung unter Alkoholeinfluss. Das ist etwas, was ich nie begriffen habe. Ich darf nicht in das richterliche Ermessen eingreifen, aber warum Alkoholeinsatz strafmildernd anstatt strafverschärfend wirken kann – denn jeder von uns weiß, dass Alkohol enthemmt –, ist mir unerfindlich. Aber die Rechtsprechung ist frei.

(Zuruf von *Arno Münster SPD*)

– Ich begreife es nicht und ich verstehe auch nicht, warum wir nicht dazu kommen, dort endlich einmal, vielleicht auch über die Gesetzgebung, Einfluss zu nehmen.

Auch die Begeisterung, die bei der Gewaltausübung im Zusammenhang mit Sportveranstaltungen an den Tag gelegt wird, ist keineswegs entschuldigend oder verständlich. Und schon gar nicht ist Gewaltanwendung bei manchen Mannbarkeitsriten ein notwendiges Übel. Diese waren in meiner Jugend noch mit ganz bestimmten Regeln verbunden, heute wird einfach aufeinander eingeschlagen. Das Schlimmste, was ich einmal erlebt habe, war jemand, der einen Button "Keine Gewalt" mit einem Strich durch trug und gerade auf einen seiner Klassenkameraden einprügelte. Das sind gedankliche Bereiche, in denen wir noch eine ganze Menge zu tun haben.

Eine sehr treffende Formulierung zur Gewalt lautet: Gewalt ist immer dann im Spiel, wenn jemand einem anderen mit Absicht etwas antut, was dieser andere nicht will. Das ist eine ganz schlichte Formulierung und die ist in allen Bereichen anzuwenden: Familie, Schule, Beruf, Sport, Parlament, wo immer wir das finden wollen. Unsere Aufgabe ist es aber nicht nur, Gewaltausbrüche mit gesetzgeberischem Handeln zu verhindern, sondern wir

(Karen Koop)

müssen gemeinsam als Gesellschaft die Taten und die Täter ächten und das geschieht noch viel zu wenig. Es reicht nicht, immer nur das Opfer im Blick zu haben, ihm zu helfen und dann zu Präventivmaßnahmen zu kommen.

Ich habe anfangs gesagt, dass Gewalt ein aufregendes Thema sei und es regt mich – und Sie sicherlich auch – immer noch auf, dass man mit diesem Verhalten eingeschüchtert werden kann, dass unterdrückt wird, dass gedemütigt wird. Wir müssen uns alle fragen, warum wir Gewalt eigentlich erst zur Kenntnis nehmen, wenn sie extrem wird, wenn sie im Fernsehen erscheint, wenn sie in den Zeitungen steht. Ein Polizeibeamter hat mir einmal gesagt, dass es ihm bei dieser stillen alltäglichen, strukturellen Gewalt vorkäme, als würde er in einem völlig abgedunkelten Raum unbestimmter Größe mit einer Taschenlampe einmal eben ein bisschen leuchten. Das würde das Ausmaß der bekannt gewordenen Gewalt etwa charakterisieren. Dieses Dunkelfeld ist unendlich groß und wir können nur über eine systematische Ächtung dieses Verhaltens das ein bisschen abbauen.

Gewalt ist ein aufregendes Thema, auch aufregend im Sinne von anregend, denn offensichtlich geht immer noch eine ungeheure Faszination von der Anwendung der Gewalt aus, von Regelbrechen, von Kraftmeiern, von Leuten, die sich mit Schlägermaßnahmen gebärden. Unsere Medien sind voller Schauergeschichten. Der tägliche Mord und Totschlag findet bei uns im Fernsehen statt und lässt bei vielen den Schluss zu, dass es eigentlich alltäglich sei, zwar nicht so unbedingt bei ihnen persönlich, aber um die Ecke, und deswegen ist es an sich tolerierbar.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Mir sagte jemand, Krimis wären die Märchen der Neuzeit. Wenn man in die Märchen der Altzeit schaut, dann sollten sie helfen, in bedränglichen Situationen an das Gute und an die Lösung zu glauben.

(Antje Möller GAL: Aber brutal waren die auch!)

– Brutal waren die Märchen auch, das stimmt, Frau Möller.

Es gibt Krimis – ich bin selbst ein Fan von bestimmten Krimisorten –, aber wenn ich mir anschau, mit welcher Brutalität heute im Fernsehen diese Fälle gezeigt und aufgearbeitet werden, dann kann man eigentlich nur noch abschalten. Indem wir das nicht tun, indem wir fasziniert davor sitzen, leisten wir dem Vorschub, was wir eigentlich bekämpfen wollen. Nun bin ich kein Psychologe, sondern Historikerin und kann natürlich nur sagen, dass es kein Phänomen unserer Zeit ist. Jede Zeit hatte ihr Gewaltphänomen. Das beginnt in der Höhlenmalerei, gucken Sie einmal hin, was da für

Szenen abgebildet sind. Es geht über die Gladiatorenbewegung im alten Rom bis zur Kriegerromantik im Mittelalter und letztendlich zur überzeichneten Heldenverehrung der letzten Weltkriege bis in unsere heutige Zeit.

Wenn Sie sich diese abartigen Berichterstattungen über Verehrer und Fans von Vergewaltigern und Mördern anschauen, dann weiß ich nicht, was wir in der Beziehung noch tun können. Gewalt fasziniert und wer Gewalt ausübt, beherrscht andere, und das nicht nur physisch. Gestatten Sie mir eine persönliche Bemerkung: Ich kann nicht begreifen, was so faszinierend daran sein soll, wenn zwei Leute aufeinander einschlagen, auch wenn sie gepolsterte Handschuhe tragen, und sich gegenseitig bis zur Bewusstlosigkeit die Lippe oder das Gesicht blutig schlagen. Es mag sein, dass manche Leute das für einen Sport halten. Für mich ist es nur ein fehlgeleitetes Beispiel für eine ganze Gruppierung testosterongebauter junger Leute, die meinen, dass sie sich auf diese Art und Weise Nachdruck verschaffen können.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Frauenboxen!)

– Das ist auch blödsinnig, ich will das gar nicht eingrenzen.

Wer einmal Erfolg mit Schlagen gehabt hat, der wird es wiederholen. Darum sollten wir grundsätzlich einmal darüber nachdenken, statt Frauenhäuser Schlägerhäuser zu betreiben, in die die Schläger und die Täter abgesondert werden, damit die Familien in ihrem Umfeld bleiben können.

Wir haben uns in der Vergangenheit häufiger mit Teilbereichen des ganzen Gewaltspektrums beschäftigt, mit Gewalt gegen Frauen, Gewalt im sozialen Nahraum, Gewalt in der Öffentlichkeit, unter Jugendgruppen und so weiter. Aber erst in der ganzheitlichen Betrachtung, die dieser Opferbericht uns gibt, findet hier eine wirklich umfassende Zusammenstellung von Gewaltschutzmaßnahmen statt. Der Senat hat mit diesem Opferschutzbericht ein konzentriertes und konzentriertes Programm aufgelegt, das alle Kräfte bündelt. Die jeweilige Struktur, die wir vorfinden, geht immer nach demselben Schema vor. Es gibt einheitliche Standards, die im Umgang formuliert werden. Es gibt zielgruppenspezifische Handlungsfelder, Aufklärung und Sensibilisierungsmaßnahmen. Es gibt eine verbindliche Selbstverpflichtung zum Handeln und ein Schwerpunkt liegt auf der Prävention und der frühzeitigen Intervention. Es sind die Kritikpunkte aus den Anhörungen im Sozialausschuss eingeflossen und die oft geforderte Datenlage wird sich hoffentlich entscheidend verbessern, wenn standardisierte Dokumentationssysteme eingeführt werden und die Kommunikation unter den Behörden und auch mit den Nichtregierungsorganisationen verbessert wird. Last, not least werden die vereinbarten Zielvorgaben natürlich evaluiert und so ständig alle Strukturen und Prozesse im Ergebnis überprüft

(Karen Koop)

und angepasst. So wird in Zukunft hoffentlich wirkungsvoll stereotypen Handlungsweisen vorgebeugt und die Aufmerksamkeit für Veränderungsmöglichkeiten geschärft. Alles in allem ist es ein gelungenes Konzept, das die viele Arbeit, die in ihm steckt, wert ist. – Danke.

(Beifall bei der CDU und bei *Christiane Blömeke* und *Michael Gwosdz*, beide GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Dobusch.

Gabi Dobusch SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir debattieren hier eine Senatsmitteilung vom Dezember 2010, mit der der Senat nun endlich die lange erwartete Fortschreibung des Opferschutzplans und zugleich die Antwort auf ein Ersuchen der Bürgerschaft zum Thema Gewalt gegen Frauen vorlegt. Meine Fraktion hatte im Juni 2009 einen Antrag vorgelegt, in dem wir einen eigenständigen Landesaktionsplan Gewalt gegen Frauen gefordert haben. Wir haben in diesem Antrag eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht, wie die Wahrung des Menschenrechts auf ein Leben ohne Gewalt für Frauen in Hamburg besser durchgesetzt werden kann. Einige von diesen Vorschlägen finden sich jetzt in diesem Aktionsplan; darüber sind wir natürlich erfreut. Ich möchte auch den Hinweis auf den Wunsch nach einer Verbesserung der Datenlage, der Qualitätsentwicklung und der Täterarbeit hervorheben; das ist alles sehr lobenswert, doch ich komme auch gleich auf das Aber zu sprechen.

Unsere Vorschläge waren vom Juni 2009. Seither lagen sie auf dem Tisch und seither hat der Senat uns immer wieder hingehalten. Ich erlaube mir, Sie beispielsweise an eine Sitzung des Sozialausschusses Ende 2009 oder Anfang 2010 zu erinnern, in der die Senatsseite um Zustimmung für eine kleine Verschiebung des Themas gebeten hatte. Sie wollten das Thema erst ungefähr drei Monate später behandeln, also im März oder April, weil die lange überfällige Aktualisierung des Opferschutzplans angeblich kurz bevorstehe und es daher wünschenswert wäre, unseren Antrag auf einen Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen erst danach, quasi auf Folie dieses dann aktualisierten Landesaktionsplans, zu diskutieren und auf die Tagesordnung zu nehmen. Ich habe mich damals unter der Bedingung darauf eingelassen, dass der Opferschutzplan vor dem 8. März, dem Internationalen Tag der Frauen, vorgelegt wird, weil es mir unzumutbar erschien, die Frauen noch weiter zu vertrösten. Die Behördenvertreterinnen und -vertreter – ich habe das noch einmal nachgelesen – signalisierten damals auch Zustimmung, dass das zu schaffen sei. Nun ist der 8. März 2010 verstrichen, ohne dass von Senatsseite irgendetwas vorgelegt worden wäre. Sie werden also meine doch mäßige Begeisterung verste-

hen, dass im Dezember 2010 auf den allerletzten Drücker diese Aktualisierung des Landesaktionsplans Opferschutz, der tatsächlich noch aus dem Jahr 2007 stammt, vorgestellt wurde, quasi mit einem Jahr Verspätung – das sehe ich doch richtig? –, denn ich vermute nicht, dass den Vertretern des Senats damals schon bekannt war, dass der 8. März 2010 gar keine realistische Option war.

Man könnte jetzt glauben, was lange währt, wird endlich gut. Wir waren also einigermaßen gespannt auf das Ergebnis, aber Sie werden es schon vermuten. Die Aktualisierungen, die der Senat nun vorgestellt hat, sind aus unserer Sicht nicht ausreichend.

(*Olaf Ohlsen CDU: Tatsächlich?*)

Sie zeichnen sich durch die erstmalige Berücksichtigung neuer Opfergruppen und neuer Gewaltphänomene aus; Frau Koop hat bereits darauf hingewiesen. Es finden sich darin Abschnitte zur Gewalt in gleichgeschlechtlichen Beziehungen und auch die Gewalterfahrungen von Männern werden angesprochen. Als neue Gewaltphänomene werden zum Beispiel Hasskriminalität, Genitalverstümmelung bei Frauen und die Rolle des Internets angesprochen. Ich sage ausdrücklich, dass mir das gut gefallen hat. Ich sage aber genauso ausdrücklich, dass mich die vorgelegte Fortsetzung im Ganzen nicht überzeugt.

(*Rolf Harlinghausen CDU: Kleine Raupe Nimmersatt!*)

Das Aufzählen vielfältigster Gewaltphänomene wird den einzelnen Phänomenen nämlich nicht gerecht. Mit der Benennung von Problemen alleine ist es nicht getan. Wenn überhaupt konkrete Maßnahmen vorgeschlagen werden, dann werden diese erst jetzt, in diesem Quartal, angefasst oder es handelt sich um die beliebten Prüfaufträge, die dann irgendwann in ferner Zukunft umgesetzt werden sollen. Das kann es doch nicht sein.

(*Olaf Ohlsen CDU: Lieber spät als nie!*)

Ich komme noch einmal auf das Thema Gewalt gegen Frauen zurück. Auf Seite 6 dieses Landesaktionsplans wird ausdrücklich darauf verwiesen, dass im Fokus dieser Fortsetzung die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen stehen soll. Diesen Eindruck hatte ich nach der Lektüre des Landesaktionsplans nicht.

(Beifall bei *Kersten Artus* und *Mehmet Yildiz*, beide DIE LINKE)

Frau Koop, auch Ihrer Rede konnte man entnehmen, dass mittlerweile der Schwerpunkt auf ganz anderen Themen liegt und das Thema Gewalt gegen Frauen zu einem Randphänomen geworden ist. Das wird der Sache nicht gerecht. Ich möchte deshalb einfach noch einmal ein paar Fakten in Erinnerung rufen. Jede vierte Frau erlebt in ihrem Leben mindestens einmal Gewalt durch einen Leben-

(Gabi Dobusch)

spartner. Es handelt sich also bei Gewalt gegen Frauen nicht um ein Randphänomen, sondern um etwas, was sich inmitten unserer Gesellschaft abspielt und keineswegs nur ein Thema im Zusammenhang mit benachteiligten Gruppen ist. Die Folgekosten dieser von Männern ausgeübten Gewalt, ich möchte das ausdrücklich so noch einmal benennen, werden in der Bundesrepublik auf etwa 14,5 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt. Hierin enthalten sind dann etwa die Kosten für Justiz und Polizei, aber auch für ärztliche Behandlungen und Ausfallzeiten am Arbeitsplatz.

Angesichts dieser Zahlen möchte ich sagen, dass der hier vorgelegte Opferschutzplan unsere Vorstellungen eines wirksamen Schutzes von Frauen vor Gewalt nicht erfüllt. Das Thema Frauenhäuser, das in den letzten Monaten noch einmal eine unerfreuliche Aktualität gewonnen hat, wird zum Beispiel gar nicht weiter erwähnt. Diejenigen, die an der Anhörung teilgenommen haben, in der wir mit Expertinnen und Experten über die Situation in den Frauenhäusern in Hamburg, aber auch im Umland gesprochen haben, werden sich daran erinnern, dass wir alle mitgenommen haben, dass dringend etwas getan werden muss und dass das eine völlig unbefriedigende Situation für die Frauen ist. Über diese Tatsachen kann unseres Erachtens auch die Aufnahme neuer Problembereiche, so lobenswert das ist, nicht hinwegtrösten.

Ich möchte aber zum Schluss noch ein paar positive Fakten hervorheben. Ich habe mich natürlich gefreut, dass ab 2011 nun doch bei den Staatsanwaltschaften, wie in unserem Antrag gefordert, Sonderdezernate für häusliche Gewalt eingerichtet werden sollen. Das kommt spät, aber es ist außerordentlich erfreulich, dass dieses so entschieden wurde.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Schön, das ist doch gut!)

Unser Vorschlag zum Thema Workplace Policy, etwas, das in Berlin, wie wir in der Anhörung gehört haben, sehr erfolgreich durchgeführt wurde, ist in diesem Opferschutzplan erwähnt. Es gibt natürlich noch keine konkrete Planung, was wir bedauern, aber immerhin wurde es als Idee und Vorschlag aufgegriffen. Es freut mich persönlich auch ganz besonders, dass das Thema Menschenhandel gerade zum Zwecke der Ausbeutung der Arbeitskraft ebenfalls berücksichtigt wurde.

Mein last, not least, Frau Koop, lautet so: Ich hoffe, dass wir das Thema Gewalt gegen Frauen ab März mit dem nötigen Elan und auf der Grundlage neuer Mehrheiten dann endlich gezielter und wirkungsvoller angehen können. Bis dahin bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus DIE LINKE)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Lieven.

Claudius Lieven GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Koop, Frau Dobusch, dieser Landesaktionsplan Opferschutz ist, auch wenn Sie etwas länger darauf gewartet haben, ein wirklich sehr gutes und rundes Ergebnis geworden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Der Umstand, dass der Aktionsplan nicht, wie Sie es gefordert haben und wie auch in Ihrem Wahlprogramm jetzt zu lesen steht, nur auf Gewalt gegen Frauen ausgerichtet ist, sondern dass er auch die anderen möglichen Opfergruppen, Männer, Jungen und Mädchen, mit in den Blick nimmt, ist richtig. Er entspricht auch dem Ansatz und dem Gedanken von Gender Mainstreaming, das nicht herauszulösen, sondern im gesellschaftlichen Kontext zu betrachten. Auch Ereignisse der letzten Jahre – ich denke da an die Diskussion um Missbrauch, sei es in Bildungseinrichtungen, sei es im kirchlichen Umfeld – zeigen, dass man den Blick durchaus weit machen muss, dass auch gerade Jungen Opfer von Missbrauch sein können und dass es richtig ist, dass ein Landesaktionsplan das in seiner Gesamtheit berücksichtigt. Das stellt nicht in Abrede, dass Frauen häufiger Opfer von Gewalt werden als andere Gruppen. Sie haben richtig gesagt, dass ein Viertel aller Frauen gewalttätige Übergriffe in Partnerschaften erlebt. Über 85 Prozent der Opfer von Sexualdelikten sind Frauen. Das findet sich im Landesaktionsplan auch eindeutig wieder und der Großteil der Maßnahmen geht in diese Richtung.

Frau Dobusch, wenn Sie sagen, Sie würden zwar vieles im Einzelnen wiederfinden und auch der Ansatz sei richtig, aber Sie könnten dem insgesamt doch noch nicht viel abgewinnen, dann verstehe ich das nicht. In Ihrem Wahlprogramm gibt es ein kleines Kapitel zum Thema Landesaktionsplan. Das Sonderdezernat, das Sie da fordern, ist mit Jahresbeginn 2011 eingerichtet worden. Auch die Workplace Policy findet sich darin. Das ist ein neuer Ansatz für Hamburg und dementsprechend ist er noch nicht endlos weit ausgeführt, aber man wird sich diesem neuen Ansatz jetzt auch stellen. Die interkulturellen Gewaltberatungsstellen sind vorhanden. Die Mittel dafür sind um 185 000 Euro auf 275 000 Euro aufgestockt worden. Im Grunde genommen sind Ihre Forderungen doch mit diesem Landesaktionsplan bereits weitestgehend abgearbeitet worden, und ich finde, das könnte man dann auch so sehen und sagen.

Dieser Landesaktionsplan ist nicht nur dreimal so umfangreich wie der Landesaktionsplan von 2007, er ist auch wirklich um einiges gehaltvoller. Er beschreibt und analysiert Gewalt im sozialen Nahraum und im öffentlichen Raum und bildet Maßnahmen zur Prävention und Intervention ab. Der

(Claudius Lieven)

Schwerpunkt der nächsten Jahre wird auf die Bekämpfung der Gewalt im sozialen Nahraum gelegt, auf die Gewalt in Paarbeziehungen, auf das Thema Zwangsheirat – wie Sie richtig dargestellt haben, ist das jetzt neu aufgenommen worden –, auf Gewalt gegen junge volljährige Frauen und Männer, auch gerade aus traditionell patriarchalischen Familien, auf Genitalverstümmelung, Menschenhandel, Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen, Gewalt gegen Ältere und in der Pflege – das ist auch ein Aspekt, der bisher wenig berücksichtigt wurde – und die sexualisierte Gewalt, die besonders Kinder und Jugendliche in den Fokus rückt. Das sind die Handlungsfelder des Aktionsplans, der erst einmal bis 2013 gelten wird, und wir freuen uns, dass er jetzt noch fertig wird. Eine Ausschussüberweisung wäre hier nicht hilfreich, sondern er soll dann durch Kenntnisnahme auch zügig wirksam werden.

Zentral ist bei der Fortschreibung der Blick auf die Prävention. Die Expertenanhörung im Sozialausschuss hat gezeigt, wie wichtig eine stärkere Einbeziehung des Gesundheitswesens ist, um schneller intervenieren zu können. Zur besseren Prävention und früheren Intervention soll die Kooperation mit den Akteuren im Gesundheitssystem durch Fortbildung und auch durch Überarbeitung des Leitfadens "Häusliche Gewalt" der Ärztekammer verbessert werden.

Im dritten Teil des Landesaktionsplans geht es unter anderem um spezielle Gewaltphänomene wie Hasskriminalität und Rechtsextremismus. Opfer rechtsextremer und rassistischer Übergriffe treten bisher in den Hamburger Opferberatungsstellen kaum in Erscheinung, es gibt dort ein sehr großes Dunkelfeld. Hier hat die Arbeitsstelle Vielfalt gerade mit einer Erhebung des Feldes begonnen und es ist uns sehr daran gelegen, dass wir dieses auch stärker sichtbar machen, weil es häufig extrem traumatisierende Gewalterfahrungen für die Betroffenen sind und wir ein stärkeres öffentliches Augenmerk darauf bekommen müssen.

Ein weiterer Punkt ist mir im Kontext Schutz vor Gewalt wichtig, und zwar das Thema Frauenhäuser. Wir hatten eine Anhörung im Sozialausschuss, bei der deutlich wurde, dass die Situation in den Hamburger Frauenhäusern und auch im Umland kritisch ist und die Frauenhäuser stark überlaufen sind, was vor allen Dingen auch damit zu tun hat, dass die Frauen keine Wohnungen im Anschluss an ihre Zeit im Frauenhaus finden. Der Aufenthalt dort soll eine kurze Zeit sein, aber das kann nur dann gelingen, wenn es eine Möglichkeit gibt, auch auf dem Wohnungsmarkt an Wohnungen zu kommen. Das ist in Hamburg momentan nur sehr eingeschränkt möglich und hier sehen wir ein Problem. Vielleicht es sinnvoll, uns ein Berliner Haus als Vorbild zu nehmen, in dem den Frauen eine mittlere Zeitperspektive von drei Jahren für die Klärung ihrer Berufsperspektive und die Sicherstellung

eines eigenständigen Erwerbs angeboten wird und auch die Vermittlung in Wohnraum erfolgen kann, denn der entscheidende Punkt ist letztlich, die Anschlusssituation an die Zeit im Frauenhaus zu verbessern.

Gerade ist auch die erste Bilanz der Notunterkunft für junge Migrantinnen mit Namen Zuflucht bekannt geworden. Über 54 Mädchen, junge Migrantinnen im Alter von 14 bis 21 Jahren, die aus ihren Familien geflüchtet sind, haben in der Zeit von Oktober 2009 bis September 2010 dort Zuflucht gefunden. Viele sind wieder zurück in ihre Familien gegangen, auch weil sie keine Anschlussperspektive hatten. Diese Einrichtung bietet Unterkünfte nur für einen Zeitraum von sechs bis acht Wochen und hier brauchen wir dringend die sogenannte zweite Wohnstufe, damit die jungen Frauen nicht in die Situation geraten, in ein unerträgliches Familienumfeld zurückgehen zu müssen. Nach Auskunft der Einrichtung haben über 160 junge Zuwanderinnen dort im vergangenen Jahr um Aufnahme ersucht. 54 sind dann tatsächlich da gewesen, aber diese Einrichtung fährt quasi schon im ersten Jahr ihres Bestehens offensichtlich an der Kapazitätsgrenze. Das macht für uns deutlich, dass wir hier offensichtlich noch Handlungsbedarf haben, dass der Ansatz zwar richtig ist, wir aber dort noch stärker darauf schauen müssen, diese wichtigen Hilfeeinrichtungen so auszurichten, dass sie auch gut funktionieren können.

Meine Damen und Herren! Auf Initiative der GAL hat die Hamburgische Bürgerschaft Ende 2010 einstimmig beschlossen, die Europäische Charta zur Gleichstellung der Frau zu unterzeichnen. Die Charta fordert die Erarbeitung und Umsetzung eines Gleichstellungsaktionsplans innerhalb von zwei Jahren. Artikel 22 dieser Charta sieht vor, sich mit dem Thema geschlechterspezifische Gewalt auseinanderzusetzen. Es bietet sich daher aus unserer Sicht an, nicht nur mit der Implementierung von Frauenförderung und Gender Mainstreaming im Kontext dieses Aktionsplans zu arbeiten, sondern auch den in Artikel 22 formulierten Maßgaben zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt weiter nachzugehen. Damit haben wir quasi ein Anschlussregime, mit dem wir weiter an der Verbesserung der Interventionsmöglichkeiten und unserer Aktivitäten hinsichtlich der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, Minoritäten und Menschen insgesamt arbeiten können.

In diesem Sinne freuen wir uns, dass der Senat es noch geschafft hat, den Aktionsplan vorzulegen, und wir diese Aufgabe, die von der Bürgerschaft ersucht worden war, damit zum Abschluss bringen können. Ich würde mich freuen, wenn das hier auch breite Würdigung findet. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt dann Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Von Beginn an hat sich DIE LINKE dafür eingesetzt, dass der Gewalt gegen Frauen ein besonderes Augenmerk zuteil wird. Der Senat hatte aber von vornherein abgeblockt und eine der größten Gesundheitsgefährdungen von Frauen unter das Stichwort Opferschutz summiert. Nun hat er eine Fortschreibung des Landesaktionsplans Opferschutz vorgelegt. Die Ursachen von Gewalt gegen Frauen werden darin ziemlich deutlich dargelegt und ich möchte sie hier noch einmal verkürzt wiedergeben. Jüngere Frauen und Frauen im mittleren Alter sind überproportional betroffen. Wer als Kind körperliche, sexuelle und psychische Gewalt erlebte, selbst wenn sie weitgehend zwischen den Eltern stattfand, ist später doppelt so häufig von Gewalt betroffen als Mädchen und Frauen, die in einem gewaltfreien Umfeld aufwachsen durften. Schwere Formen von Gewalt und schwere Misshandlungen werden gezielt eingesetzt, um traditionelle Geschlechterrollen aufrechtzuerhalten und ihre Auflösung oder Veränderung zu behindern. Überproportional findet häusliche Gewalt dort statt, wo es wenig Einkommen, keine Erwerbstätigkeit und einen geringen Bildungsgrad gibt. Frauen, die sich trennen wollen oder sich getrennt haben, haben ein besonders hohes Risiko, angegriffen, bedroht, misshandelt oder getötet zu werden. Erste Gewaltanwendungen erleben Frauen oft in der Schwangerschaft und nach der Geburt des ersten Kindes. Isoliert lebende Frauen sind auch sehr gefährdet, Opfer von Gewalt zu werden, weil sie sich aufgrund fehlender sozialer Einbindungen nicht aus Gewaltbeziehungen befreien können. Wenn es zu Übergriffen kommt, stehen sechs von zehn Männern unter Alkoholeinfluss.

Das grobe Fazit, das sich aus der Ursachendarstellung ableiten lässt, lautet: Gewalt findet statt, um Macht und Kontrolle über Frauen auszuüben. Sie findet statt, wo Familien und Paare ausweglose und frustrierende Lebensbedingungen haben. Gewalt findet statt, wo Menschen gedemütigt wurden und werden und wo kein anderes Konfliktlösungsmuster erlernt und erlebt wurde. Ältere Frauen sind genauso betroffen wie Frauen mit Studium. Der Migrationshintergrund, verehrte Abgeordnete, spielt im Übrigen keine Rolle bei den Ausmaßen von Gewalt. Auch bei der Genitalverstümmelung und bei der Zwangsheirat geht es vornehmlich darum, die weibliche Sexualität und die Persönlichkeit des Mädchens beziehungsweise der Frau zu kontrollieren.

Bei den Hilfen und bei der Prävention gegen häusliche Gewalt gilt es, die unterschiedlichen Betroffenenengruppen zu berücksichtigen. Hier finden wir in Hamburg durchaus eine Vielfalt von Angeboten.

Nur lassen die sich alle auf einen Punkt reduzieren: Sie reichen nicht aus. Es fehlt an Geld und an Personal. Es fehlt an ausreichender Fortbildung, vor allem bei der Polizei. Die Beamtinnen und Beamten sind häufig die ersten, die den Kontakt bekommen. DIE LINKE ist der Meinung, dass in der Art und Weise, wie unsere Polizei sensibilisiert ist, Frauen zu schützen, gewalttätige Männer sofort aus dem Umfeld der Opfer zu entfernen und umgehend Hilfsangebote zu machen, ein Schlüssel zu schneller konkreter Hilfe liegt. Und das ist noch nicht in erforderlichem Umfang geschehen.

Was nützt ein Landesaktionsplan Opferschutz, wenn wir überfüllte Frauenhäuser haben, und die haben wir. Dann werden die Frauenhäuser in Wedel und Lübeck auch noch geschlossen und die Frauenhäuser in Ahrensburg und Schwarzenbek zusammengelegt. Aber einen Antrag von uns LINKEN dazu haben GAL und CDU am 11. November letzten Jahres abgelehnt. Was stand Schlimmes darin? Gar nichts Schlimmes, es hätte nicht einmal Geld gekostet, ihn anzunehmen. Der Senat sollte mit den anderen Landesregierungen Kontakt aufnehmen, vor allem mit dem Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein. Es sollte geprüft werden, wie sichergestellt werden kann, dass es schnell genug Plätze in Frauenhäusern gibt. Was nutzt aber nun dieser ganze Landesaktionsplan, wenn konkrete schnelle Hilfe nicht einmal geprüft wird und nicht einmal Gespräche mit einer Landesregierung geführt werden, die 14 Prozent ihrer Frauenhausplätze mit dem Argument wegekürzt, dass diese vornehmlich von Frauen aus Hamburg eingenommen werden. Es klafft eine große Glaubwürdigkeitslücke zwischen dem, was der Senat veröffentlicht, und dem, was er tut. Dieses doppelbödige Verhalten stößt auf unsere schärfste Kritik.

(Frank Schira CDU: Das musste ja mal gesagt werden!)

Es sind zum Teil auch problematische Ansätze im Landesaktionsplan Opferschutz zu finden. So ist es zum Beispiel umstritten, welche Folgen die Strafverschärfung bei Genitalverstümmelung hat. Erfahrungen zeigen, dass aufgrund einer strafrechtlichen Verfolgung diese Praktik an immer jüngeren Mädchen durchgeführt wird oder dass Betroffene später die schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen geheim halten. Sie haben da ein Heft erstellt, dessen Inhalt leider nur sehr bedingt tauglich ist, um wenigstens erfolgreichen Opferschutz zu betreiben.

Es kann zudem auch nicht nur um Opferschutz gehen. Es muss eben darum gehen, dass der Mensch gar nicht erst zum Opfer wird. Das wird aber im Landesaktionsplan Opferschutz gänzlich außer acht gelassen und in dieser Frage trennen uns wirklich Welten. Wirksame Maßnahmen gegen die Ursachen von Gewalt wären zum Beispiel effektive Schritte zur Gleichstellung der Frau, Verhin-

(Kersten Artus)

derung von prekären Einkommen und Arbeitslosigkeit, Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen und ausreichend günstiger Wohnraum, aber auch bessere Hilfen gegen Alkoholsucht.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei einer richtigen Ursachenanalyse müssten Sie vieles von dem, wofür Sie sonst auch noch stehen, hinterfragen, vor allem Ihre halbherzigen Vorstellungen zur Verwirklichung der Gleichstellung der Frau oder Ihre eingeschränkten Maßnahmen zur Beendigung von Arbeitslosigkeit und Armut. Sie hätten ausreichend Gelegenheit gehabt. Zehn Jahre sind wirklich mehr als genug gewesen und Sie haben leider auch in dieser Sache versagt. Was wir brauchen, sind endlich wieder eine geschlechtsdifferenzierte Betrachtung von Ursachen und Auswirkungen von Gewalt und einschneidende Maßnahmen, um die Spaltung der Gesellschaft zwischen Arm und Reich sowie männlich und weiblich aufzuheben. Kurzum: Mehr Feminismus braucht die Stadt und mehr LINKE im Parlament.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Senator Wersich.

Zweiter Bürgermeister Dietrich Wersich: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Artus, vorwärts in die Vergangenheit, mehr fällt mir ehrlich gesagt zu Ihrem Beitrag nicht ein.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das hat aber jetzt kein Mensch verstanden! – Beifall bei Mehmet Yildiz DIE LINKE)

– Ich weiß nicht, wem Sie jetzt applaudieren, Herr Yildiz.

Jede Gewalttat im privaten wie im öffentlichen Raum zieht mindestens ein Opfer nach sich. Deshalb sind die erfolgreiche Bekämpfung der Kriminalität und der Rückgang der Straftaten der allerbeste Opferschutz.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Opfer brauchen unsere Solidarität, aber sie brauchen auch unser Handeln. Um das Leid der Opfer zu vermindern, müssen wir Gewaltformen frühzeitig erkennen und entschlossen einschreiten. Gerade für die Gewalt in Familien und unter Partnern gilt, dass sich Gewaltkreisläufe entwickeln können, die sich bis in die nächste Generation fortsetzen, und diese müssen wir durchbrechen, um Gewalt zu verhindern. In Hamburg haben wir in den vergangenen Jahren massive Fortschritte gemacht. Im Jahr 2007 wurde unter der CDU-Regierung in Hamburg erstmals überhaupt ein umfassender Landesaktionsplan Opferschutz aufgestellt. Dieser erste Hamburger Landesaktionsplan bündelte und verknüpfte sehr systematisch die Maßnahmen und

Aktivitäten zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, Männer und ihre Kinder im Bereich von Prävention und Intervention. Neben den polizeilichen und strafrechtlichen Maßnahmen standen insbesondere Hilfs- und Unterstützungsangebote für Migrantinnen und Migranten im Mittelpunkt, die im Kontext von Beziehungsgewalt, Zwangsheirat und Menschenhandel standen.

Aber der Landesaktionsplan beinhaltet auch Angebote für Kinder und Jugendliche, die indirekt und mittelbar von Beziehungsgewalt betroffen sind. Daneben haben wir in Qualifizierungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen investiert und die Kooperation und Vernetzung zwischen den staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren verbessert. Korrespondierend zu diesem ersten Landesaktionsplan wurde erstmals ein eigener Haushaltstitel für Opferschutz geschaffen, damals 3,1 Millionen Euro. 2010 lagen diese Ausgaben inklusive der gesetzlichen Opferentschädigung bereits bei 9,1 Millionen Euro.

Auch auf der Ebene der Verwaltung haben wir gehandelt, um den Opferschutz zu stärken. Die Leitstelle Integration und Zivilgesellschaft umfasst das eigens eingerichtete Referat Opferschutz. Dort werden die wichtigsten Aufgaben gebündelt und mit vielen anderen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren vernetzt. Neue Konzeptionen und Weiterentwicklungen des Opferschutzes gehören genauso zu seinen Aufgaben wie die wirkungsvolle Steuerung der Beratungs- und Schutzeinrichtungen für Gewaltopfer.

In den vergangenen Jahren haben wir über den Landesaktionsplan Opferschutz hinaus eine Vielzahl von gezielten Maßnahmen beschlossen und umgesetzt, um den Schutz für von Gewalt betroffene Frauen, Männer und Kinder zu verbessern. Ich nenne nur das Handlungskonzept 2006 zur Bekämpfung von Zwangsheiraten, das wir in einem europaweiten Projekt entwickelt und gestartet haben, das Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern, ebenfalls aus dem Jahr 2006, und das Handlungskonzept "Handeln gegen Jugendgewalt", dessen neun Säulen wir im vergangenen Jahr um die Säule Opferschutz ergänzt und das wir insgesamt weitergeschrieben haben. Gerade diese Woche habe ich außerdem gemeinsam mit dem Kollegen Vahldieck ein Zwölf-Maßnahmen-Paket verabschiedet, das das Ergebnis der Kommission gegen Gewalt im öffentlichen Raum ist und sich ebenfalls der Tätergruppe zwischen 21 und 30 Jahren zuwendet.

Meine Damen und Herren! Mit dem zweiten Landesaktionsplan Opferschutz haben wir wieder ein ganzheitliches Handlungskonzept zur Bekämpfung von Gewalt sowohl in den sozialen Nahräumen als auch in der Öffentlichkeit vorgelegt. Besonders herausheben möchte ich dabei den behördenübergreifenden Ansatz, denn er macht deutlich, dass

(Zweiter Bürgermeister Dietrich Wersich)

Opferschutz den gesamten Senat und alle Behörden betrifft. Der Landesaktionsplan erfindet den Opferschutz nicht neu, aber er setzt Akzente und bezieht sich auf Gewalt gegen Frauen, Männer und Kinder, Gewalt in unterschiedlichen Lebenskontexten und auf Gewaltprävention insgesamt. Wie Frau Koop und Herr Lieven schon ausgeführt haben, greift dieses Konzept auch aktuelle Fragestellungen auf. Ältere Frauen, Menschen mit Behinderungen und Frauen, die Opfer von Genitalverstümmelung geworden sind, werden ausdrücklich berücksichtigt. Deshalb wurde in das Handlungsprogramm auch ein Modul zur Prävention von Gewalt in Partnerschaften älterer Menschen aufgenommen, das wir im Rahmen des Bundesprogramms "Sicher leben im Alter" in Hamburg umsetzen. Auch neue Phänomene wie Gewalterfahrung im Internet werden aufgegriffen.

Frau Dobusch, der Gewaltbetroffenheit von Männern sowie Kindern und Jugendlichen wird stärker Rechnung getragen, ohne dass wir die Gewaltbetroffenheit von Frauen schmälern. Der Senat und die Fraktionen von CDU und GAL waren sich einig, nicht nur einen Aktionsplan entwickeln zu wollen, der sich ausschließlich der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen widmet. Das wäre zu kurz gesprungen und ich sehe auch überhaupt keine Veranlassung dazu, Männer und Kinder zu Opfern zweiter Klasse zu machen.

(Beifall bei der CDU und bei Antje Möller GAL)

Wer Opfer ernst nimmt und sie schützen will, darf sich keine noch so gut gemeinten Scheuklappen aufsetzen. Deshalb haben wir diesen umfassenden Landesaktionsplan vorgelegt, um allen von Gewalt betroffenen Menschen sowohl im sozialen Nahraum als auch im öffentlichen Raum gerecht zu werden. Ich kann die Kritik von CDU und GAL nur teilen, dass ein ausschließlich auf Frauen bezogener Opferschutzplan, wie ihn die SPD in ihrem Wahlprogramm fordert, ein deutlicher Rückschritt für Hamburg wäre.

(Beifall bei der CDU und bei Antje Möller GAL)

Ganz aktuell kann ich Ihnen noch mitteilen, dass meine Behörde in der letzten Woche eine Ausschreibung zur Einrichtung eines Wohnprojektes für von Zwangsheirat und familiärer Gewalt betroffene Frauen mit und ohne Migrationshintergrund gestartet hat. Dieses Wohnprojekt soll zwölf Plätze haben und sich gezielt an junge Frauen richten, die Opfer von interkulturellen Familienkonflikten geworden sind oder von Zwangsheirat bedroht wurden. Diese Frauen brauchen unsere Hilfe. Sie brauchen unsere Unterstützung, um sich eine neue Lebensperspektive aufzubauen, weil sie nicht in ihre alten Verhältnisse zurückkehren können.

Meine Damen und Herren! Sie sehen: Opferschutz ist uns ein Kernanliegen für ein soziales und sicheres Hamburg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 19/8135 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe auf den Punkt 47 der Tagesordnung, Drucksache 19/8253, Bericht des Sozialausschusses: Qualität der Pflege sichern – Pflegeheime in Hamburg wieder mit Heimärztinnen und Heimärzten ausstatten.

[Bericht des Sozialausschusses über die Drucksache 19/4276:

Qualität der Pflege sichern – Pflegeheime in Hamburg wieder mit Heimärztinnen und Heimärzten ausstatten (Antrag der Fraktion der SPD)

– Drs 19/8253 –]

Wird das Wort gewünscht? – Kollege Grund hat das Wort.

Uwe Grund SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Worum geht es? Es geht um mehr Lebensqualität in Hamburgs Pflegeheimen; über diesen Punkt sprechen wir heute Abend.

Ich möchte mit einem Zitat beginnen und bitte Sie um einen Moment Aufmerksamkeit.

"Der Senat wird ersucht, mit den Akteuren des 'Paktes für Prävention' unter Einbeziehung aller Selbstverwaltungspartner im Rahmen des für das Jahr 2011 geplanten Schwerpunktthemas 'Gesund alt werden in Hamburg' Qualitätsstandards und Strukturen zur Optimierung der gesundheitlichen Prävention in Hamburger Pflegeheimen zu entwickeln und Prozesse der Selbstverwaltung zur Verbesserung der medizinischen Versorgung anzuregen."

Das sind 52 Worte, ein Satz. Wie geht es Ihnen damit? Ich kann Ihnen sagen, wie es mir geht. Bei solchen Sätzen werde ich entweder müde oder misstrauisch; in diesem Fall trifft Letzteres zu.

Dieser Satz stammt aus einem Antrag von CDU und GAL, der nach der Anhörung gestellt wurde, um das Problem der heimärztlichen Versorgung in Hamburgs Pflegeheimen zu verbessern. Wir haben damals seitens der SPD-Fraktion konkrete Vorschläge gemacht, wie man das lösen könnte, und – noch viel besser – wir haben eine ganze Reihe von Sachverständigen gehört, die uns berichten

(Uwe Grund)

konnten, dass es in anderen Bundesländern und in anderen Ländern Europas exzellente Ergebnisse aus getesteten Verfahren gibt, und diese Erfahrungen haben Folgendes belegt: Erstens können wir viel besser werden, zweitens nimmt die Lebensqualität der Menschen zu und drittens kostet es auch noch weniger Geld, wenn man es gut macht. Also, haben wir gesagt, dann lasst es uns doch auch so machen.

Gemäß den Mehrheiten, die wir damals im Ausschuss hatten, sind diese 52 Worte dabei herausgekommen. Wenn man einmal analysiert, was hinter diesem Geschwafel steckt, dann heißt das eigentlich nichts anderes, als andere zu fragen, was wir vielleicht tun könnten. Das ist uns zu wenig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir wollten wenigstens klar formulieren, welche Erwartungen wir haben. Natürlich liegt viel Verantwortung bei den Pflegekassen und bei ihrer Selbstverwaltung, aber ich bin auch der Auffassung, dass Politik definieren muss, was sie will und was für die Menschen herauskommen soll. Wenn wir die ganze Verantwortung auf diejenigen übertragen, die die Kosten tragen, dann werden die Ergebnisse nicht immer befriedigend sein; das ist die logische Konsequenz.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir wollten deshalb Standards setzen und es ist schade, dass das nicht geschieht.

Nun wurde bei der letzten Debatte zu diesem Thema gefragt, wer denn die Heimärzte in Hamburg abgeschafft habe. Richtig ist, dass es Heimärzte in Hamburg gab, die zu einer Zeit abgeschafft wurden, als Sozialdemokraten an der Regierung waren. Das hatte aber mit der Einführung des Pflegegesetzes zu tun. Damals sind die Kosten für die Heimärzte voll der Stadt zulasten gefallen. Mit der Einführung des Pflegegesetzes war die Lage anders. Für die medizinische Versorgung, nicht nur für die Pflegeversorgung, waren die Krankenkassen zuständig. Man war der Meinung, das würde sich regeln. Wie sich herausstellt, hat es sich nicht gut geregelt, jedenfalls nicht hinreichend gut genug.

Ich will noch einmal auf das eigentliche Thema zurückkommen. Wir hatten Untersuchungen in Hamburg – also nicht irgendwo, sondern in unserer Stadt –, bei denen festgestellt wurde, dass die zahnmedizinische Versorgung und die Ernährungsversorgung älterer Menschen offenkundig nicht befriedigend sind. Es gab auch gute Entwicklungen, das stimmt. Die Dekubitusprophylaxe hat sich sehr gut entwickelt, es kommt seltener zu Liegegeschwüren. Insoweit ist da etwas passiert. Das ist auch den Pflegeeinrichtungen zu verdanken und dem Druck, der da gemacht worden ist und der Kontrolle, die durchgeführt worden ist. Wir sind

aber mit den Problemen noch nicht am Ende und deshalb fordert der Sozialausschuss, dass wir Standards setzen.

Heimärzte, das wissen wir jetzt, werden uns an vielen Punkten sehr helfen. Sie können beispielsweise mit der Medikamentenvergabe viel konsequenter, sparsamer und patientenunschädlicher umgehen als das ständig wechselnde medizinische Personal, das bei Notfällen in die Heime gerufen wird. Nach allen uns vorliegenden Untersuchungen könnten auch viele völlig überflüssige, belastende und zudem sehr teure Einweisungen in Krankenhäuser durch Heimärzte vermieden werden. In Berlin wurde nachgewiesen, dass die medizinischen Kosten der Krankenkassen durch den Einsatz von Heimärzten in 35 Pflegeheimen um 1,5 Millionen Euro reduziert werden konnten, und zwar innerhalb eines Jahres. Das ist doch ein Wort, finden Sie nicht auch?

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus DIE LINKE*)

Kurz gesagt: Eine freundliche Aufforderung "macht es besser" reicht in diesem Fall nicht aus, da muss Butter bei die Fische. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem Sie sich an der grammatikalisch-redaktionellen Form unseres Antrags abgearbeitet haben, möchte ich festhalten, dass die SPD das Thema Heimärzte im Grunde genommen mächtig aufplustert. Mir scheint, da steckt der Gedanke dahinter, im Wahlkampf noch einmal ein bisschen Wind zu machen, aber wenn ich mir die Reihen hier so anschau, glaube ich, dass sich die Außenwirkung sehr in Grenzen halten wird.

(*Ingo Egloff SPD:* Bei Ihnen vielleicht!)

Es lohnt sich auch nicht, diese Sache aufzubauen, weil es ihr nicht dienlich ist.

Herr Grund hat es ehrenwerterweise nicht verschwiegen, trotzdem will ich noch einmal daran erinnern: Die Heimärzte wurden in der 16. Legislaturperiode Ende der Neunzigerjahre von der SPD abgeschafft; das muss man zunächst einmal festhalten.

Die gesundheitliche Situation hat sich, das haben wir in einer anderen Anhörung gehört, in den letzten Jahren deutlich verbessert. Insbesondere das Wundliegen, Dekubitus, hat sich deutlich reduziert. Insofern können wir eine Verbesserung der Lage feststellen.

(Egbert von Frankenberg)

Manches von dem, was Sie gesagt haben, ist durchaus richtig, das sehen wir genauso. Weil wir an einer ernsthaften Debatte interessiert waren, haben wir Ihren Antrag seinerzeit an den Sozialausschuss überwiesen. Wir haben gemeinsam eine Expertenanhörung organisiert und es war eine gute Anhörung. In der Tat wurde Handlungsbedarf festgestellt, da sind wir gar nicht auseinander. Es gab aber auch unterschiedliche Ansichten bei Kassen und Ärzten. Dieser Konflikt ist lösbar, aber nicht so, wie es die SPD vorgeschlagen hat; das ist nicht der richtige Weg.

Jetzt sind uns die Neuwahlen dazwischen gekommen, denn ursprünglich wollten wir auch den Gesundheitsausschuss mit einbeziehen. Das war kein Vorschlag, um auf Zeit zu spielen, sondern er kam vom Vorsitzenden des Sozialausschusses, der sagte, wir könnten das alleine nicht stemmen. Durch das vorzeitige Ende der Legislaturperiode ging es nun darum, den Bericht schnell zu Ende zu schreiben, damit er das Parlament noch erreicht. Wir sollten aber trotzdem an einen Interessenausgleich denken, denn in der Problemanalyse waren wir durchaus nicht auseinander.

Bei den Lösungsansätzen gibt es allerdings unterschiedliche Ansätze. Der Ansatz der SPD ist, dass die Stadt es richten soll. Der Staat denkt, der Staat lenkt und er schreibt vor. Unser Ansatz ist ein Dialog zwischen den Beteiligten. Wir wollen, dass Kassen, Ärzte, Heime und Behörden gemeinsam an der Optimierung der gesundheitlichen Situation in den Hamburger Pflegeheimen arbeiten sollen. SPD und LINKE setzen auf mehr Staat, wir wollen aber die Erfahrungen und Kompetenzen der Beteiligten mit einbeziehen und setzen auf einen Dialog. Das ist ein unterschiedlicher Ansatz, aber ich denke, wir werden bei diesem Thema in der nächsten Zeit weiter vorankommen.

Es ist auch nicht so, dass sich nichts tut, ganz im Gegenteil. Senat und Behörde bemühen sich, den Dialog nach der Anhörung fortzuführen. Es ist ein konkretes Projekt in Planung, eine Zusammenarbeit zwischen der BSG und ARBUMA Consulting, der Firma, die für das Projektmanagement des Berliner Projekts verantwortlich war, das auch in der Anhörung eine Rolle gespielt hat.

Hier gibt es also viel Wirbel um nichts, denn eigentlich sind wir auf einem guten Weg. Den sollten wir auch gemeinsam weiter voranschreiten, dann kommen wir am besten voran.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt nun Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Grund, manchmal ist weniger mehr und manchmal schadet blinder Aktio-

nismus mehr, als er nützt. Das muss nicht in diesem Fall so sein, aber manches Mal ist es so.

Wir haben diesen Antrag bewusst so geschrieben. Ihren Forderungen konnten wir damals nicht zustimmen. Wir haben die Verantwortung erst einmal an den Pakt für Prävention delegiert und ich werde nachher auch begründen, warum wir das getan haben. Ich verstehe nicht, warum wir nun schon zum vierten Mal über dieses Thema sprechen. Wir haben das zweimal im Ausschuss behandelt, hatten eine Expertenanhörung, eine Senatsbefragung, haben ausführlich debattiert und festgestellt, dass wir viele Gemeinsamkeiten haben, aber an einigen Punkten nicht zusammenkommen.

Die Beratungen im Ausschuss haben gezeigt, dass zwischen den Fraktionen Einigkeit darüber besteht, dass es bei der medizinischen Versorgung in Pflegeheimen noch Luft nach oben gibt. Gerade im fachärztlichen und im zahnmedizinischen Bereich sind Verbesserungen dringend notwendig. Nach der Expertenanhörung sehen wir als GAL Verbesserungsbedarf bei der Kooperation und Kommunikation der beteiligten Akteure, der Behandlungskontinuität und der Dokumentation, vor allen Dingen aber bei der geriatrischen Versorgung der Pflegebedürftigen. Diese ist im europäischen Vergleich absolut unzureichend und es wurde besonders hervorgehoben, dass die meisten der behandelnden Ärzte – egal, auf welchem Weg sie in die Heime kommen – in diesem Bereich große Lücken aufweisen und man da mit Fortbildungen und dergleichen noch viel mehr machen müsse.

Die Anhörung zeigte aber auch, das haben wir eben schon gehört, dass es viele verschiedene Ansätze gibt, um die medizinische Versorgung in den Pflegeheimen zu verbessern. Das können vertraglich gebundene Hausärzte sein, aber auch Pflegenetze, wie es sie bereits in Bayern gibt, oder andere Möglichkeiten. Aus der Praxis kennen wir schon jetzt viele Heime, die mit Ärzten zusammenarbeiten, die in die Heime kommen und die Bewohner kontinuierlich behandeln. Diese Ärzte haben keine Verträge in dem Sinne, sind aber für die Pflegeheime zuständig und das ist auch gut so, weil so die Behandlungskontinuität gewahrt wird, die eben von Ihnen gefordert wurde.

Problematisch finden wir aber, und das war auch der Grund, warum wir dem Antrag der SPD nicht zustimmen konnten, das Konzept der angestellten Heimärzte, wie Sie es genannt haben. In Ihrem Petition geht es um Ärzte, die bei den Heimen wirklich speziell angestellt sind und keinen weiteren Arzt zulassen. Bei diesem Modell der SPD sehen wir die freie Arztwahl ganz stark gefährdet. Eine solche Einschränkung der Selbstbestimmung von Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern sehen wir mehr als kritisch und deswegen konnten wir Ihren Antrag damals nur ablehnen. Herr Grund, das war der Grund. In vielen anderen Punkten mögen

(Christiane Blömeke)

wir inhaltlich einer Meinung sein und wir können jetzt auch ein fünftes Mal darüber reden, aber an diesem Punkt werden wir uns nicht näherkommen.

Bei der Auswertung der Sachverständigenanhörung sind wir zu dem Ergebnis gekommen, den Selbstverwaltungspartnern nicht vorzugeben, wie die medizinische Versorgung in den Heimen verbessert werden soll. Wir wollen keine vorgefertigten Vorfestlegungen, die womöglich die Gespräche mit den Kassen oder der Kassenärztlichen Vereinigung unnötig erschweren, denn eines ist klar. Wir als Politik haben hier nur begrenzt Einfluss, maßgeblich verantwortlich ist letztendlich die Kassenärztliche Vereinigung, die entscheiden muss, wie sie die ärztliche Versorgung sicherstellt.

Das heißt im Umkehrschluss aber nicht, dass wir die Selbstverwaltungspartner oder den Senat nicht in die Pflicht nehmen oder sie aus ihrer Verantwortung entlassen, für Verbesserungen zu sorgen. Um es klar zu sagen: Wir glauben, dass auch der zukünftige Senat die Aufgabe hat, die Prozesse der Selbstverwaltung durch Gespräche anzuregen, und zwar nicht nur bei der Versorgung, sondern auch und gerade im Bereich der gesundheitlichen Prävention. Entscheidend für die Realisierung neuer Versorgungskonzepte ist und bleibt aber in erster Linie der Wille der Verhandlungs- und Vertragspartner im Rahmen der Selbstverwaltung, also die Kassenärztliche Vereinigung und die Krankenkassen, die wir an einen Tisch holen wollen. Im Pakt für Prävention sind neben der Behörde viele Organisationen vertreten und deshalb glauben wir, dass das der richtige Ort ist, um die medizinische Versorgung in den Heimen zu verbessern. Vonseiten der Politik können wir immer wieder Impulse und Anregungen geben und dazu beitragen, dass gute Konzepte gefunden werden. Aber eine Vorschrift, wie die SPD sie wünscht, mit angestellten Heimärzten, die die freie Arztwahl ausschließen, können wir nicht mittragen. Darum, Herr Grund, finden wir unseren Antrag gut und haben ihn auch gestellt.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Das hätte uns auch gewundert!)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! An diesem Bericht des Sozialausschusses wird sehr deutlich veranschaulicht, wie halbherzig und auch nachlässig der Senat in den letzten drei Jahren mit dem zunehmend bedeutender werdenden sozialpolitischen Thema der Pflege umgegangen ist. Die Reden von Herrn von Frankenberg und Frau Blömeke haben dies leider bestätigt.

Lesen Sie sich einmal genau durch, was CDU und GAL fordern, um die mangelhafte ärztliche Versorgung von stationär Gepflegten zu verbessern. Da wird es als eine vernünftige Maßnahme angesehen, wenn die Akteure und Akteurinnen des Paktes für Gesundheit sich im Laufe dieses Jahres zusammensetzen, um einmal darüber nachzudenken, wie alle Beteiligten an der Förderung der Gesundheit mitwirken könnten. Dabei liegen die Fakten auf dem Tisch. Täglich leiden Menschen darunter, dass sie nicht optimal ärztlich versorgt werden.

Die Ergebnisse der Studie von Herrn Professor Püschel über den Zustand der Zähne von über 80-jährigen Verstorbenen sind ein wesentliches Indiz dafür, wie die Lebensqualität dieser Menschen oftmals ausgesehen haben muss; der Kollege Uwe Grund hat darauf hingewiesen. Wir müssen davon ausgehen, dass ein Großteil der Menschen über 80 Jahren aufgrund nicht mehr vorhandener Zähne oder nicht vorhandenem oder nicht passendem Zahnersatz nicht mehr in der Lage war, Fleisch, Rohkost oder Vollkornbrot zu essen. Allein deswegen gibt es einen unmittelbaren Handlungsbedarf. Und wenn ich bedenke, dass sich Bürgerschaft und Sozialausschuss seit 15 Monaten mit diesem Thema befassen, ohne dass etwas Substantielles dabei herausgekommen ist, fehlen mir die Worte.

Worte finde ich aber dafür, dass GAL und CDU mit ihrer damaligen Mehrheit im Sozialausschuss durchgesetzt haben, dass es lediglich unbestimmte Anregungen geben soll, um etwas für die medizinisch unterversorgten Menschen in Hamburger Pflegeheimen zu tun. Natürlich spielen da Interessengegensätze eine Rolle. So sehen zum Beispiel die Hamburgische Pflegegesellschaft und die Krankenkassen keine strukturellen Probleme, haben aber in der Anhörung am 16. September auch zu Protokoll gegeben, dass sie zu wenig Daten aus den Pflegeheimen hätten, um genau sagen zu können, wo es eine Unterversorgung gibt. Die Kassenärztliche Vereinigung wiederum ist ungeachtet statistischer Ergebnisse schon dabei, ganz konkret Hilfe zu leisten, zum Beispiel durch mobile Ärzteteams. Das ist auch kostensparend – darauf wurde seitens der SPD schon hingewiesen –, weil dank dieser mobilen Ärzteteams die Notdienste weniger beansprucht werden und Krankenhauseinweisungen vermieden werden können. In Berlin, wo dieses Modell bereits praktiziert wird, konnten die Krankenhauseinweisungen um 50 Prozent gesenkt werden.

Haben Sie eigentlich schon einmal persönlich erlebt, was ein alter Mensch durchlebt, wenn er vom Pflegeheim in ein Krankenhaus überwiesen wird?

(*Wolfgang Beuß CDU*: Ja!)

Er glaubt doch fast immer, dass er nicht wieder zurückkommt. Die Angehörigen bekommen an ihrem Arbeitsplatz einen Anruf, dass ihr Vater oder ihre

(Kersten Artus)

Mutter ins Krankenhaus gekommen ist. Ich habe oft genug erlebt, was dann für Nöte ausbrechen.

(Wolfgang Beuß CDU: Da sind Sie nicht alleine!)

Glauben Sie nicht, dass die erwachsenen Kinder dann immer schnell frei bekommen, und so kommt es, dass diese alten Menschen so manches Mal stundenlang allein im Krankenhaus liegen müssen. Hinterher stellt sich dann heraus, dass eine Einweisung gar nicht nötig gewesen wäre, sondern nur kein Arzt greifbar gewesen ist.

Der Senat weiß noch nicht einmal, wie viele Notbeförderungen von Pflegeheimen in die Krankenhäuser erfolgen. Er weigert sich bis heute beharrlich, der Linksfraktion auf Kleine und Große Anfragen diese Auskünfte zu geben. So einfach ist das, wenn man ein Problem nicht sehen will. Experten kritisieren aber glaubwürdig, dass im Krankenhaustransportwesen eine unglaubliche Ressourcenvergeudung stattfindet.

Auch von Zahnärzten und Zahnärztinnen gibt es bereits konkrete Vorschläge, die einfach nur umgesetzt werden müssten. Da wäre zunächst eine Ergänzung in der Ausbildung von Pflegerinnen und Pflegern oder eine unterstützende Information für die Angehörigen, wie beispielsweise Prothesen richtig herausgenommen, gepflegt und wieder eingesetzt werden. Das kann nicht jede Altenpflegerin und jeder Altenpfleger, wie wir in der Anhörung erfahren haben. Es gibt das Angebot für eine solche Fortbildung, aber auf der Senatsbank wartet und wartet man. Den Menschen in den Pflegeheimen läuft aber die Zeit davon. Sie haben hier und jetzt ein Recht darauf, ihren letzten Lebensabschnitt in Würde und bei bestmöglicher Gesundheit zu erleben.

(Beifall bei Mehmet Yildiz DIE LINKE)

Der Vorteil von Heimärztinnen und Heimärzten liegt doch auf der Hand. Ich habe das an dieser Stelle bereits vor zwei Jahren vorgetragen und die Expertenanhörung am 16. September letzten Jahres hat das bestätigt. Heimärzte kennen ihre Bewohnerinnen und Bewohner umfassend. Sie können die Visite auch allein durchführen, kennen in der Regel die Pflegedokumentation und können ihre Patientinnen und Patienten auch kurzfristig aufsuchen. In der Vergangenheit gab es auch nie Probleme bei der Überweisung an Fachärzte wie Orthopäden, Gynäkologen, Urologen, Neurologen oder Psychiater.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Das Thema Pflege wird die Politik in der nächsten Zeit immer mehr und intensiver beschäftigen. Die Linksfraktion begrüßt das und würde es auch befürworten, wenn es bald wieder Heimärzte in den Pflegeheimen geben würde.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal eines ergänzen, weil ich das Gefühl habe, dass wir vielleicht aneinander vorbeireden.

Es gibt Heimärzte und Heimärztinnen, das habe ich auch eben schon gesagt. Ich kann das aus eigener Erfahrung sagen, weil das Heim, in dem meine Schwiegermutter lebt, mit einem Arzt zusammenarbeitet, der kontinuierlich die Bewohnerinnen und Bewohner besucht und diese gut kennt. Das ist überhaupt nicht das Thema, Frau Artus. Es steht jedem Heim frei, sich Ärzte heranzuholen.

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gumbel übernimmt den Vorsitz.)

Abgerechnet wird das auf dem normalen Weg über die Krankenkassen. Das heißt, der Arzt kommt ins Heim, behandelt seine Patienten und rechnet dann mit der Krankenkasse ab. Deswegen habe ich auch das Gefühl, dass es hier ein Missverständnis gibt. Dieser Arzt überweist natürlich auch zu Fachärzten. So ist meine Schwiegermutter auch zu vielen Fachärzten gekommen und ihr Heim ist kein Einzelfall, sondern es gibt viele Heime, die das ganz genauso machen und sich Ärzte aus der Umgebung suchen, die schnell kommen können und die Heimbewohner betreuen.

Der Unterschied zum Antrag der SPD-Fraktion ist aber, dass diese vertraglich gebundene Heimärzte fordert, und das ist etwas ganz anderes. Wenn die Heimärzte mit einem Heim kooperieren, dann steht es jedem Heimbewohner frei, sich einen anderen Arzt zu suchen, wenn ihm dieser Arzt nicht gefällt. Das geht bei vertraglich gebundenen Ärzten dann nicht mehr, das ist der Unterschied bei der Selbstbestimmung und diesen Schritt können wir nicht mitgehen.

Ich möchte auch nicht, dass das hier in ein völlig falsches Licht gerät. Wir haben gute Ärzte, die die Bewohnerinnen und Bewohner unserer Pflegeheime versorgen. Vielleicht fehlt ihnen manches Mal eine geriatrische Zusatzausbildung. Jedes Heim kann eine Kooperation mit Ärzten eingehen. Sehen Sie sich die Praxis an – vielleicht haben Sie pflegebedürftige Eltern und Schwiegereltern, dann wissen Sie das –, dann brauchen wir nicht die Panik zu schüren, dass es überhaupt keine Heimärzte gäbe; das ist einfach Unfug.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer sich der Empfehlung des Sozialausschusses anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das mit Mehrheit angenommen.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 32 auf, Drucksache 19/8314, Senatsmitteilung: Stellungnahme des Senats zu den Ersuchen der Bürgerschaft vom 23. April 2009 "Geschlechtsspezifische Arbeit mit Jungen Jungen in Hamburg stärken".

[Senatsmitteilung:

Stellungnahme des Senats zu den Ersuchen der Bürgerschaft vom 23. April 2009

"Geschlechtsspezifische Arbeit mit Jungen stärken" (Drucksache 19/2762) und

"Geschlechtsspezifische Arbeit mit Jungen in Hamburg stärken" (Drucksache 19/2879)

– Drs 19/8314 –]

Wird das Wort gewünscht? – Frau Blömeke, bitte.

Christiane Blömeke GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin es schon wieder – diesmal von den Älteren zu den Jüngeren, zu den Jungs.

Als wir vor vier Jahren als GAL eine Fachtagung zum Thema "Zwischen den Stühlen" gemacht haben, bei dem es um Jungs und ihre Rolle in der Gesellschaft ging, war das Thema Jungenarbeit noch ein echtes Nischenthema. Einige wenige engagierte Sozialpädagoginnen und Lehrer haben sich in dieser Zeit in Hamburg mit der Frage beschäftigt, wie man Jungen eine Vielfalt möglicher männlicher Lebensentwürfe vermitteln kann. Trotzdem war der Saal damals voll und viele Interessierte sind unserer Einladung gefolgt. Damit war das aber keine Einzelmaßnahme für uns, sondern auch weiterhin Schwerpunktthema. Wir haben das Thema Jungenarbeit immer weiterverfolgt und als wir eine Koalition mit der CDU eingingen, ist es uns gelungen, das Thema Jungenarbeit als einen eigenständigen Punkt in den Koalitionsvertrag aufzunehmen, um an diesem Thema weiterzuarbeiten.

Vier Jahre ist das jetzt her und es hat sich auch einiges getan. Kurz nach dem Zustandekommen der Koalition haben wir als GAL-Fraktion einen Antrag gestellt, der in vielen Punkten Jungenarbeit stärken sollte. Heute liegt uns nun die Antwort des Senats vor, das Ersuchen ist beantwortet und in vielen Bereichen sehen wir auch, dass sich etwas bewegt hat. Heute ging auch eine Pressemitteilung von Senator Wersich heraus, der nun sagt, dass wir ganz viel getan hätten. Ich behaupte an dieser Stelle, dass das alles nicht in Bewegung gekommen wäre, wenn die GAL nicht immer wieder vehemen-

ment und intensiv gebohrt und gesagt hätte, das Thema Jungenarbeit ist uns wichtig.

(Beifall bei der GAL – *Olaf Ohlsen* CDU: Ja, das ist wichtig!)

Wir haben einige Spiegelstriche aus diesem Antrag umgesetzt, die ich noch einmal erwähnen will. Unter anderem soll es einen Fachtag zur Jungenarbeit geben; das ist sehr gut. Wir haben in den Jugendhilfeausschüssen – das war damals sogar eine Initiative der SPD-Fraktion und eine sehr gute Zusammenarbeit – zusätzlich eine Person, die in der Jungenarbeit erfahren ist. Wir haben im Landesjugendhilfeausschuss eine zusätzliche Person und wir haben inzwischen viele gute Projekte in Hamburg, die sich mit dem Thema Jungenarbeit beschäftigen. An der Stelle möchte ich das Vorzeigeprojekt erwähnen, das neulich auch in der Zeitung stand: "Paten-t für Jungen". Das gibt es an der Gesamtschule Bergstedt und es ist einem sehr engagierten Lehrer dort zu verdanken, der wirklich viel auf die Beine stellt. Wir haben aber auch das Projekt "Soziale Jungs Hamburg" vom ASB, das die sozialen Kompetenzen sichtbar machen und vor allen Dingen das Spektrum der Berufe erweitern soll.

Zwischenzeitlich wurden – auch das ist die Initiative des GAL-Antrags – unter Beteiligung von Praktikern Leitlinien für eine geschlechterbewusste Jungenarbeit und Jungenpädagogik in der Kinder- und Jugendhilfe aufgestellt. Dies sind alles gute Schritte, die wir heute würdigen können, aber es war im Ganzen kein einfacher Prozess. Wenn man sich einmal überlegt, dass wir diesen Antrag im April 2009 gestellt haben und er jetzt, eindreiviertel Jahre später, beantwortet ist,

(*Christiane Schneider* DIE LINKE: Gemein!)

würde ich nicht unbedingt sagen, dass das Thema Jungenarbeit zu den obersten Prioritäten von Senator Wersich gehört hat. Immerhin können wir uns glücklich schätzen, dass es heute beantwortet worden ist.

Aber ein Punkt in diesem Antrag ist nach wie vor nicht umgesetzt und den hat der Senator leider auch heute in seiner Pressemitteilung verschwiegen; die positive Bilanz gilt also nicht für alle Bereiche. Bei der Vernetzung der Akteure im Bereich der Jugendhilfe sind wir nicht weiter vorangekommen und das ist schade. Die Einrichtung einer Stelle zur Beratung und Vernetzung in freier Trägerschaft ist bislang nicht gelungen. Die Sozialbehörde begründet die Nichteinrichtung dieser Stelle mit der Haushaltslage.

Meine Damen und Herren! Das Argument können wir überhaupt nicht akzeptieren. Es geht hier um eine einzige Stelle: eine Sozialpädagogenstelle oder auch eine andere. Erstaunlicherweise konnte nämlich im Landesinstitut für Lehrerfortbildung eine Stelle eingerichtet werden. Also wenn der Wille da

(Christiane Blömeke)

ist, dann würden wir auch einen Weg finden, über verschiedene andere Programme dort eine Stelle zu schaffen. Die Vernetzung in diesem Arbeitsfeld ist notwendig, um das von der Sozialbehörde angestoßene Fachgespräch und das Fachgespräch in der Öffentlichkeit zur Jungenpädagogik zu vernetzen und dies nicht nur von Ehrenamtlichen machen zu lassen. Ehrenamt ist gut und schön und in vielen Bereichen funktioniert es auch. Wir haben zum Beispiel in Altona eine gut funktionierende ehrenamtliche Jungenarbeit-Vernetzung. Aber es passiert in Hamburg ganz häufig, dass wir das Rad zweimal erfinden, dass der eine Bezirk nicht weiß, was der andere macht, weil eben eine Koordinierungsstelle fehlt. Und aus diesem Grund ist es uns ganz wichtig, dass wir eine verbindliche Einrichtung einer Stelle zur Vernetzung für Jungenarbeit haben.

(Beifall bei der GAL)

Dieses Ersuchen wurde sehr halbherzig umgesetzt und wir haben noch einiges daran zu arbeiten. Im Moment ist es zum Glück so, dass auch die öffentliche Aufmerksamkeit für Jungenarbeit etwas gestiegen ist, hauptsächlich nämlich, seitdem wir immer wieder erfahren, dass die Jungen auch die Bildungsverlierer sind; das Thema ist also wichtig. Nicht zuletzt hat zum Beispiel die Hamburger Herbststatistik erneut gezeigt, dass Mädchen in der Regel höher qualifizierte Bildungsabschlüsse erhalten als die Jungen. Umgekehrt überwiegen bei den Schulentlassungen aus der Haupt- und Realschule die Jungen. Das ist natürlich eine besorgniserregende Tendenz, die wir unbedingt stoppen wollen. Und dazu leistet die Jungenarbeit ihren Beitrag, nämlich die individuellen Lernprozesse von Jungen zu begleiten, sie anzunehmen, ihnen die Vielfalt der männlichen Entwicklung zu zeigen und sie vielleicht auch von dem Verhalten wegzubringen, was manchmal lernstörend wirken kann.

Wir haben am 26. Februar eine Fachtagung zu dem Thema und werden da sicher neue Impulse für die Jungenarbeit in Hamburg bekommen. Ich bin froh, dass diese Fachtagung jetzt endlich stattfindet. Die GAL-Fraktion wird weiter an diesem Thema bleiben und egal, wie immer der nächste Senat aussieht, das Thema Jungenarbeit wird uns alle weiterhin begleiten, weil wir es uns nicht leisten können, die Jungen beim Thema Bildung auf der Strecke zu lassen.

Und für diejenigen, die jetzt kritisch schauen und sagen, was macht denn die GAL da, was ist denn mit den Mädchen: Das Ganze läuft natürlich parallel. Wenn wir die Jungen fördern wollen, heißt das nicht, dass wir die geschlechtsspezifische Mädchenarbeit vernachlässigen. Nur haben wir uns jahrelang intensiv – und das war auch richtig so – um die Mädchenarbeit gekümmert und die Jungen dabei vernachlässigt. Und heute haben die Jungen zunehmend mehr Probleme, ihre Rolle in der Ge-

sellschaft zu finden. Wir als Politiker müssen durch geeignete Maßnahmen eingreifen, mit denen wir in dem Antrag schon angefangen haben, die aber noch nicht vollendet sind, weil die Sozialbehörde sie leider unzureichend umgesetzt hat. Ich hoffe aber, dass wir in Zukunft gemeinschaftlich an dem Thema weiterarbeiten können, um den Jungen zu helfen, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Dr. Föcking hat das Wort und ich möchte um etwas mehr Ruhe bitten. – Danke.

Dr. Friederike Föcking CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! An dieser Stelle muss die Notwendigkeit von geschlechtsspezifischer Arbeit mit Jungen nicht noch einmal dargelegt werden. Frau Blömeke hat es ausführlich dargelegt und wir haben das Thema auch seinerzeit bei der Verabschiedung des übrigens gemeinsamen Antrags von CDU und GAL ausführlich diskutiert. Es bestand schon damals grundsätzlich Einigkeit bei allen Fraktionen, dass die Stärkung dieser Arbeit notwendig ist.

Nach zwei Jahren ist jetzt Gelegenheit, eine erste Bilanz zu ziehen und alles in allem fällt diese Bilanz, die uns der Senat vorgelegt hat, doch sehr positiv aus. Jungenarbeit ist in Hamburg bereits eine feste Größe und wichtige weitere Maßnahmen sind in die Wege geleitet.

(Beifall bei der CDU)

Wer die heutige Drucksache übrigens ganz genau liest, wird feststellen, dass der Senat auch Forderungen der Opposition aufgenommen hat. So forderte die SPD eine Bestandsaufnahme und eine Bewertung der bisherigen Jungenarbeit. Die LINKE wollte das Thema nicht isoliert von der Mädchenarbeit sehen. Der Senat macht nun sehr deutlich, dass Jungenarbeit immer zwei Stoßrichtungen hat. Zum einen muss es Angebote speziell für Jungen in Jungengruppen geben, die von Männern geleitet werden, zum anderen geht es aber auch darum, in der gesamten Jugendpädagogik geschlechterbewusst zu arbeiten. Das bedeutet übersetzt, dass auch in koedukativen Gruppen in der Kita oder Schule die Fachkräfte für den unterschiedlichen Umgang mit Mädchen und Jungen geschult werden müssen. Für beide Richtungen sind die Voraussetzungen in Hamburg gut; in beide Richtungen wird weiter gearbeitet und fast alle Forderungen der Bürgerschaft sind bereits umgesetzt.

Die Hamburger Bildungsempfehlungen verpflichten die Kitas schon jetzt dazu, auch die geschlechtlich kulturellen Unterschiede der Kinder zu berücksichtigen und etwa beim Themenbereich Körper/Bewegung/Gesundheit die geschlechtliche Identitätsfindung zu unterstützen. Die Bildungsempfehlungen

(Dr. Friederike Föcking)

werden nun ohnehin überarbeitet und dabei sollen auch noch stärker Gesichtspunkte der geschlechterbewussten Pädagogik berücksichtigt werden. Viele Kitas bemühen sich außerdem darum, mehr männliche Erzieher und Honorarkräfte in die Arbeit mit den Kindern miteinzubeziehen, um in der weiblich dominierten Kita-Welt auch männliche Bezugspersonen für die Kinder zu finden.

Von den Jugendhäusern und weiteren Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit machten schon 2008 rund 60 Prozent, also fast zwei Drittel, spezielle Jungenarbeit. Es war also nicht so, dass wir bei dem GAL/CDU-Antrag ganz bei null angefangen haben. Das bot sich schon deshalb an, da auch fast 60 Prozent der Stammnutzer dieser Einrichtungen Jungen sind. Um diesen Bereich weiter zu fördern, hat die Sozialbehörde auch im letzten Jahr zahlreiche Fortbildungen angeboten.

Zwei weitere wichtige Bereiche sind die Themen Schule und Gewalt. Vielen Jungen fehlen heute männliche Vorbilder. In Kita, Schule und auch oft zu Hause begegnen sie vor allem Frauen. Da suchen sie sich ihre Vorbilder im Fernsehen und im Internet, wollen Fußballprofi werden, Gangsta-Rapper oder Superstar. Sicher, so gesehen ist das auch nichts unbedingt Neues. Vor vielen Generationen wollten Jungen dann eben wie Manfred von Richthofen werden oder später wie Uwe Seeler oder Franz Beckenbauer. Problematisch werden solche Träume erst, wenn niemand die Jungen und die jungen Männer auf den Boden ihrer Begabungen zurückholt, wenn sie sich nicht um eine Lehrstelle kümmern, Konflikte nur noch mit Gewalt austragen können und lieber bei "World of Warcraft" alle Feinde besiegen, in der Realität aber zu Bildungsverlierern werden.

(Beifall bei der CDU)

Auch wenn mittlerweile in der Forschung klar ist, dass Jungesein nicht automatisch bedeutet, auf der Bildungsverliererseite zu stehen, dass andere Faktoren wie soziale Herkunft und möglicherweise eine Migrationsgeschichte eine Rolle spielen, ist doch Tatsache – und das hat Christiane Blömeke schon gesagt –, dass zumindest auch in diesem Jahr wieder deutlich mehr Mädchen das Abitur gemacht haben als Jungen und dass bei den Jugendlichen, die überhaupt keinen Abschluss machen, die männlichen mit Migrationshintergrund deutlich überrepräsentiert sind.

Um nun die speziellen Stärken von Jungen besser in den Blick zu bekommen und diese zu fördern, muss sich auch beim Unterrichten in der Schule etwas ändern. Das Landesinstitut für Lehrerbildung bietet schon seit Längerem Fortbildungen an und entwickelt derzeit Kriterien zur Überprüfung der Qualität jungendpädagogischer Angebote. Nicht jede schulische Kochgruppe für Jungen ist schon per se förderungswürdig. Außerdem wird Ende Fe-

bruar, wie von der Bürgerschaft gewünscht, eine Fachtagung zu Jungenpädagogik stattfinden. Am Landesinstitut – auch das hat Frau Blömeke schon gesagt – wurde darüber hinaus eine halbe Stelle mit dem Schwerpunkt Jungenpädagogik besetzt, mit dem Ziel, ein Netzwerk zur Stärkung dieser Arbeit in den Schulen einzurichten.

Aber auch die Sozialbehörde – und das wurde noch nicht gesagt – hat eine Stelle mit dem Schwerpunkt Mädchen- und Jungenpädagogik eingerichtet. Damit ist zwar tatsächlich die gewünschte Vernetzungsstelle in freier Trägerschaft noch nicht umgesetzt, aber nicht aus prinzipiellen, sondern aus finanziellen Gründen. Gerade diese Stelle in der Sozialbehörde kann einen wesentlichen Beitrag zur Vernetzung leisten. Außerdem existieren in Hamburg auf regionaler und überregionaler Ebene engagierte Arbeitskreise für Jungenarbeit; insofern scheint mir dieser Aufschub vertretbar.

Umgesetzt ist hingegen die Forderung, dass der Landesjugendhilfeausschuss und die weiteren Ausschüsse mit entsprechend qualifizierten Personen aus der Jungenarbeit mitbesetzt werden und weiterhin liegen seit November die ebenfalls damals geforderten Leitlinien für die geschlechtsspezifische Arbeit in Kitas, Schulen und Einrichtungen der Jugendhilfe vor. Diese sollen den dort tätigen Fachkräften Orientierung bieten und die Jungenarbeit in Hamburg noch fester etablieren helfen. Dams nicht ausdrücklich gefordert, aber dringend erforderlich, ist auch das ganze Maßnahmenbündel zur Verhinderung von Jugendgewalt, die in den meisten Fällen eben doch Jungengewalt ist. Das Zehn-Säulen-Modell, das ich nicht mehr ausführlich darlegen muss, sieht unter anderem zahlreiche Formen von Anti-Aggressions-Trainings vor, von der Kita bis zur Volljährigkeit, und diese werden auch in erster Linie von Jungen und jungen Männern wahrgenommen.

Den Blick weg von dem Gewaltpotenzial mancher männlicher Jugendlicher hin zu den sozialen Kompetenzen lenkt schließlich seit Kurzem das Projekt "Soziale Jungs Hamburg". Jungen zwischen 13 und 16 Jahren können freiwillig und von Mentoren begleitet während der Unterrichtszeit in einer sozialen Einrichtung mithelfen, so an Stetigkeit und auch Selbstbewusstsein gewinnen und vielleicht feststellen, dass es außer Fußballprofi und Superstar noch weitere Berufsfelder gibt.

(Stephan Müller CDU: Politiker!)

Alles in allem ist nichts halbherzig gemacht, die erste Bilanz für die Jungenarbeit in Hamburg fällt positiv aus. Machen wir weiter so. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Eisold, Sie haben das Wort.

Gunnar Eisold SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Dr. Föcking, vielen Dank erst einmal für die Kurzzusammenfassung der Drucksache. Sie haben gesagt, alles sei umgesetzt, alles sei auf bestem Weg, es gäbe viele gute Einzelinitiativen in Hamburg. Das ist richtig, aber die werden im Wesentlichen nach wie vor im Freiwilligenbereich erbracht und sind nicht das Ergebnis des Senatshandelns und auch nicht das Ergebnis von CDU-Politik. Und das, was die GAL damit ursprünglich möglicherweise verbunden hat, sehen wir bei Weitem noch nicht so umgesetzt wie es nötig ist.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Blömeke GAL*)

Das Thema ist es auch wert, nicht nur als Freiwilligen- und Ehrenamtlichkeitsthema betrachtet zu werden, denn wenn man einmal hineinschaut, stellt man fest, dass da gewichtige Bereiche enthalten sind. Das Handeln gegen Jugendgewalt, das uns vielfach beschäftigt hat, wird genannt. Es geht darum, dass wir im Kern männliche Jugendliche haben, die auffällig werden, und Opfer, die es zu schützen gilt. Und dafür erwarten wir, dass der Senat sich mehr überlegt und mehr an konzeptionellen Vorstellungen macht, als hier dargelegt worden ist.

Ein zweiter Bereich ist das Bildungsversagen und es ist nicht übertrieben zu sagen, dass Bildungsversagen primär männlich ist. Dieses Problem beschäftigt uns auch an anderer Stelle und ich hätte mir gewünscht und erwartet, dass in dieser Drucksache dezidiert darauf eingegangen und gesagt wird, wie man mit diesem Problem, das mit großen Folgen für uns alle verbunden ist, umgehen will; das geschieht aber nicht.

(*Stephan Müller CDU: Rede zu Ende! Punkt! Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!*)

Wenn man sich die Drucksache durchliest, dann findet man viele Formulierungen, wo man drei-, viermal liest und sich überlegt, was das eigentlich bedeutet. Man kommt aber auch zu interessanten Punkten, um einmal den Bereich Schule aufzugreifen, der bereits genannt worden ist. Bildungsverlierer ist das Oberstichwort, aber in anderen Bereichen fallen auch andere Dinge auf. Jungen werden sehr viel häufiger später eingeschult als Mädchen; Frau Blömeke, das wissen Sie sicherlich auch, das steht auch in der Drucksache. Wir haben die Fallkonstellation, dass Jungen beim Übergang ins Gymnasium anders bewertet werden. Die Leistungen von Jungen werden tendenziell eher schlechter bewertet als die von Mädchen; das sind wichtige Hinweise, die es anzugehen gilt.

Einige Formulierungen in der Drucksache fallen da doch sehr ab und machen deutlich, dass eine Menge aufzuarbeiten ist. Zum Beispiel steht drin, dass es unklar sei, wie man Interessen und Kom-

petenzen von Jugendlichen stärker bei der Unterrichtsentwicklung berücksichtigen könne. Ich hätte erwartet, dass wir in der Drucksache Antworten darauf finden und nicht nur Probleme benannt bekommen. Herausforderungen in der Jungenarbeit werden in der Regel nicht professionell genug aufgegriffen. Das ist ein Eingeständnis, das aber auch nach Folgen verlangt. Schließlich fehlen Konzepte für die schulische Jungenpädagogik und da lohnt es sich, weiterzuarbeiten und nicht Schluss zu machen und zu sagen, es sei alles auf dem besten Weg.

(Beifall bei der SPD)

Ein Aspekt, der das Desinteresse des Senats schlaglichtartig beleuchtet, ist die ebenfalls dargelegte Ressourcenausstattung. Der Bedarf, der mit der Drucksache geltend gemacht wird, ist nämlich schlicht gleich null. Die eine Stelle, die das Ersuchen beinhaltet hat, nämlich die Vernetzung in freier Trägerschaft, die auch wichtig gewesen wäre und die im Übrigen auf freiwilliger Basis geleistet wird, hätte ruhig finanziert werden können. Das wäre einmal etwas gewesen, eine einzelne Stelle dafür, dass man auf ein Problem zugeht, was uns an anderer Stelle sehr viel mehr kostet, denn die Kosten von Bildungsversagen, die Kosten von Gewalttaten in dieser Stadt sind sehr viel höher, als der Senat das eingestehen oder einräumen mag. Das Handeln jedenfalls bleibt weit hinter den Erfordernissen zurück. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Blömeke GAL*)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Artus, Sie haben das Wort.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Von Beginn an hat sich die LINKE dafür eingesetzt, dass mittels Gender Budgeting eine geschlechtergerechte Haushaltspolitik durchgeführt wird. Diesen Vorschlag hat der Senat trotz seiner grünen Einfärbung zweieinhalb Jahre weitgehend ignoriert. Stattdessen kam im Frühjahr 2009 ein wortschwerer Antrag zur Stärkung der geschlechtsspezifischen Arbeit mit Jungen auf die Tagesordnung, SPD- und Links-Fraktion zogen mit eigenen Anträgen nach. Wir LINKE wollten Schlimmstes verhindern, denn der Antrag von CDU und GAL klang doch sehr danach: Wir haben lange genug etwas für die Mädchen getan, jetzt sind endlich einmal die Jungen dran.

Es wurden nun Leitlinien ausgearbeitet, die seit November letzten Jahres vorliegen. Geschlechterbewusste Jungenarbeit und Jungenpädagogik findet auf dieser Grundlage ein – muss ich zugeben und auch loben – gutes, wenn auch noch nicht ausreichendes Fundament. Doch geht es nun darum, dass diese formulierten Voraussetzungen

(Kersten Artus)

auch umgesetzt werden und das wird nur gelingen, wenn in der frühkindlichen Bildung und in der Schule auch investiert wird,

(Beifall bei *Mehmet Yildiz DIE LINKE*)

und zwar geschlechterdifferenziert. Würde es bereits Gender Budgeting für die Freie und Hansestadt Hamburg geben, wäre dies kein Problem. Leider gilt es aber noch weiter, dicke Bretter zu bohren, Klischees und Vorurteile bei dem Thema aufzulösen. So gelten Jungen immer noch als Bildungsverlierer – das ist mir viel zu pauschal – und Lehrerinnen an Grundschulen sowie Erzieherinnen an Kitas sollen angeblich nicht als Vorbild taugen. Dass Letzteres nicht stimmt, beweisen neueste Studien und ich bitte Sie, dies auch endlich einmal zur Kenntnis zu nehmen.

Ebenso wird das Thema Homosexualität im Fußball immer noch nicht so offensiv angerührt, wie es wirklich nötig wäre. Es ist eines der stärksten Tabus unter Männern. Das wirksam und gezielt anzugreifen, hätte vermutlich mehr gebracht als alle Drucksachen und Leitlinien zu diesem Thema zusammenzunehmen. Wenig bis gar nicht geredet wird auch darüber, warum es immer noch eine starke geschlechtsspezifische Ausprägung bei der Berufswahl gibt. Wer Berufe für beide Geschlechter attraktiv machen will, muss sich dafür einsetzen, dass sich die schlechte Bezahlung in typischen Frauenberufen verändert. Und wer an die Bezahlung herangehen will, der hätte sich dringend einmal mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden zusammensetzen sollen, damit vielleicht die Tarifpolitik neue Impulse erhält. Aber zumindest die Gesprächsbeziehung zwischen den Gewerkschaften und dem Senat liegen seit Jahren auf Eis.

Wichtig finden wir auch die Rolle der Väter. Und was ist hier passiert? Fakt ist, dass viele Frauen ihre Kinder immer noch allein erziehen und selbst wenn sie in einer Partnerschaft leben, dann ist der Vater oft nicht präsent, weil er entweder Überstunden schiebt oder sich vor der Erziehungsverantwortung drückt.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Frau Artus hat das Wort. Bitte seien Sie ein bisschen leise.

Kersten Artus (fortfahrend): – Danke schön, Frau Präsidentin.

Männliche Vorbilder suchen sich Jungen dann woanders oder sie fantasieren sich ihren ständig abwesenden Vater zum Superhelden zurecht mit der Folge, dass sie größte Identitätsprobleme bekommen. Welche starke Prägung Eltern als Vorbilder haben, ist aber wohl unter uns unumstritten. Pädagogen in Kita und Schule können dies nur be-

grenzt kompensieren. Daher ist es ein richtiger Schritt, Väter mehr in die Elternarbeit in Kita und Schule einzubeziehen; aber dabei darf nicht vergessen werden, dass Elternarbeit zeitaufwendig ist. Dies muss also auch berücksichtigt und eingeplant werden, sonst nutzen der gute Wille und die schönen Worte wenig.

Aufmerksam machen möchte ich noch auf Folgendes: Es gibt eine sehr dominante Strömung von Männerrechtlern und Familienfundamentalisten, die allem Feminismus den Garaus machen will und die in Teilen sogar die Abschaffung – kleine Seitenbemerkung – der Frauenhäuser fordert. Sie werden auch von rechtsradikalen Kreisen gestützt und gefördert. Oder anders herum: Rechtsradikale versuchen huckepack, mit dem Thema Jungenbenachteiligung in den öffentlichen Raum zu gelangen. Sie finden dort einen Nährboden und hier gilt es, sehr aufmerksam zu sein.

Unser Fazit: Es gibt Engagierte mit sehr viel Fachkompetenz für die Jungenarbeit in der Stadt, denen es für die geleistete Arbeit sehr zu danken gilt. Das Thema gehört auch weiterhin auf die aktuelle Tagesordnung. Es muss nachhaltig mit Klischees und Vorurteilen in diesem Thema aufgeräumt werden. Mädchenarbeit darf nicht gekürzt werden, nur weil die Jungenarbeit aufgewertet und gestärkt wird. Hamburg benötigt ein Gender Budgeting, damit die Gelder geschlechtergerecht verteilt werden und die Gewerkschaften müssen endlich ständige Gesprächspartnerinnen des Senats werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 19/8314 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe dann den Punkt 64 auf, Drucksache 19/8347 (Neufassung), Antrag der LINKEN: Klogschieter früh fördern! Gebührenerhöhungen zurücknehmen – erster Schritt zu gebührenfreier Bildung für alle – jetzt!

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Klogschieter früh fördern! Gebührenerhöhungen zurücknehmen – erster Schritt zu gebührenfreier Bildung für alle – jetzt!
– Drs 19/8347 (Neufassung) –]**

Herr Yildiz, Sie haben das Wort.

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Heute sagte Frau Koeppen in der Aktuellen Stunde zur Schlaglochdebatte, dass das zu unseren Basisaufgaben gehöre und dafür auch Geld bereitgestellt werden solle; sie hat vollkommen recht.

(Mehmet Yildiz)

Die Bildung, auch die frühkindliche Bildung, gehört zu unseren Basisaufgaben und diese Basisaufgaben haben eine hohe Priorität für uns. Aber was macht der Senat seit zwei Jahren? Der Senat hat beschlossen, im Bereich der frühkindlichen Bildung Kürzungen vorzunehmen, den Rechtsanspruch zu verschieben, weil die Gelder fehlen, die Gebühren für die Eltern zu erhöhen und dies sogar bis zu 100 Euro. Das Recht der Eltern eines behinderten Kindes auf Zahlung des Minimalbetrags in Höhe von 31 Euro wurde abgeschafft; sie müssen bis zu 750 Prozent mehr zahlen. Essensgeldpauschalen wurden aufgehoben und so weiter. Zum Glück gibt es auch in dieser Stadt Menschen und Initiativen, die das nicht hinnehmen, und es gibt uns, die LINKE.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Landeselternausschuss hat dagegen eine Volkspetition gestartet und gleichzeitig mit einer Demonstration auf der Straße dafür mobilisiert, dass dies nicht hingenommen wird. Das Ergebnis ist Folgendes: Die SPD und wir haben immer gefordert, die Kita-Gebührenerhöhung aufzuheben. Jetzt haben wir Wahlkampf und jetzt fordern es alle Parteien. Daher noch einmal unser Antrag: Sie sind herzlich willkommen und wir haben jetzt die Wahl.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie Sie wissen, fordern wir LINKE Gebührenbefreiung oder Kita umsonst für alle ab dem ersten Lebensjahr. Der Antrag ist ein Minimalschritt, um langfristig eine Gebührenfreiheit auch im Bereich der Bildung zu schaffen. Deswegen haben Sie alle jetzt die Möglichkeit, im Bereich der frühkindlichen Bildung von Kindesbeinen an Gebührenfreiheit zu gestalten. PISA und IGLU haben gezeigt, dass Bildung mit der frühkindlichen Bildung als Fundament beginnt. Daher bitten wir darum, heute gemeinsam darüber zu sprechen und auch zu beschließen, wie wir das abschaffen. Ich möchte nun auf die Forderungen eingehen, die wir Ihnen im Antrag vorschlagen.

Erstens: Ein Rechtsanspruch für fünf Stunden für zweijährige Kinder...

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel (unterbrechend): Entschuldigung, Herr Yildiz.

Bitte seien Sie doch etwas leiser, sonst kann man den Ausführungen des Abgeordneten Yildiz ganz schlecht folgen.

(Zurufe von der SPD und der CDU – Glocke)

Natürlich gilt das für alle Abgeordneten und selbstverständlich auch für die Damen und Herren dort hinten.

Herr Yildiz, Sie haben das Wort.

Mehmet Yildiz (fortfahrend): – Vielen herzlichen Dank, Frau Präsidentin.

Ich wiederhole noch einmal die Forderungen: Ein Rechtsanspruch von fünf Stunden für zweijährige Kinder und Sprachförderung mit sozial bedingtem Bedarf als zusätzliches Kriterium für ein Kita-Gutschein-System.

(Viviane Spethmann CDU: Wer soll das bezahlen?)

Das ist die Forderung in dem vereinbarten Koalitionsvertrag gewesen.

Zweitens: Die Rücknahme der Gebührenerhöhung und die Rücknahme der Essensgelderhöhung sowie die Wiederherstellung der bis 2010 gültigen Rechtsansprüche in den Horten ist die gemeinsame Forderung der Fraktion DIE LINKE und der SPD gewesen.

Nun noch einmal zu dem, was nur wir fordern: Die komplette Abschaffung der Essensgeldpauschalen, die Befreiung von den Kita-Gebühren für Hartz-IV-Empfänger und Geringverdiener und die Rückzahlung der Gebühren an die Eltern. Zum Glück haben wir für den letzten Punkt einen Unterstützer, die GAL.

Ich möchte an dieser Stelle Herrn Kerstan zitieren, er ist, glaube ich, nicht hier – ich zitiere –:

"Diese Mehreinnahmen müssen den Hamburger Eltern so schnell wie möglich zurückgegeben werden. Wir haben verstanden, dass die Kita-Gebührenerhöhung für viele Familien eine zu große Belastung darstellt. Im Wahlprogramm hat die GAL beschlossen ..."

– Zitatende.

Das heißt, dass wir auch hier, wenn wir es wollen, eine Mehrheit haben, das, was mehr eingenommen worden ist, zurückzuzahlen. Sie sind herzlich willkommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die einzige Schlussfolgerung wäre, wenn wir die CDU-Fraktion einmal außen vorlassen, dass die Forderungen von uns LINKEN, den Grünen und der SPD eine Mehrheit haben. Das wird aber wie zu erwarten nicht der Fall sein, weil insbesondere die SPD und die GAL sich schwertun, den Versprechen auch Taten folgen zu lassen, nach dem Motto "Wenn wir alles vor der Wahl beschließen und umsetzen wollen, wer soll uns dann wählen?".

Der Senat hatte uns mitgeteilt, dass eine Gebührenerhöhung bis 100 Euro nur 3 bis 5 Prozent der Eltern beträfe. In der Antwort des Senats auf die Anfrage der SPD kam nun heraus, was auch durch die Presse ging, dass fast 18 Prozent der Familien betroffen sind. Auch beim Thema Hortbetreuung, bei dem der Senat uns immer vorhält, dass 80 Pro-

(Mehmet Yildiz)

zent der Einrichtungsträger Interesse hätten, die Horte in den Schulen anzusiedeln, kam heraus, dass nur 21 Prozent der Träger sich angemeldet haben.

(Thomas Böwer SPD: So ist das mit Zahlen bei Senator Wersich!)

Ob das falsch kalkuliert wurde oder die Öffentlichkeit bewusst von Herrn Senator Wersich getäuscht wurde, ist fraglich. Für Kinder aus Hartz-IV-Familien und Geringverdienerfamilien sind die Belastungen kaum zu tragen, und das obwohl im Hartz-IV-Regelsatz kein Geld für Kita-Gebühren vorgesehen ist. Sogar das Bundesverfassungsgericht hat diese Regelsätze kritisiert und gefordert, dass die Bundesregierung da eine Lösung findet.

Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt die Möglichkeit, das alles auf den Kopf zu stellen, diese Kinder von der sozialen Selektion von Kindesbeinen an freizumachen und es ihnen zu ermöglichen, die Kita umsonst zu besuchen. Der Antrag liegt Ihnen vor und ich bitte Sie, zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Müller, Sie haben das Wort.

Stephan Müller CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich wäre fast geneigt zu sagen, sehr geehrte Presse, aber die ist versammelt nicht da.

(Heiterkeit bei der SPD und der LINKEN)

Klogschieter früh fördern, auf Hochdeutsch würde das hier unparlamentarisch dargestellt. Ich wusste gar nicht, dass Sie Plattdüütsch sprechen, Herr Yildiz.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Man lernt nie aus! Auch Erwachsene können lernen!)

– Das ist schön, ich freue mich auch. Es ist eine eigene Sprache, die auch schützenswert ist.

Es ist schon interessant, was die Linksfraktion per Antrag denn noch so alles in dieser Legislaturperiode beschließen möchte, und sie versucht uns natürlich glaubhaft zu versichern, dass dies alles eben nicht dem Wahlkampf der Linkspartei dienlich wäre. Unabhängig hiervon würden derartige Beschlüsse aber der Diskontinuität anheimfallen und einen kommenden Senat auch gar nicht binden.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Wer hat Ihnen das denn beigebracht?)

Ich werde mich trotzdem einmal inhaltlich auf Ihren Antrag einlassen, aber mit dem Blick auf die Uhr ...

(Thomas Böwer SPD: Wir haben noch Zeit genug! Es ist erst halb sieben!)

– Ich höre Ihnen gerne zu, aber machen Sie das hier vorne, dann verstehe ich Sie auch besser.

Ich werde mich also einmal auf Ihren Antrag einlassen und dieser hat neun Punkte.

(Mehmet Yildiz DIE LINKE: Acht Punkte!)

Interessanterweise, das ist mir als Erstes aufgefallen, gibt es nicht einen Punkt, der eine qualitative Verbesserung von Kitas darstellen würde, sondern es geht hier schlicht nur um die Quantität und die Einnahmesituation. Insofern handelt es sich auch hier um einen Haushaltsantrag und da habe ich einmal kurz mitgerechnet, was Ihr Petition eigentlich unter dem Strich so ausmachen würde. Sie hatten die einzelnen Punkte schon vorgelesen, ich mache es kurz: Gebührenerhöhung zurücknehmen wären 10,5 Millionen Euro, Einnahmen aus der Gebührenerhöhung zurückzahlen wären 9,3 Millionen Euro, Gebührenerhöhungen für das Mittagessen zurücknehmen 10,6 Millionen Euro, das Mittagessen künftig kostenfrei ausgeben 2,2 Millionen Euro, Rechtsansprüche Hort wiederherstellen 15 Millionen Euro, von Beziehern des ALG II keine Beiträge nehmen 31 Millionen Euro und Sprachförderung als Kriterium für einen Gutschein 4,5 Millionen Euro,

(Thomas Böwer SPD: Herr Müller, Sie gehen von völlig veralteten Zahlen aus! Sie müssen die Zahlen aus der Pressemitteilung nehmen!)

das macht unter dem Strich 83 Millionen Euro und das ohne jeden Deckungsvorschlag. Insofern gehört dieser Antrag in der Tat in die Haushaltsberatungen.

(Harald Krüger CDU: In den Mülleimer!)

Andererseits bin ich mir ziemlich sicher, wenn Sie diesen Antrag jetzt Olaf Scholz vorlegen würden, würde er mit Sicherheit versprechen, dieses alles zu tun. Dann kommen allerdings noch einmal 42 Millionen Euro dazu, die Herr Scholz braucht, um bei den Drei- bis Sechsjährigen die fünfstündige Betreuung kostenlos zu machen. Dann wären wir schon bei 125 Millionen Euro, und wenn man die aufkommensneutral aus dem System bezahlen müsste, würde das wiederum erhebliche Erhöhungen der Elterngebühren bedeuten. Insofern ist dieses alles hier nur eine Scheindebatte.

Ich möchte trotzdem noch etwas zu den Gebühren sagen, weil Sie es selbst auch angesprochen haben. Erst einmal geht es um die Einschätzung, wer den Höchstbeitrag zahlt und wer nicht. In der Tat ist es so, dass es jetzt mehr sind als ursprünglich gedacht. Das ist erst einmal nichts Schlimmes, dass es Eltern gibt, die erheblich mehr Einkommen haben, als wir angenommen haben. Sie haben uns in diesen ganzen Konsolidierungs- und Haushaltsberatungen immer wieder vorgehalten, wir würden hier Sparbeschlüsse oder Konsolidierungsbeiträge

(Stephan Müller)

vorstellen, die reine Luftbuchungen wären. Insofern haben wir in diesem Teil wirklich ganz vorsichtig und konservativ geschätzt, wie viel Prozent es wären, die diesen Höchstbeitrag zu leisten haben. In der Tat sind wir von 3 bis 5 Prozent ausgegangen

(Zuruf von Thomas Böwer SPD)

und es sind jetzt mehr geworden, Herr Böwer, es sind jetzt etwa 18 Prozent. Wir haben uns auch ganz klar dazu geäußert und dann wäre nämlich obsolet, was ich gleich als Zweites sagen werde, dass wir selbstverständlich, wenn die Mai-Steuer-schätzung es zulässt, die Gebührenerhöhung wieder zurücknehmen. Sollte dieses nicht passieren, ist es auch ganz selbstverständlich, dass diese Mehreinnahmen von 5 Millionen Euro, die dadurch generiert worden sind, dass eben mehr Eltern Beitrag zahlen, wieder zurückfließen an die Eltern, die dieses bezahlen müssen. Das ist selbstverständlich und völlig unstrittig.

Wir werden Ihren Antrag natürlich ablehnen, weil er keinerlei Deckung hat und rein für die Tribüne gedacht ist, die allerdings nicht mehr da ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Veit, Sie haben das Wort.

(Jörn Frommann CDU: Die hat den Blankoscheck von Scholz!)

Carola Veit SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Tat bietet diese Debatte eine gute Gelegenheit zu einem Rückblick, was Hamburg mit Senator Wersich und der schwarz-grünen Koalition in Sachen Kinderbetreuung erleben musste.

(Olaf Ohlsen CDU: Das war super!)

Im Koalitionsvertrag und in der Regierungserklärung in der Bürgerschaft wurde die Einführung eines allgemeinen Rechtsanspruchs für Zweijährige vollmundig versprochen und dann wieder kalt eingekassiert. Das beitragsfreie letzte Jahr kam, aber nicht für die Eltern der sogenannten Kann-Kinder mit einer bundesweit einmalig weltfremden und ungerechten Regelung. Mit einer, das war der O-Ton im Koalitionsvertrag, Anpassung der Gebührenstruktur wollte man zusätzliche Eltern für die Kitas begeistern. Aus dieser Anpassung wurde dann eine Erhöhung, die die schlimmsten Erwartungen noch übertroffen hat. Das Essensgeld haben Sie für alle 70 000 Kita-Kinder erhöht, Sie haben die Elternbeiträge darüber hinaus um bis zu 100 Euro pro Monat und Kind erhöht, Sie haben die Gebühren für behinderte Kinder um bis zu 750 Prozent erhöht und Sie haben die Rechtsansprüche auf Hortbetreuung vom 14. auf das 12. Lebensjahr ge-

kürzt. Das alles wurde insbesondere von der GAL schöngeredet und verharmlost bis hin zu Vorwürfen an die Eltern, die sich beschwerten, dass sie doch erst einmal nachdenken und etwas solidarischer sein sollten. Und es geschah, wie wir jetzt wissen, unter Vorspiegelung völlig falscher Zahlen. Nach einem Dreivierteljahr musste Senator Wersich nun endlich eingestehen – übrigens nicht freiwillig, sondern weil wir eine Große Anfrage gestellt haben und ihn das dazu zwang –, dass viel mehr Eltern als behauptet erstens von der Gebührenerhöhung betroffen sind und zweitens auch viel mehr, nämlich den Höchstbeitrag, zahlen. Statt 19 000 Kinder sind 26 000 Kinder von der Gebührenerhöhung betroffen und statt der 3 bis 5 Prozent der Kinder, die den Höchstbeitrag zu zahlen haben, so hieß es sogar von der GAL, sind es 18 Prozent der Familien, die von Ihnen als Höchstbeitragszahler eingestuft werden. Sie haben sich komplett verrechnet, Herr Senator Wersich, und Sie haben keine Ahnung von der Situation von Familien in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Senat und dieser CDU-Senator sind in Sachen Kita und Familienpolitik komplett gescheitert.

(Thomas Böwer SPD: Überfordert!)

Deswegen werden wir Bürgermeister Ahlhaus und seine Senatsresterampe in diesem Hause zu gar nichts mehr auffordern und deshalb dem Antrag der LINKEN auch nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD – Karen Koop CDU und Harald Krüger CDU: Na, das ist eine Begründung! – Lachen bei der CDU)

Interessanterweise hat DIE LINKE nicht nur in ihrer Pressemitteilung schon verkündet, sondern auch Herr Yildiz hat es eben noch einmal hier wiederholt, mit unserer Zustimmung sowieso nicht ernsthaft zu rechnen. Wenn Sie sich die Neufassung des Antrags anschauen, ist das in der Tat komplett als Vorführung enttarnt. Das ist nicht das, was wir uns unter verantwortungsvoller Kita-Politik vorstellen.

(Harald Krüger CDU: Das ist Muppet Show!)

Wir Hamburger Sozialdemokraten haben mit unserem Regierungsprogramm am 15. Januar auch für das Feld der frühen Bildung und Kinderbetreuung nicht weniger als einen echten Politikwechsel beschlossen. Wir wollen die Rücknahme der allgemeinen Gebührenerhöhung und der Elternbeiträge um bis zu 100 Euro pro Monat und Kind. Wir wollen die Abschaffung des Essensgeldes.

(Zurufe von der CDU: Wann?)

Wir werden die Gebührenerhöhung für die behinderten Kinder zurücknehmen, wir werden die Kann-Kinder endlich auch beitragsfrei stellen, wir werden die Rechtsansprüche aus dem Kinderbe-

(Carola Veit)

treuungsgesetz wiederherstellen und wir nehmen uns vor, die Halbtagsbetreuung für die Drei- bis Sechsjährigen Schritt für Schritt kostenfrei zu stellen.

(Beifall bei *Thomas Böwer SPD* – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel (unterbrechend): Frau Veit, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Harlinghausen?

Carola Veit SPD: Aber gerne.

Zwischenfrage von Rolf Harlinghausen CDU: Sehr geehrte Frau Kollegin! Wären Sie in der Lage, das nach dieser Ankündigungssorgie vielleicht auch an Termine zu knüpfen, wann Sie das vorhaben? Ist das noch in diesem Jahrhundert gedacht? Können sie das ein wenig präzisieren, wann Sie das einführen wollen? Das wäre doch interessant.

(*Thomas Böwer SPD:* 28. Februar!)

Carola Veit (fortfahrend): Herr Abgeordneter Harlinghausen, zu gegebener Zeit.

(Beifall und Lachen bei der CDU und der GAL)

Ich möchte noch eines anfügen, Herr Abgeordneter Harlinghausen, Sie haben gar nicht zu Ende zugehört. Wir wollen auch den Rechtsanspruch für die Zweijährigen vorziehen, und zwar auf das Jahr 2012, weil wir das bildungsintegrationspolitisch für unverzichtbar halten.

(*Wolfgang Beuß CDU:* Frau Veit, Sie haben die Studiengebühren vergessen!)

– Herr Abgeordneter Beuß, das ist hier eine Kita-Debatte und keine Hochschuldebatte. Aber melden Sie sich doch gerne und kommen Sie hier nach vorne, Sie haben sicherlich noch Redezeit. Wir greifen das Thema auch gerne noch einmal auf.

(*Harald Krüger CDU:* Gibt es auch Freibier?)

Auch hier können wir gerne noch mal einen Rückblick auf die schwarz-grüne Politik und auf Ihre Alleinpolitik der letzten Jahre halten, das ist gar kein Problem.

Frühe Bildung und Betreuung sind kein Luxus, auch wenn sie viel Geld kosten.

(*Wolfgang Beuß CDU:* Wie finanzieren Sie das?)

Weder Schwarz-Grün noch Schwarz-Verlassen hatten das verstanden und deswegen vertrauen wir diesem Senat auch keine Aufgaben mehr an. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – *Wolfgang Beuß CDU:* Ein so schwacher Beitrag!)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Blömeke, Sie haben das Wort.

Christiane Blömeke GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Verehrte Kollegin Veit, das ist eine seltsame Begründung, um diesen Antrag abzulehnen, aber wir kommen am Ende zum selben Ergebnis. Ich erspare Ihnen jetzt den Rückblick, den Frau Veit aus ihrer Sicht hier so intensiv dargestellt hat, nicht weil ich alles ganz rosig gesehen habe in den letzten drei Jahren, das überhaupt nicht. Wir haben auch selbstkritisch gesagt, dass wir nicht alles umgesetzt haben von dem, was wir erreichen wollten. Wir hätten diesen Rechtsanspruch gerne umgesetzt und ich bin sicher, dass auch die CDU-Fraktion ihn gerne umgesetzt hätte, denn wer kann allen Ernstes etwas dagegen haben. Aber wie Sie alle mitbekommen haben,

(*Thomas Böwer SPD:* Aber?)

hat die wirtschaftliche Lage uns da einen Strich durch die Rechnung gemacht. In Ihrem Rückblick haben Sie vergessen zu erwähnen, dass es nicht einfach der Wille der Parteien war, hier alles wegzustreichen und zu sagen, dass wir das nicht machen,

(*Thomas Böwer SPD:* Schauen Sie sich einmal Ihre Reden an!)

sondern dass es da einfach auch noch andere Zwänge gab. Ich möchte mich aber jetzt gar nicht in einem, wie mein Kollege eben sagte, Kita-Recycling ergehen, sondern ich möchte eigentlich auf den Antrag eingehen, den DIE LINKE hier gestellt hat.

(*Thomas Böwer SPD:* Sie haben die Kitas nicht recycelt, Sie haben sie geschreddert!)

– Thomas Böwer, wir können gerne diskutieren. Ich würde mich freuen, wenn du dich auch hierhin stellst und noch einmal zum Kita-Beitrag sprichst. Wir haben im Ausschuss so viele Jahre schon um das Thema gestritten, das können wir hier auch weiter machen.

Ich würde gerne noch einmal auf den Antrag eingehen; man muss seinen Inhalt nämlich vom Antrag als solchem trennen. Der Antrag kommt in einer Serie von einigen linken Anträgen, die wir hier schon hatten. Es ging da um Studiengebühren und vor einiger Zeit hatten wir auch schon einmal diese gebührenfreien Kitas. Wir haben sie jedes Mal abgelehnt. Wir haben sie auch aus guten Gründen abgelehnt, nicht aus den Gründen, die Frau Veit genannt hat, sondern wir sagen und das tun wir auch heute noch, dass wir jetzt keine finanziellen Beschlüsse fassen werden. Das muss seriös geschehen und von einem neuen Senat geleistet werden, und das natürlich auch im Rahmen der Haushaltsberatungen und nicht einfach in einem politisch luftleeren Raum, wo man sich wie in ei-

(Christiane Blömeke)

nem Wunschkabinett alles wünschen kann und dann stimmen alle zu, und schon gar nicht ohne Gegendeckung.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich weiß, dass das den LINKEN nicht gefällt. Ich saß neulich mit Frau Heyenn auf einem Diskussionspodium, wo sie alle Anträge verbal noch einmal hervorgeholt und gesagt hat, das verstehe sie nun überhaupt nicht, wir hätten die Chance gehabt, das zu verändern, aber wir hätten es nicht getan. Ich finde es einfach unseriös und ich finde es gut, dass wir hier gemeinschaftlich aus diesem Grund den Antrag ablehnen.

Jetzt möchte ich aber zum Inhalt kommen. Die Punkte, die inhaltlich dort erwähnt werden, teilen wir im Großen und Ganzen. Ich kann Ihnen auch einmal unser druckfrisches Programm zeigen,

(Thomas Böwer SPD: Sie hat ein Programm! Das glaube ich nicht!)

da kommen all die Punkte vor, die wir umsetzen möchten, und einige davon sind schon erwähnt worden. Auch wir wollen die Kita stufenweise beitragsfrei gestalten. Wir wollen die beitragsfreie Kita sofort für all diejenigen, die es am dringendsten nötig haben. Dazu zählen in der Tat die Familien mit behinderten Kindern, Hartz-IV-Empfänger, Geringverdiener und auch die Familien mit mehreren Kindern.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL – Thomas Böwer SPD: Das haben Sie doch gerade alles erhöht!)

– Ich weiß nicht, was es sich darüber so aufzuregen gibt.

Die Entscheidung für die Beitragsfreiheit machen wir auch nicht im luftleeren Raum. Wir nehmen sie in unser Wahlprogramm auf und äußern sie auch gegenüber der Öffentlichkeit. Diese Entscheidungen müssen von einem neuen Senat sorgfältig vorbereitet und im Rahmen der Haushaltsaufstellung solide gegenfinanziert werden. Das ist nämlich das, woran es hier hapert.

(Beifall bei der GAL)

Für uns Grüne ist es besonders wichtig, nicht auf dem Punkt der Gebührendiskussion stehen zu bleiben. Über die Diskussion über die finanziellen Entlastungen dürfen wir nämlich die Qualität bei der frühkindlichen Bildung nicht vergessen. Wenn wir die Kitas als Bildungsort ernst nehmen und, das höre ich jetzt, tun wir alle, dann müssen wir in der nächsten Legislaturperiode auch qualitative Verbesserungen vornehmen. Da möchte ich auch dem Kollegen Müller widersprechen, der sagt, in dem Antrag der LINKEN entdecke er keine qualitativen Verbesserungen. Doch, Verbesserungen in der

Sprachförderung sind eine qualitative Verbesserung.

(Beifall bei der GAL und bei Mehmet Yildiz DIE LINKE)

Auch die Herabsetzung des Rechtsanspruches für Kinder ab zwei Jahren hat natürlich etwas mit Qualität zu tun, weil wir möglichst früh die Kinder, die einen Förderbedarf haben, in die Kita hereinholen wollen. Wir müssen aber noch einen Schritt weitergehen. Wir müssen dringend die Gruppen verkleinern und das Personal sowohl in der Menge als auch in der Ausbildung besser ausstatten.

(Thomas Böwer SPD: Dazu hatten Sie die Gelegenheit!)

Darum setzen wir uns auch dafür ein, dass wir Erzieher und Erzieherinnen auf Hochschulniveau in die Kitas hereinholen und dort in einem Personalmix arbeiten. Das, Herr Böwer, ist genau der Punkt, den die SPD anscheinend komplett vergessen hat, denn bei der SPD geht es im Moment ausschließlich um die Gebührenbefreiung. Vielleicht ist es das, womit die SPD hofft, am meisten Stimmen einzufangen. Ich glaube, und so sagt es auch der Landeselternausschuss, dass nicht nur die Gebühren interessant sind, sondern im selben Zuge auch die Qualität weiterentwickelt werden muss. Da sehe ich ganz deutlich unsere grüne Aufgabe.

(Carola Veit SPD: Das haben Sie in den letzten drei Jahren aber gut vorangebracht!)

Wir werden darauf achten, dass im selben Zuge wie eine stufenweise Gebührenentlastung auch die Qualität weiter voranschreitet.

(Beifall bei der GAL)

Meine Damen und Herren! Die Wahl kommt für die Kitas genau richtig. Ich bin wirklich nicht unglücklich darüber, denn wie auch immer die Wahl ausgeht, die Kitas und damit die Kinder und die Familien werden auf jeden Fall die Gewinner dieser Wahl sein und Verbesserungen haben, für die wir lange gekämpft haben. Von daher können wir gespannt sein, wie es ausgeht.

(Beifall bei der GAL – Lachen bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Yildiz, Sie haben das Wort. – Ich bitte die Abgeordneten um Ruhe. Es ist zu laut, bitte seien Sie etwas leiser.

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Blömeke, in dem letzten Punkt kann ich Ihnen nicht ganz zustimmen. Im Ausschuss mussten wir immer, wenn wir das thematisiert haben, mit Ihrem Widerstand rechnen und haben ihn zu spüren bekommen haben.

Herr Müller, wir fordern das nicht heute wegen der Wahlen, sondern – Sie kennen uns – seit wir in der

(Mehmet Yildiz)

Bürgerschaft sind, versuchen wir, mit unseren Möglichkeiten nicht nur in, sondern auch außerhalb der Bürgerschaft die Menschen zu unterstützen, die für Bildungsgerechtigkeit kämpfen. Das ist nicht unser erster Antrag und es wird auch nicht der letzte sein.

(Wolfgang Beuß CDU: Da würde ich aber ganz vorsichtig sein!)

Seit wir 2008 in die Bürgerschaft gekommen sind, haben wir Anträge mit genau demselben Inhalt gestellt.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von Carola Veit SPD)

Daher können sie uns nicht vorwerfen, dass wir das wegen des Wahlkampfes machen, sondern wir haben hier jetzt die Mehrheit. Wenn der Wille da ist, dann können wir etwas ändern.

Sie haben uns die Finanzierung schön vorgerechnet, wie viel das kostet.

(Karen Koop CDU: Das kümmert uns nicht! Das Geld kommt immer irgendwo her!)

Ich möchte Ihnen die Finanzierung einmal umgekehrt vorrechnen. Nur drei Beispiele: Erstes Beispiel Elbphilharmonie 370 Millionen Euro, zweites Beispiel U4 250 Millionen Euro, was für die HSH Nordbank bereitgestellt worden ist 3 Millionen Euro, zusammengerechnet sind das 3,56 Millionen Euro. Zum Vergleich sind die 84 Millionen Euro, mit denen Sie gerechnet haben, peanuts.

(Jörn Frommann CDU: Das haben Sie schon dreimal vorher ausgegeben!)

Das zeigt, welche Bereiche wir bevorzugen. Wenn es um Menschen in dieser Stadt geht, dann haben wir kein Geld, aber wenn es um die HSH Nordbank geht oder darum, dass die Menschen in der Hafen-City dort noch besser leben können, oder wenn es um die Elbphilharmonie geht, dann haben wir Geld. In diesem Sinne: Das Geld ist vorhanden, aber der Wille ist nicht da.

Wenn unser Antrag hier auch nicht beschlossen wird, so hoffe ich doch, dass auch nach den Wahlen Carola Veit und die SPD wieder mit uns zu tun haben werden. Dann werden wir diese Anträge, die Sie gebracht haben, hier einzeln vorführen und denen einmal zeigen, wo es längs geht. Zum Glück hat der Landeselternausschuss ein Volksbegehren initiiert, das läuft auch und wir müssen uns damit weiterhin beschäftigen und da auch Akzente setzen. Ich kann auch, ich glaube ich bekomme auch gleich eine Ermahnung, Olaf Scholz, Ahlhaus, alle außer der Linken in der Bürgerschaft,

(Michael Neumann SPD: Und ich!)

ich habe die Erfahrung, wir müssen nicht rumeiern. Hier können wir Akzente setzen, immer Haushaltslage, Haushaltslage.

(Harald Krüger CDU: Über Geld redet man nicht, das hat man! – Kai Voet van Vormizeele CDU: Das haben wir früher in der DDR auch so gemacht!)

Dann wird auch die SPD am Ende sagen, wir haben kein Geld, wir können dieses oder jenes nicht machen. Wir haben Geld und nur 150 Steuerfahnder würden über 200 Millionen Euro bringen, das haben wir konkret. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Die Fraktion DIE LINKE möchte dies ziffernweise tun.

Wer möchte Ziffer 1 des Antrags der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 19/8347 Neufassung annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das mit Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte sich Ziffer 2 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das auch mit Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 3 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das ebenfalls mit Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 4 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das auch mit Mehrheit abgelehnt.

Wer nimmt Ziffer 5 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das auch mit Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 6 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das auch mit Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 7 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das auch mit Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte nun Ziffer 8 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das auch mit Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe nun den Punkt 7 auf, Berichte des Eingabenausschusses.

**[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben
– Drs 19/8331 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben
– Drs 19/8332 –]**

Ich beginne mit dem Bericht 19/8331.

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel)

Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 994/10 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das mit Mehrheit angenommen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig so angenommen.

Nun zum Bericht 19/8332, hier zunächst Ziffer 1.

Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 587/10 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das mit Mehrheit angenommen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig so angenommen.

Die in den Ziffern 2 bis 5 empfohlenen Kenntnissnahmen sind erfolgt.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer stimmt der Ausschussempfehlung unter B zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig so angenommen.

Wir kommen jetzt zu Punkt 8, Drucksache 19/7663, Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE, Warum gibt es keine Verbesserungen für die Arbeit des ASD in den sieben Bezirksämtern?

**[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:
Warum gibt es keine Verbesserungen für die
Arbeit des ASD in den sieben Bezirksämtern?
– Drs 19/7663 –]**

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das mit Mehrheit abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus Drucksache 19/7663 ohne Besprechung Kenntnis genommen hat.

Ich rufe nun den Punkt 23 auf, Drucksache 19/8209, Senatsantrag: Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2009 (kameral).

**[Senatsantrag:
Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2009
(kameral)
– Drs 19/8209 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung mit Mehrheit angenommen.

Ich rufe nun den Punkt 24 auf, Drucksache 19/8244, Senatsantrag: Gesetz zur Regelung von Aufgaben nach der Gewerbeordnung und weiterer Rechtsänderungen, hier: Artikelgesetz zur Betrauung von Stellen mit Aufgaben des Gewerbeanzeigerfahrens und zur Änderung des Hamburgischen Gesetzes über die Durchführung der Aufgaben des Einheitlichen Ansprechpartners.

**[Senatsantrag:
Gesetz zur Regelung von Aufgaben nach der
Gewerbeordnung und weiterer Rechtsänderungen
hier: Artikelgesetz zur Betrauung von Stellen
mit Aufgaben des Gewerbeanzeigerfahrens
und zur Änderung des Hamburgischen Ge-
setzes über die Durchführung der Aufgaben
des Einheitlichen Ansprechpartners (HmbEAG)
– Drs 19/8244 –]**

Wer möchte das Gesetz zur Regelung von Aufgaben nach der Gewerbeordnung und zur Änderung des Hamburgischen Gesetzes über die Durchführung der Aufgaben des Einheitlichen Ansprechpartners aus Drucksache 19/8244 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Gesetz auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Im Übrigen hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Ich rufe nun den Punkt 41a auf, Drucksache 19/8402, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltsplan 2009/2010 – Haushaltsjahr 2010, Einzel-

* Siehe Anlage, Seite 4478

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel)

plan 3.2 „Behörde für Wissenschaft und Forschung“, nachträgliche Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/8312:

Haushaltsplan 2009/2010 – Haushaltsjahr 2010, Einzelplan 3.2 „Behörde für Wissenschaft und Forschung“, Nachträgliche Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

(Senatsantrag)

– Drs 19/8402 –]

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig so angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 41b auf, Drucksache 19/8403, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltsplan 2010 – Einzelplan 3.1 Behörde für Schule und Berufsbildung, hier: Nachträgliche Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben nach § 37 Absatz 4 Landeshaushaltsordnung – Mehrbedarf für Maßnahmen der Ausbildungsförderung.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/8134:

Haushaltsplan 2010 – Einzelplan 3.1 Behörde für Schule und Berufsbildung

hier: Nachträgliche Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben nach § 37 Absatz 4 Landeshaushaltsordnung (LHO) – Mehrbedarf für Maßnahmen der Ausbildungsförderung (Senatsantrag)

– Drs 19/8403 –]

Wer möchte den Empfehlungen des Haushaltsausschusses folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 41c auf, Drucksache 19/8404, Bericht des Haushaltsausschusses: Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Zusatzversorgungsgesetzes.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/8031:

Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Zusatzversorgungsgesetzes (Senatsantrag)

– Drs 19/8404 –]

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen und das Fünfte Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Zusatzversorgungsgesetzes aus Drucksache 19/8031 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Gesetz ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 45, Drucksache 19/8251, Bericht des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses: Frühkindliche Bildung für Kinder ohne Aufenthaltsstatus ermöglichen und: Frühkindliche Bildung für Kinder ohne Aufenthaltsstatus ermöglichen – aber keine Besserstellung gegenüber Eltern und Kindern mit legalem Aufenthalt oder mit deutscher Staatsangehörigkeit.

[Bericht des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses über die Drucksachen 19/5518:

Frühkindliche Bildung für Kinder ohne Aufenthaltsstatus ermöglichen (Antrag der Fraktion DIE LINKE) und

19/5805: Frühkindliche Bildung für Kinder ohne Aufenthaltsstatus ermöglichen – aber keine Besserstellung gegenüber Eltern und Kindern mit legalem Aufenthalt oder mit deutscher Staatsangehörigkeit (Antrag der Fraktion der SPD)

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel)**– Drs 19/8251 –]**

Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE hierzu gemäß Paragraf 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. Herr Yildiz, Sie haben das Wort für maximal fünf Minuten.

(Harald Krüger CDU: Das ist viel zu lang!)

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* – Ich hoffe, dass ich mich kürzer fassen kann.

(Beifall bei der CDU)

– Schön, dass Sie mir zujubeln.

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Worum geht es? Im letzten Jahr hat das Diakonische Werk eine Studie veröffentlicht, die eindringlich darauf hinweist, dass wir im Bereich der frühkindlichen Bildung von Kindern, deren Eltern ohne Papiere in Hamburg leben, handeln müssen. Wir haben das zum Anlass genommen und einen Antrag gestellt, der den Senat aufgefordert, anonymisierte Kita-Gutscheine einzuführen, damit diese Kinder eine Kita besuchen können. Unser Antrag wurde an den Ausschuss überwiesen. Darüber habe ich mich gefreut. Ich hatte die Hoffnung, dass wir da zu einem Ergebnis kommen. Aber dann haben wir gewartet und gewartet, von Februar bis November. CDU und Grüne konnten sich nicht einigen. Im November schließlich hat eine Expertenanhörung stattgefunden. Das haben wir natürlich begrüßt, denn wir dachten, dass die Experten hauptsächlich den Abgeordneten der CDU noch einmal klarer machen würden, worum es geht. Die Expertenanhörung war dann auch sehr aufschlussreich. Es wurde noch einmal deutlich, dass ein sehr dringender Handlungsbedarf besteht. Weil die Eltern keine andere Wahl haben und arbeiten gehen müssen, sind ihre Kinder auf sich alleine gestellt und werden eingesperrt. Einige von ihnen sind Analphabeten. Diese Kinder haben buchstäblich keine Rechte. Da muss dringend etwas getan werden. Die Experten haben deutlich gemacht, dass wir in Hamburg gegen Landesrecht, Bundesrecht, EU-Recht und sogar gegen die UN-Kinderrechtskonvention verstoßen.

Nach dieser Expertenanhörung haben wir auf eine Einigung gehofft. Aber was passierte? CDU und Grüne haben den Antrag gestellt, den Senat zu beauftragen, bis zum 15.2. einen Runden Tisch zu gründen. So ein lächerlicher Antrag, und das nach dem Bruch der Koalition. Obwohl die Experten, die Sie selbst benannt haben, deutliche Worte gefunden haben, konnten wir zu keiner Einigung gelangen. Dabei bräuchten wir nur zwei Paragraphen des KiBeG ändern, in denen geregelt wird, wer die Kita-Gutscheine beantragt. Wenn wir festschreiben würden, dass statt der Eltern, die in Hamburg keinen offiziellen Status haben, auch die Träger oder die Kitas Gutscheine für die Kinder beantragen

könnten, hätten wir das Problem gelöst. Mit dem Runden Tisch wird das nun wieder verschoben.

Gehen Sie einmal in sich und überlegen Sie, ob Sie es mit Ihrem Gewissen vereinbaren können, dass hunderte von Kindern weiterhin kein Recht auf Bildung haben. Wir haben dieses Problem für den Bereich Schule geregelt und wir können es auch für diesen Bereich regeln. Es müssen, wie gesagt, nur zwei Paragraphen geändert werden. Ich hoffe sehr, dass, wenn diese Koalition das nicht macht – und das ist mit Sicherheit auch einer der Gründe, warum Sie von den Grünen abgewählt werden –, der kommende Senat zu einer Lösung kommt.

Ich bitte darum, gegen die Ausschussempfehlung zu stimmen, weil sie zu keiner Lösung führt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Blömeke, Sie haben das Wort, ebenfalls für maximal fünf Minuten.

Christiane Blömeke GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde es ein bisschen schwierig, diese Ausschussempfehlung als lächerlich darzustellen, nur weil wir nicht Ihre Position vertreten. Diese Empfehlung ist, wie wir von den Experten gehört haben, ein denkbarer und guter Lösungsansatz,

(Carola Veit SPD: Das ist doch gar kein Lösungsansatz!)

der im Bereich Schule zum Erfolg geführt hat.

In der Sache sind wir uns einig. Kinder ohne legalen Aufenthaltsstatus müssen einen besseren Zugang zu Bildung haben. Für den Bereich Schule wurde ein Runder Tisch eingerichtet, unter anderem mit Vertretern der Flüchtlingsorganisationen, und in der Expertenanhörung wurde uns von der erfolgreichen Zusammenarbeit berichtet. An diesem Runden Tisch wurde eine Lösung erarbeitet, die es ermöglicht, dass wir in Hamburg jetzt alle Kinder in die Schulen hereinlassen können. Das selbe wollen wir für die frühkindliche Bildung.

Eines ist in der Anhörung deutlich geworden: Es gibt bei dieser schwierigen Thematik keine einfachen Antworten. Die von Ihnen geforderte Änderung des KiBeGs wurde von einigen Experten als fragwürdig dargestellt. Wir haben ein Wortprotokoll, es kann also jeder noch einmal nachlesen, wie kompliziert und umfangreich das Thema ist. Eine einfache Lösung gibt es nicht. Das hat CDU und GAL dazu veranlasst, die Idee des Runden Tisches aufzugreifen. Es soll sich eine Runde finden, die entscheidet, wie für diese Kinder der Zugang zu frühkindlicher Bildung ermöglicht werden kann.

(Christiane Blömeke)

Wir haben, das ist richtig, ein Datum in unseren Antrag gesetzt. Wir wollten den Senat verpflichten, den Runden Tisch bis zum 15. Februar zumindest ins Leben zu rufen. Da kann man natürlich am 9. Februar oder auch zwischendurch noch einmal nachfragen, ob das geglückt ist.

Ich bin sicher, dass wir dies Thema auch in der nächsten Legislatur wieder aufgreifen werden,

(Carola Veit SPD: Sie haben das doch gar nicht aufgegriffen!)

denn es waren sich alle Fraktionen einig, dass das ein wichtiges Thema ist. Die Zustände wurden von den Experten zwar nicht so drastisch geschildert, wie Sie sie dargestellt haben – von Einsperren war da nicht die Rede –,

(Carola Veit SPD: Doch, war!)

aber natürlich gibt es Kinder, die möglicherweise keinen Zugang haben, die nicht rausgehen können, weil die Eltern vielleicht zur Arbeit gehen und ihr Kind dann zu Hause lassen.

(Mehmet Yildiz DIE LINKE: Die sind eingesperrt!)

Für diese Kinder müssen wir natürlich etwas tun. Aber auch da gilt: Schnellschüsse helfen nicht. Eine Gesetzesänderung oder Ihr Vorschlag, diesen Kindern irgendwie Kita-Gutscheine zu geben oder die Behörde zu umgehen, erwies sich aus Sicht der Experten als nicht tauglich.

(Thomas Böwer SPD: Falsch! – Carola Veit SPD: Das stimmt nicht! Unglaublich! Echt traurig!)

Die Experten haben positiv von dem Runden Tisch für den Bereich Schule berichtet und aus dem Grunde holen wir auch für den Bereich frühkindliche Bildung Experten an einem Runden Tisch zusammen. Wir werden dann gemeinschaftlich die Lösungsmodelle ansehen und bewerten und, wenn sie tauglich sind, auch vorantreiben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Böwer, Sie haben das Wort.

Thomas Böwer SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dann waren wir in zwei verschiedenen Expertenanhörungen, Frau Blömeke,

(Stephan Müller CDU: Das kann sein!)

das muss man an dieser Stelle wohl so sagen.

Die Experten haben anhand einiger Beispiele sehr eindrücklich geschildert, was es für Kinder bedeutet, wenn ihre Eltern keine Papiere haben, und wie diese Kinder ihre Tage fristen. Da müssen wir etwas tun; alle Experten haben deutlich gemacht,

dass das notwendig ist. Frau Blömeke, hören Sie zu, dann lernen Sie vielleicht noch etwas. Wenn Sie noch einmal in das Protokoll schauen, werden Sie feststellen, dass wir am Ende der Anhörung mit den Experten sogar zu einer Lösung gekommen sind. Diese Lösung lag übrigens auch jenseits der von den LINKEN vorgeschlagenen Gesetzesänderung, nämlich bei einer Änderung der Rechtsverordnung.

Bei der Senatsanhörung haben wir dann allerdings festgestellt, dass es weder von Schwarz noch von Grün den politischen Willen gab, in dieser Frage etwas zu tun.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz.)

Da war sich Schwarz-Grün sogar noch einig, als die Koalition schon am Ende war. Sie stellen sich hier als Robin Hood dar, weil Sie die Kita-Eltern angeblich von den Beitragserhöhungen befreit haben, aber in der Senatsanhörung haben Grüne und Christdemokraten den politischen Willen vermissen lassen, in dieser Frage etwas zu bewegen.

Dass wir nicht von einem Massenphänomen reden, ist bei der Expertenanhörung auch deutlich geworden.

(Wolfgang Beuß CDU: Was erzählt denn der eigentlich?)

– Ich schicke Ihnen einfach mal die Drucksache rüber. Wenn Sie lesen können,

(Wolfgang Beuß CDU: Ich kann lesen! – Ingo Egloff SPD: Der ist Lehrer, der muss auch noch verstehen!)

werden Sie das möglicherweise verstehen.

(Beifall bei Mehmet Yildiz DIE LINKE)

Es ist völlig daneben, jetzt den Senat zu bitten, er solle bis zum 15.2. etwas vorlegen, denn dieser Senat hat bei seiner eigenen Befragung sehr deutlich gesagt, dass er überhaupt keinen politischen Handlungsbedarf sieht. Dieser Frage wird sich ein neuer Senat annehmen müssen, und dann werden wir weitersehen.

(Beifall bei der SPD und bei Mehmet Yildiz DIE LINKE)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Frau Dr. Föcking, für maximal fünf Minuten.

Dr. Friederike Föcking CDU: Lieber Herr Böwer, da frage ich mich allerdings auch, ob wir in der gleichen Senatsanhörung gesessen haben. Der Senat hat mit keinem Wort gesagt, dass er keine politische Lösung will, sondern er hat gesagt, dass er rechtlich große Probleme sieht. Die sieht nicht nur der Senat, die sehen auch andere.

(Dr. Friederike Föcking)

Es hat genau eine Juristin in der Expertenanhörung gesessen und die hat eine Meinung vertreten, aber es gibt genug andere Leute, die eine andere Rechtsauffassung zum SGB VIII haben, und das wissen Sie auch. Insofern ist die Lage nicht so einfach, wie sie dargestellt wird, und ich finde es ärgerlich, wenn den anderen Fraktionen unterstellt wird, sie hätten nicht die Absicht, den Betroffenen zu helfen.

(Carola Veit SPD: Was haben Sie denn gemacht die letzten Jahre?)

Die schwierige Lage dieser Kinder und ihrer Eltern ist uns alle nahe gegangen, aber es ist keine Lösung, auf Schnellschüsse zu setzen.

(Thomas Böwer SPD: Wieso Schnellschüsse?)

– Es ist ein Schnellschuss, Gesetzesänderungen vorzuschlagen,

(Thomas Böwer SPD: Das haben wir doch gar nicht gemacht!)

die einer rechtlichen Überprüfung wahrscheinlich nicht standhalten werden.

Diese Schnellschüsse haben den Nachteil, dass Sie am Ziel vorbei gehen. Wir wollen das Ziel treffen. Das langfristige Ziel – darüber ist hier gar nicht gesprochen worden – ist doch eigentlich, der Gesamtlebenssituation dieser Familien zu helfen,

(Carola Veit SPD: Was haben Sie dafür gemacht?)

und sie entweder in die Legalität zu überführen oder in ihre Heimatländer zurück zu integrieren. Man stützt sonst Lebensverhältnisse, in denen Menschen als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden. Es geht um eine Lösung, die diesen Menschen langfristig hilft, nicht um einen Schnellschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Frau Möller, für maximal fünf Minuten.

Antje Möller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der letzte Satz macht wieder einmal den kleinen, aber nicht ganz unwichtigen Unterschied aus. Es ist nicht die Intention der GAL-Fraktion, Menschen dazu zu bringen, sich aus einem nicht legalen Aufenthaltsstatus in einen legalen Status oder ihr Heimatland zu bewegen. Uns geht es hier genau wie bei der schulischen Bildung oder der Gesundheitsversorgung darum, dass diese Menschen den Weg gehen können, den sie sich selber wählen, und ihre Kinder zu den Grundrechten kommen, die alle Kinder in dieser Stadt haben.

(Stephan Müller CDU: Vielleicht sollten Sie den Ausschussbericht lesen, Frau Möller, da hat Frau Blömeke etwas anderes gesagt!)

Vielleicht sollten wir – dann höchstwahrscheinlich in der nächsten Legislaturperiode – noch einmal mit diesem Thema anfangen. Alle Fraktionen haben sich in mehreren Runden mit der Diakonie zu diesem Themenkomplex – frühkindliche Bildung, schulische Bildung, Gesundheitsversorgung – zusammengesetzt. Ich kann auch nur dazu reden, weil ich in diesen Gesprächsrunden dabei war, denn ich bin kein Ausschussmitglied.

Wir müssen doch feststellen, dass der Schritt, den wir gehen wollen, weiter geht als alles, was in anderen Bundesländern unternommen wird. Bisher hat kein Bundesland eine Lösung für die frühkindliche Bildung von Kindern aus Familien ohne Papiere gefunden. Der Schritt, mit dem wir die Legislaturperiode beenden, geht zumindest in die richtige Richtung. Dass er nicht ausreichend ist, wissen wir, glaube ich, alle.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen sodann zur Abstimmung über den Bericht des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses aus der Drucksache 19/8251.

Wer möchte Ziffer 1 der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wer möchte Ziffer 2 der Ausschussempfehlung zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit angenommen.

Wer möchte das in Ziffer 3 der Ausschussempfehlung enthaltene Ersuchen an den Senat beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Tagesordnungspunkt 48, Drucksache 19/8270, Bericht des Umweltausschusses: Verfassungsklage gegen Missachtung des Bundesrates bei der AKW-Laufzeitverlängerung und Beteiligung des Bundesrates bei Entscheidung über Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken.

[Bericht des Umweltausschusses über die Drucksachen 19/7282:

Verfassungsklage gegen Missachtung des Bundesrates bei der AKW-Laufzeitverlängerung (Antrag der Fraktion DIE LINKE) und 19/7287: Beteiligung des Bundesrates bei Entscheidung über Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken (Antrag der Fraktion der SPD) – Drs 19/8270 –]

Die in den Ziffern 1 und 2 erbetenen Kenntnisnahmen sind erfolgt.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk)

Wer möchte darüber hinaus Ziffer 3 der Ausschussempfehlung folgen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

(Michael Neumann SPD: Volksfront!)

Tagesordnungspunkt 50, Drucksache 19/8348, Bericht des Innenausschusses: Aufenthaltsrechtliche Perspektiven für gut integrierte Kinder und Jugendliche und Aufenthaltsrechtliche Perspektiven für Kinder unabhängig von den Eltern.

[Bericht des Innenausschusses über die Drucksachen 19/7566:

Aufenthaltsrechtliche Perspektiven für gut integrierte Kinder und Jugendliche (Antrag der Fraktion der SPD) und

19/7657: Aufenthaltsrechtliche Perspektiven für Kinder unabhängig von den Eltern (Antrag der Fraktion DIE LINKE)

– Drs 19/8348 –]

Wer möchte Ziffer 1 der Ausschussempfehlung folgen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist somit einstimmig angenommen.

Wer möchte sich Ziffer 2 anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit angenommen.

Von Ziffer 3 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Tagesordnungspunkt 51, Drucksache 19/8349, Bericht des Innenausschusses: Erweiterung der Folgeunterbringung im Anschluss an die Zentrale Erstaufnahme für Asylsuchende und Sofortige Einstellung der Unterbringung von Flüchtlingen in der ZEA Nostorf/Horst und Rückverlegung aller Flüchtlinge nach Hamburg.

[Bericht des Innenausschusses über die Drucksachen 19/7547 (Neufassung):

Erweiterung der Folgeunterbringung im Anschluss an die Zentrale Erstaufnahme für Asylsuchende (ZEA) (Antrag der Fraktion der GAL) und

19/7658: Sofortige Einstellung der Unterbringung von Flüchtlingen in der ZEA Nostorf/Horst und Rückverlegung aller Flüchtlinge nach Hamburg (Antrag der Fraktion DIE LINKE)

– Drs 19/8349 –]

Der Abgeordnete Gunnar Eisold hat mir mitgeteilt, dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit angenommen.

Von Ziffer 2 der Ausschussempfehlung hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Tagesordnungspunkt 55, Drucksache 19/8353, Bericht des Innenausschusses: Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über Personalausweise.

[Bericht des Innenausschusses über die Drucksache 19/7649:

Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über Personalausweise (Senatsantrag)

– Drs 19/8353 –]

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen und das Gesetz zur Aufhebung des Hamburgischen Personalausweisgesetzes und zur Änderung des Hamburgischen Meldegesetzes aus Drucksache 19/7649 beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Gesetz ist in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 57, Drucksache 19/8333, Antrag der CDU-Fraktion: Sportentwicklungsplan/Sportanlagennutzungsgebühren.

[Antrag der Fraktion der CDU:

Sportentwicklungsplan/Sportanlagennutzungsgebühren

– Drs 19/8333 –]

Wer möchte dem Antrag seine Zustimmung geben? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das würde ich gerne noch einmal wiederholen und auszählen lassen.

Wer möchte dem Antrag seine Zustimmung geben? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist somit mehrheitlich beschlossen.

Tagesordnungspunkt 59, Drucksache 19/8337, Antrag der GAL-Fraktion: Bildungsinvestitionen finanzieren – Ost-Soli zum Bildungssoli umbauen.

[Antrag der Fraktion der GAL:

Bildungsinvestitionen finanzieren – Ost-Soli zum Bildungssoli umbauen

– Drs 19/8337 –]

Wer möchte sich diesem Antrag anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk)

Tagesordnungspunkt 60, Drucksache 19/8338, Antrag der GAL-Fraktion: Kooperationsverbot in der Bildungspolitik aufheben.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Kooperationsverbot in der Bildungspolitik aufheben
– Drs 19/8338 –]**

Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Tagesordnungspunkt 62, Drucksache 19/8340, Antrag der GAL-Fraktion: Gremienbesetzung.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Gremienbesetzung
– Drs 19/8340 –]**

Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 63, Drucksache 19/8346, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Keine Einführung von Sportanlagennutzungsgebühren!

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Keine Einführung von Sportanlagennutzungsgebühren!
– Drs 19/8346 –]**

Wer möchte diesem Antrag seine Zustimmung geben? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich stelle das Sitzungsende fest und wünsche Ihnen einen guten Heimweg.

Ende: 19.22 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Elisabeth Baum, Wilfried Buss, Bernd Capeletti, Bülent Ciftlik, Thies Goldberg, Martina Gregersen, Dr. Natalie Hochheim, Dirk Kienscherf, Philipp-Sebastian Kühn, Ralf Niedmers, Berndt Röder und Dr. Till Steffen

Anlage**Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO**

für die Sitzung der Bürgerschaft am 19. und 20. Januar 2011

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
9	7896	Rechtsschutz von Strafgefangenen gegen Maßnahmen des Justizvollzuges
10	7926	Rettungsdienst in Hamburg
25	8131	Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 20. Januar 2009 „Hochschulzugang für Berufstätige“ (Drucksache 19/2023)
26	8132	Bericht über die Verknüpfung der Arbeitsmarktpolitik mit der Stadtteilentwicklungspolitik in den Jahren 2008 und 2009
27	8133	Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 11. Juni 2009 „Umfassende Maßnahmen für mehr Exzellenz in der Hochschullehre“ (Drucksache 19/3259)
29	8243	Weiteres Verfahren der baulichen Modernisierung der Universität Hamburg
31	8313	Abschluss eines Abkommens zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg zum grenzüberschreitenden Schulbesuch ab dem Jahr 2011
33	8164	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 4. März 2009 Therapiezentrum für Suizidgefährte (TZS) stärken – Drs. 19/2490 –
34	8226	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 09. Juli 2009 Drs.: 19/3391 Platzgestaltung Fernando-Lorenzen-Platz/Flottbeker Markt
35	8237	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 3. Juni 2010 Drs. 19/6242 Hamburg ist Europäische Umwelthauptstadt 2011: Erklärung „Biologische Vielfalt in Kommunen“
36	8238	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 16. September 2009 „Durchführung einer Fachtagung zum Thema Bekämpfung der Glücksspielsucht – Präventionsstrategien und Erreichbarkeit der Betroffenen“ – Drs. 19/4004 –
37	8247	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 10. Juni 2009 Umsetzung der Konjunkturprogramme in Hamburg – Drs. 19/3177 – und Antworten des Senats Drs. 19/4171, 19/4896, 19/5588, 19/6450, 19/7233 – Unterrichtungen durch den Präsidenten – Datenstand 15. November 2010 –
38	8254	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 08.10.2009 „Keine Grabsteine aus Kinderarbeit: Friedhofsatzungen überarbeiten!“ Drs. 19/4048 (19/3305)
39	8271	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 26. August 2010 Bericht des Innenausschusses Drs. 19/6855
40	8272	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 24. Juni 2010 Schutz geistigen Eigentums im Internet Drs. 19/3276
42	8090	Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Medienausschusses

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
43	8248	Bericht des Rechts- und Gleichstellungsausschusses
49	8276	Bericht des Wissenschaftsausschusses
53	8351	Bericht des Innenausschusses
54	8352	Bericht des Innenausschusses
56	8354	Bericht des Innenausschusses

B. Einvernehmliche Ausschussempfehlung

TOP	Drs-Nr.	Ausschuss	Gegenstand
52	8350	Innenausschuss	Die Geschichte der Polizei im NS-Staat muss im Polizeimuseum Platz finden